

Andreas Niemann und Walter Süß

"Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden".

MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg

(Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1)

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Andreas Niemann und Walter Süß: "Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden". MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg. Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1 (BF informiert 12/1996). Hg. BStU. 2. Auflage, Berlin 1997.

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421305611>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Bundesbeauftragte  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen  
Deutschen Demokratischen Republik  
Abteilung Bildung und Forschung  
10106 Berlin  
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

2. Auflage, Berlin 1997

ISBN 978-3-942130-56-1

urn:nbn:de:0292-97839421305611

## Inhalt

Vorbemerkung	3
Einleitung	6
Quellenlage und Forschungsstand	7
1. Ausgangslage	8
1.1. Der Plan für das ungeplante Ende	9
1.2. Personelle Voraussetzungen	12
2. Staatliche Sicherheit vor dem 40. Jahrestag der DDR	13
2.1. Wachsender Unmut der Bürger	15
2.2. Vorbereitung auf den 7. Oktober	17
3. Die Lage nach dem 40. Jahrestag	24
3.1. Hilflosigkeit und Desorientierung	30
3.2. Das veränderte Kräfteverhältnis	33
4. Rückzug und Verteidigung	37
4.1. Abwendung von der SED	40
4.2. Suche nach neuen "Sicherheitspartnern"	43
4.3. Wendemanöver	47
4.4. Personalabbau	50
4.5. Rückzug aus den Kreisen	54
5. Die Auflösung des Bezirksamtes	57
5.1. Vorstellungen für die Weiterarbeit	60
5.2. Entwaffnung und Entlassung	65
6. Anhang	69
Übersicht: Wohnbevölkerung und Mitarbeiter der Kreisdienststellen der BVfS Neubrandenburg (ohne GMS)	69
Übersicht: Mitarbeiter der BVfS Neubrandenburg in ausgewählten Diensteinheiten (ohne GMS)	70
Übersicht zu Demonstrationen und Kundgebungen im Herbst 1989	70

## Vorbemerkung

Die vorliegende Publikation ist die erste in einer Reihe von Veröffentlichungen zur Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen. Die Studien entstehen im Zusammenhang mit dem Vorhaben der Abteilung Bildung und Forschung, die Endphase der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit aufzuarbeiten.<sup>1</sup> Dem Forschungsprojekt liegt die Hypothese zugrunde, daß eine auf Ost-Berlin beschränkte Analyse der Entmachtung der Staatssicherheit einen wesentlichen Grundzug der Revolution in der DDR verfehlen würde: ihren regionalen Charakter. Die Initiative zum Umbruch kam aus den Bezirken der DDR. Die Radikalisierung der Bewegung bis hin zum völligen Bruch mit dem alten Regime wurde vor allem im Süden sehr viel schärfer forciert als in der DDR-Hauptstadt. Der Umwälzungs- und Auflösungsprozeß des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin<sup>2</sup> kann deshalb nur verstanden werden, wenn er in der Dialektik von Zentrum und Peripherie gesehen wird. Gerade Regionalstudien setzen umfassendes Kontextwissen voraus. Es war deshalb ein glücklicher Umstand, daß sich in etlichen Außenstellen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Mitarbeiter fanden, die sich der Problematik kundig annahmen. Sie haben ihre eigenen Erfahrungen aus jener Zeit eingebracht, sich durch Aktenberge in den Außenstellen und in manch anderen Archiven gewühlt und ihre Forschungsergebnisse meist in ihrer Freizeit niedergeschrieben. Insofern ist das Gesamtvorhaben, aber auch die vorliegende Studie, eine Kombination von engagierter Aufarbeitung der eigenen Geschichte und Zeitgeschichtsforschung aus der Distanz des äußeren Beobachters.

Im Vordergrund der Studie zur Entwicklung in Neubrandenburg steht das Verhältnis zwischen einer besonders verkalkt wirkenden SED-Bezirksleitung und der dortigen Staatssicherheit, in der sich - wie MfS-Offiziere nachträglich berichtet haben - Ende der achtziger Jahre zunehmend Zweifel an der Reformfähigkeit und dem Feindbild der SED-Führung breit gemacht hatten.<sup>3</sup> Solche Behauptungen können nun überprüft werden, dank eines für den Historiker besonders glücklichen Umstands: Im Neubrandenburger Archiv sind viele "Arbeitsbücher" von MfS-Offizieren erhalten. Darin sind Überlegungen, Diskus-

---

<sup>1</sup> Hans-Peter Löhn: "Unsere Nerven lagen allmählich blank". MfS und SED im Bezirk Halle (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), BF informiert 13, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), Berlin 1996. In Vorbereitung sind Studien zu Chemnitz (Karl-Marx-Stadt), Erfurt, Leipzig und Rostock.

<sup>2</sup> Vgl. Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989; BF informiert 5/94, BStU, Berlin 1994. Es handelt sich dabei um eine Vorarbeit zu einer größeren Monographie zum MfS im Jahr 1989.

<sup>3</sup> Vgl. Ulrich von Saß und Harriet von Suchodoletz (Hrsg.): "feindlich-negativ". Zur politisch-operativen Arbeit einer Stasi-Zentrale, Berlin 1990, S. 84 f. und 88 f.

sionen und selbst emotionale Äußerungen festgehalten, die den Lernprozeß im Umbruch manchmal fast tagebuchartig wiedergeben. Nicht immer sind diese Arbeitsbücher konkreten Autoren zuzuordnen, aber gerade das Arbeitsbuch des MfS-Bezirkschefs, Generalmajor Koch, war identifizierbar. Darin ist nachzulesen - in der vorliegenden Studie wird daraus breit referiert -, wie sich im Oktober 1989 schrittweise die Einsicht durchsetzt, daß blinder Gehorsam ins Verhängnis führt. Selbst überaus disziplinierten Parteimitgliedern, die MfS-Offiziere in der Regel waren, wird klar, daß "das Volk" nicht durch die angebliche "Partei der Arbeiterklasse" repräsentiert wird, sondern bei den Demonstrationen in Leipzig, Neubrandenburg und anderswo leibhaftig auf die Straße geht - und auf der anderen Seite der "Barrikade" steht. Die Einsicht in das, wie sie es nannten, "reale Kräfteverhältnis", förderte diese Lernprozesse ungemein.

Ursprünglich war die Bürgerbewegung im Bezirk Neubrandenburg ausgesprochen schwach. In einer Übersicht vom Mai 1989 hatte die Staatssicherheit ganze drei Gruppen mit insgesamt etwa 50 Mitgliedern verzeichnet.<sup>4</sup> In der Bezirkshauptstadt selbst wurde eine einzige Gruppe, ein seit 1985 bestehender "Friedenskreis", mit zwölf Mitgliedern registriert. Es gab allerdings auch hier Tausende von Weigerungen, an der "Kommunalwahl" im Mai 1989 teilzunehmen, eine Welle von Ausreiseanträgen, zunehmende Resignationserscheinungen in systemnahen Bevölkerungskreisen und - im September 1989 vermeldet - breite Sympathie für das Neue Forum. Trotzdem kann es nicht ein vor Ort zu spürender Druck von der Straße gewesen sein, der einen ranghohen Offizier in der Bezirksverwaltung bereits Ende September zu der Einsicht brachte, daß die Situation mit Repression nicht mehr zu stabilisieren wäre. Die ersten großen Demonstrationen fanden in Neubrandenburg erst nach dem 9. Oktober in Leipzig und nach dem Sturz von Honecker, Mitte Oktober, statt. Es war auch im Herbst 1989 ein unspektakulärer Bezirk, und gerade deshalb ist er für eine Beantwortung der Frage von Interesse, wie sich der Umbruch abseits der großen Ereignisse vollzog.

Die Abwendung der MfS-Angehörigen von der SED war wohl nicht nur ein taktisches Überlebensmanöver, sondern ein für viele Beteiligte ziemlich schmerzhafter, aber auch befreiender Lernprozeß. Sie brachte zugleich den Vorteil mit sich, scheinbar eine neue Perspektive zu eröffnen: die Transformation in einen "normalen" Verfassungsschutz. Das sollte bald als Illusion erkennbar werden, in der Übergangszeit allerdings waren auch solche Illusionen hilfreich: Sie machten es den ehemaligen "Tschekisten" leichter, die Auflösung ihres Gewaltapparates ohne offenen Widerstand hinzunehmen. Im Verborgenen allerdings waren sie bemüht, möglichst viele Spuren ihrer früheren Tätigkeit zu verwischen. Die Arbeitsgruppe, die vom Runden Tisch in Neubrandenburg am 7. Dezember 1989 "zur Untersuchung der nach innen gerichteten Tätigkeit des ehemaligen

---

<sup>4</sup> Errechnet nach den Angaben in "Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen"; BStU, Zentralarchiv (künftig: ZA), Dokumentenstelle (künftig: DSt) 103600, 307 S., o. Pag.

MfS" eingerichtet worden war, bemühte sich, das zu verhindern. Auch wenn sie dabei nach eigener Einschätzung nicht immer erfolgreich war, so hat sie doch eine andere Pioniertat vollbracht: Sie setzte schon Mitte Dezember 1989 durch, daß Opfer der Staatssicherheit Einblick in ihre Akten nehmen konnten.

Walter Süß

## Einleitung

Neubrandenburg, auf halbem Weg zwischen Berlin und der Ostseeküste gelegen, war einer der bevölkerungsärmsten und wirtschaftlich schwächsten Bezirke der DDR. Sein politisches Gewicht im Gesamtsystem war entsprechend gering. Johannes Chemnitzer, als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung (BL) der regionale Machthaber, hatte es in den sechsundzwanzig Jahren, in denen er diese Position inne hatte, das heißt seit 1963, nicht geschafft, in das oberste Machtzentrum, das Politbüro der SED, vorzurücken. Dabei war Neubrandenburg gerade wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche mehr als mancher andere Bezirk von Entscheidungen dieses Gremiums abhängig. Aus der Abhängigkeit von zentralen Entscheidungen, die man kaum beeinflussen konnte, entwickelte sich eine abwartende Grundeinstellung, die sich im Sommer und Herbst 1989 auf die bezirkliche Leitung besonders lähmend auswirkte.

Als weiterer regionaler Aspekt kam das Verhältnis von Staatssicherheit und SED hinzu. Die SED-Bezirksleitung gab sich damit zufrieden, daß die äußere Form gewahrt wurde. An kritischen Informationen über die Lage im Bezirk war sie - wohl nicht zuletzt aus dem Gefühl heraus, sowieso nichts ändern zu können - nicht interessiert. In der Berichterstattung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) an die Partei führte das - trotz mancher vorsichtiger Hinweise ab Juni 1989 - auch hinsichtlich der Schilderung der Stimmung in der Bevölkerung zu Selbstzensur und Beschönigung. Scheinbar bestätigt wurde diese Sichtweise, als es in Neubrandenburg noch äußerlich ruhig blieb, während sich die Bürgerbewegung in anderen Teilen des Landes, vor allem im Süden, bereits deutlich bemerkbar machte. Die SED-Bezirksleitung wiegte sich deshalb in der Illusion, an ihr würde der Kelch vorübergehen, glaubte gar, dies als Bestätigung ihrer bisherigen Politik interpretieren zu dürfen. Um so größer war die Überraschung, als in der zweiten Oktoberhälfte (nach dem Sturz Honeckers) dem regionalen Machtapparat auf einmal Tausende von Demonstranten gegenüberstanden - Demonstranten, die das Klischee von der mit dem "bewährten Kurs der Partei" zufriedenen Bevölkerung Lügen strafte, die aber auch nicht in das ideologische Zerrbild vom "Klassenfeind" paßten, nicht zuletzt weil sie jegliche Gewalt ablehnten.

Angesichts der Unsicherheit in der Lageeinschätzung aber auch wachsender Demoralisierung der "Sicherheitskräfte" und der SED-Basis wurde der Einsatz militärischer Mittel zumindest in Neubrandenburg nie ernsthaft erwogen, obwohl die waffentechnischen und logistischen Voraussetzungen dafür in langen Jahren mit großer Perfektion bereitgestellt worden waren. Ein Offizier der BVfS hat in kritischen Tagen, Mitte Oktober 1989, für den Fall von Angriffen auf das Dienstgebäude in seinem "Arbeitsbuch" als Handlungsalternativen notiert: "Waffe ja, aber auch weglaufen". Die "Tschekisten" in Neubranden-

burg haben sich nach anfänglichem Zögern schließlich für die letztere Variante entschieden.

Mit der Entstehung einer breiten antidiktatorischen Bewegung hatte der Staatssicherheitsdienst als "Schild und Schwert" der Partei seinen Auftrag verfehlt. Die SED reagierte auch auf regionaler Ebene kopflos. Die Kader des MfS kehrten ihr deshalb nach jahrzehntelanger blinder Ergebenheit den Rücken und unternahmen den vergeblichen Versuch, ihre Institution in "modernisierter" Form in die neuen Verhältnisse hinüberzueretten. Man konnte jetzt, wie Generalmajor Koch, der langjährige Leiter der BVfS, Mitte November notierte, "in der Wahl der Bündnispartner nicht zimperlich sein". Doch trotz "Kompromißbereitschaft", selbst gegenüber der Bürgerbewegung, fand sich niemand, der zu einem solchen "Bündnis" bereit gewesen wäre. So blieb letztlich nur der mehr oder weniger geordnete, von der Bürgerbewegung kontrollierte Auflösungsprozeß.

## Quellenlage und Forschungsstand

Die Hinterlassenschaft der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Neubrandenburg, die in der dortigen Außenstelle des Bundesbeauftragten verwahrt wird, ist nicht vollständig nutzbar gewesen. Große Teile der in unserem Zusammenhang besonders interessanten Sachakten sind noch nicht erschlossen. Genutzt wurden die Unterlagen der Abteilungen XVIII (Volkswirtschaft) und XX (Staatsapparat, Kunst, Kultur, Kirche, Untergrund), der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), des Büros der Leitung (BdL), der Kreisdienststelle (KD) Ückermünde sowie Arbeitsbücher der Offiziere der BVfS.

Besondere Aufmerksamkeit war der Verbindung mit der SED als dem Befehlsgeber des MfS zu widmen. Der freundlichen Unterstützung durch die Mitarbeiter des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs Schwerin ist es zu danken, daß der auch dort noch unerschlossene Aktenbestand der staatlichen und der Parteileitung des Bezirkes wenigstens teilweise genutzt werden konnte. Dokumente des Zentralarchivs des Bundesbeauftragten sowie der Abteilungen Potsdam des Bundesarchivs wurden als Ergänzung verwendet, da für die Zeit nach der Besetzung der Kreisämter und des Bezirksamtes nur spärlich Archivalien vorliegen. Bedauerlicherweise gibt es aus der Perspektive der Bürgerbewegungen noch keine Veröffentlichungen zur Auflösung der BVfS Neubrandenburg. Dieses Defizit vermag der vorliegende Artikel nicht auszugleichen, weil sich die Darstellung auf die innere Entwicklung des Sicherheitsapparates konzentriert. Hinzuweisen ist aber auf die von der Evangelischen Verlagsanstalt Berlin 1990 herausgegebene Broschüre "feindlich-negativ" von Ulrich von Saß und Harriet von Suchodoletz, zwei Bürgerrechtsaktivisten des Herbstes 1989, die Struktur und Arbeitsweise der BVfS Neubrandenburg darstellt. Ebenfalls beachtenswert sind die Dokumente, die das "Neue Forum" Röbel unter dem Titel "Die Wahrheit wird Euch befreien" noch im Jahre 1989 veröffentlichte.



## 1. Ausgangslage

"Die BV [Bezirksverwaltung] ist Herr der Lage, steht auf der Höhe der Aufgaben."<sup>5</sup> Auf einer Beratung am 6. Oktober des Jahres 1988 konnte der Leiter der BVfS Neubrandenburg, Generalmajor Koch<sup>6</sup>, seinen Mitarbeitern von diesem Lob des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung (BEL), des Genossen Chemnitzer<sup>7</sup>, berichten. Kochs eigene Einschätzung ging von einer etwas kritischeren Lagebeurteilung aus, die den Zeitraum von Juli 1987 bis Oktober 1988 betraf und vier zunehmend problematische Faktoren einbezog:

- die Verringerung der internationalen Konfliktherde fördere bei den Menschen den Eindruck, die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen sei gebannt, alles könne daher lockerer zugehen, und im Systemvergleich sei nun die Leistungsfähigkeit des Sozialismus ausschlaggebend;
- mit der Dialogpolitik zwischen beiden deutschen Staaten wäre die Gefahr der "Systemverwischung" größer geworden; die Menschen erwarteten weitere "Gemeinsamkeiten" (menschliche Erleichterungen); der Feind sähe die Möglichkeit eines lautlosen Erosionsprozesses;
- die Vorgänge in anderen sozialistischen Staaten zeigten Wirkung; sie führten bis zur Infragestellung des Sozialismus als Ganzes; solche Entwicklungen könnten die DDR isolieren;
- die wirtschaftliche Lage sei schwierig.<sup>8</sup>

---

<sup>5</sup> "Protokoll über die Beratung beim Leiter der Bezirksverwaltung am 6. Oktober 1988"; BStU, Archiv der Außenstelle Neubrandenburg (künftig: ASt Nbg.), Büro der Leitung (künftig: BdL), Sonderbestand Auflösung (künftig: SbA), Bd. I, S. 1-12, hier 4.

<sup>6</sup> Peter Koch (1929-1990) kam 1953 zum MfS. Er promovierte 1972 an der Juristischen Hochschule des MfS über "Vorgangsbearbeitung". Seit 1977 war er Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (künftig: BVfS) Neubrandenburg. Einige Wochen bevor er im Mai 1990 Selbstmord beging, gab er Neubrandenburger Bürgerrechtlern ein Interview. Darin erklärte er, er habe schon seit Jahren mit seinem Freund Markus Wolf über die Notwendigkeit von Reformen gesprochen. Doch mehr als die Partei mit kritischen Informationen zu versorgen, sei für das MfS nicht möglich gewesen. "Sich als Verschwörer zusammenzutun und mit militärischen Machtmitteln möglicherweise einen Putsch herbeizuführen" sei unmöglich gewesen, denn "das ist strikt verboten."; "Interview mit dem BV-Chef", in: von Saß und von Suchodoletz: "feindlich-negativ", S. 145-146.

<sup>7</sup> Johannes Chemnitzer (geb. 1929), der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung (künftig: BEL), machte eine Ausbildung als Landwirt, ehe er 1952 als hauptamtlicher Funktionär in den SED-Apparat wechselte. 1963 bis 1989 war er 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg und seit 1967 Mitglied des ZK der SED.

<sup>8</sup> "Protokoll über die Beratung beim Leiter der Bezirksverwaltung am 6. Oktober 1988"; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, SbA, Bd. I (künftig: Protokoll vom 6.10.1988), S. 2 f. Schon ab 1982 hatte die Bezirksverwaltung (künftig: BV) auf die Kompliziertheit der Situation in der Volkswirtschaft hingewiesen: "In fast allen Bereichen und Betrieben ist ein Rückgang der Produktion [...] zu erwarten bzw. eingetreten." Bei Vernachlässigung der politisch-ideologischen Arbeit seien Arbeitskonflikte nicht auszuschließen. "Konsequenzen für die wichtigsten Produktionszweige des Bezirkes, die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und das Bauwesen" seien gegenwärtig nicht einschätzbar. BVfS Neubrandenburg, Stellvertreter Operativ, an MfS Hauptabteilung (künftig: HA) XVIII (Volkswirtschaft), Genossen Generalmajor Kleine, vom 28.6.1982: "Vorbeugende Verhinderung möglicher Gefähr-

Diese Lage, erklärte der BV-Chef, hebt sich qualitativ gegenüber den Vorjahren ab: "Die Rasanzen und Turbulenzen der Entwicklung ist mit einschneidenden Anforderungen an die innere Stabilität verbunden."<sup>9</sup> Erklärend fügte er hinzu: "Das Sekretariat [der Bezirksleitung der SED - d. Verf.] kennt die Lage auf diesem Gebiet", es reagiert "teils vorsichtig und teils ehrlich besorgt."<sup>10</sup> Vor seinen engsten Mitarbeitern relativierte Koch die positive Würdigung ihrer Arbeit durch die SED-Führung. Er verwies darauf, daß die Lage schließlich "keine statische, sondern eine zutiefst dynamische Größe" sei, und er krönte seine Ausführungen mit den Worten: "Die Schnellebigkeit in der Lageentwicklung erfordert Verständnis, Empfinden und Verhalten der Menschen im Vergleich zu den Vorjahren in undenkbar gewaltigen Dimensionen."<sup>11</sup>

### 1.1. Der Plan für das ungeplante Ende

Mit der Planvorgabe für das Jahr 1989 versuchte Generalmajor Koch eine Mobilisierung aller Kraftreserven zu erreichen. Als übergreifendes Ziel nannte er - dem Treuegelöbnis folgend - die "Unterstützung der auf die Erhaltung des Friedens und den Schutz des Sozialismus gerichteten Politik der Partei."<sup>12</sup> Wie sehr gerade diese bedingungslose Unterstützung einer sich hinter Phrasen versteckenden, unfähigen Politikergarde den öffentlichen Zorn der Bevölkerung auf sein Ministerium lenken würde, sollten er und seine Mitarbeiter im Herbst dieses Planjahres erfahren. Der Aufgabe verpflichtet, "Schild und Schwert der Partei" zu sein, setzte die Bezirksverwaltung Prioritäten:

1. Spionage,
2. Volkswirtschaft,
3. Politische Untergrundtätigkeit (PUT) / Übersiedlungersuchen (ÜSE).

Begründet wurde diese Prioritätensetzung zum einen mit militärischen Gegebenheiten<sup>13</sup>, zum anderen mit der Einschätzung des politischen Untergrundes. Dessen organisierter Kern sei mit etwa 50 Personen konstant und stehe unter Kontrolle. Den vier Friedenskreisen<sup>14</sup>, war - so die BVfS-Leitung - keine Profilierung gelungen. Versuche,

---

... dungssituationen infolge zunehmender Belastungen der planmäßigen Produktion in der Volkswirtschaft"; ebenda, S.13-15, hier 13.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 1.

<sup>10</sup> Ebenda, S. 3.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 1.

<sup>12</sup> Planvorgabe für das Jahr 1989 des Leiters der BV vom 1.12.1988; BStU, ASt Nbg., Auswertungs- und Kontrollgruppe (künftig: AKG), SBA, Bd. I, S. 16.

<sup>13</sup> Im Bezirk Neubrandenburg waren durch die BVfS u. a. Verbände der 2. Gardepanzerarmee der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland Bestände der 3. Luftverteidigungsdivision der NVA, die 9. Panzerdivision, der Sitz des Kommandos des Militärbezirks V, das (Panzer-)Reparaturwerk Neubrandenburg (RWN) mit Betriebsteilen in Teterow und Gützkow und die Schiffswerft Rechlin zu sichern.

<sup>14</sup> Dabei handelte es sich um die Friedenskreise in Neubrandenburg, Neustrelitz, Waren, den Friedenskreis Vipperow (auch als Röbeler Friedenskreis bezeichnet) und einen Templiner Frie-

"den Zusammenschluß mit Andersdenkenden zu erreichen oder staatliche Organe zum Dialog zu zwingen", sind ebenso gescheitert wie Versuche, "unter das legale Dach der Kirche zu schlüpfen oder offizielle Veranstaltungen zu mißbrauchen". Das subversive Potential verhalte sich zwar zunehmend konfrontativ, es sei auch um 10 Prozent gewachsen, doch dieser Zuwachs rekrutiere sich aus "Schwankenden und Irregeleiteten - *nicht* aus dem politischen Untergrund". Zur Bekräftigung fügte Koch hinzu, das Potential sei in anderen Bezirken ohnedies insgesamt größer.<sup>15</sup>

Die Unfähigkeit der politischen Führung, mit den wachsenden Problemen umzugehen, verlangte dem MfS immer umfangreichere Reaktionen auf "unerwünschte Erscheinungen" ab. Für ihre Hauptarbeitsrichtung und mit Blick auf das Jahr 1989 (neue Reiseregulierung, Tätigkeit westlicher Journalisten, Rückverbindungen übergesiedelter DDR-Bürger u.a.) formulierte die Bezirksverwaltung: "Die Möglichkeiten der Spionage und Informationsabschöpfung haben Größenordnungen erreicht, deren Bekämpfung und Beherrschung Grenzen gesetzt sind."<sup>16</sup>

Die sich deutlich verschlechternde Situation in der Wirtschaft hatte in den vorangegangenen Jahren zur ständigen Erweiterung des Aufgabenfeldes des MfS geführt. Bei ihrer Bearbeitung konnte den Mitarbeitern nicht entgangen sein, daß die objektiven Schwierigkeiten zunahmen. Soweit ihnen die tatsächlichen Ursachen für diese Situation bewußt waren, wäre es aber selbst für MfS-Mitarbeiter gefährlich gewesen, sie zu benennen. Daher war die Suche vorrangig auf subjektive Einflußfaktoren in der Produktionsebene bzw. der staatlichen Leitung ausgerichtet. Der Leiter der Bezirksverwaltung beschwor seine Genossen schon Ende 1987:

"Letztenendes [ist] unsere Parteiinformation<sup>17</sup> der Maßstab für die Erfüllung des Kampfauftrages. [...] Die Feindbekämpfung [...] muß *politisch* verwertbare Ergebnisse bringen, [...] und somit *abrechenbar* die Politik der Partei unterstützen. [...] *Keinesfalls* darf der Versuch unternommen werden, gesellschaftliche *Gesamtprozesse* einschätzen zu wollen. Dafür sind wir *nicht kompetent*, das ist nicht unsere Verantwortung, und das *können* wir auch nicht."<sup>18</sup>

Damit waren die Einflußgrenzen des Staatssicherheitsdienstes in aller Schärfe benannt: Er sollte sich auf gar keinen Fall an die Stelle der SED setzen, die sich das Privileg der gesamtgesellschaftlichen Analyse und Bewertung vorbehielt. Die Aufgabe des MfS defi-

---

denskreis. Waren und Röbel wurden später zusammengeführt. Eine exakte Übersicht liegt zur Zeit nicht vor. Eine unvollständige Auflistung wurde vom MfS im Mai 1989 erstellt: "Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen"; BStU, ZA, DSt 103600.

<sup>15</sup> Protokoll vom 6.10.1988, S. 3.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Die "Parteiinformation" bestand in regelmäßigen Lageberichten, die der Staatssicherheitsdienst den 1. Sekretären der Bezirks- und Kreisleitungen der SED gab.

<sup>18</sup> "Referat des Leiters der Bezirksverwaltung auf der Dienstkonferenz zur Erläuterung der Planvorgabe für 1988, 2.12.1987"; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 65. Hervorhebung hier und generell, wenn nicht anders vermerkt, im Original.

nierte der Chef der Bezirksverwaltung bescheiden: "Wir haben gegenüber der Partei Garantien zu geben, daß im Bezirk Neubrandenburg in keinem Kreis Provokationen ausgelöst werden." Deshalb müsse die "politische Untergrundtätigkeit" (PUT) bekämpft werden. Im Zusammenhang mit der Frage, welche Kraft solches Geschehen vorbeugend verhindern kann, schaue man mit Recht auf das MfS. "Es ist in erster Linie die Aufgabe *unseres* Organs, rechtzeitig Pläne, Absichten aufzudecken, zu signalisieren, politisch richtig zu reagieren und Feinde zu liquidieren."<sup>19</sup>

Ein knappes Jahr später, bei der eingangs zitierten Sitzung zur Planvorgabe 1989, schätzte der Leiter der Abteilung XX, Oberst Suffa<sup>20</sup>, hauptverantwortlich für diese Problematik, den Gegner als beherrschbar ein: "Dort, wo operative Kräfte vorhanden sind, fällt uns das Handeln auch nicht schwer." Wichtig sei zukünftig die Schaffung von Quellen im politischen Überbau, das heißt im Staatsapparat, weil "damit die heute gestellten Fragen bzw. die man selbst hat, beantwortet werden können." Warnend fügte er hinzu: "Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Öffnung dieser Kategorie sehr schwierig ist, weil sie unsere Arbeitsmethoden kennt."<sup>21</sup> In dieser Forderung wurde das Dilemma des Staatssicherheitsdienstes deutlich. Er kämpfte eine Rundumschlacht und war sogar gezwungen, um Fehler zu vermeiden, sich mit konspirativen Mitteln der jeweiligen Position seiner politischen "Partner" zu vergewissern. Die Kluft zwischen dem erforderlichen Aufwand zur Informationsbeschaffung, der mühevollen analytischen Deutung und der kontrollierten Weitergabe als "Parteiinformation" einerseits, und dem Erfolg, das heißt der Umsetzung dieser Erkenntnisse in politische Entscheidungen der SED andererseits, sollte den MfS-Mitarbeitern im Jahr 1989 noch überaus deutlich werden.

Die Konsequenz, die der BV-Chef aus dem Widerspruch zwischen begrenzten Handlungsmöglichkeiten und wachsender Verantwortung zog, lautete: "Es bedarf mehr Energie, die Partner zu zwingen, die Lage so zu sehen wie wir. Wir dürfen uns nicht den Ball zuspielen lassen. [...] Auch die VP [Volkspolizei] muß mehr Verantwortung tragen."<sup>22</sup> In diesem Zusammenhang sei zu berücksichtigen, daß staatliche und öffentliche Ordnung und Sicherheit immer stärker miteinander verknüpft seien. Es gäbe fließende Grenzen. Man muß, meinte Koch, "die Überwachung und Kontrolle von negativen Kräften in Abstimmung zwischen der BDVP [Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei] und BV so organisieren, daß spontane Ansammlungen verhindert werden bzw. wirkungslos bleiben. Dabei ist das Strafrecht voll auszuschöpfen."<sup>23</sup> Ergänzend fügte er hinzu, da die

---

<sup>19</sup> Ebenda, S. 63 f.

<sup>20</sup> Joachim Suffa (geb. 1937): Ausbildung als Lehrer; ab 1958 beim MfS, zuerst bei der Kreisdienststelle (künftig: KD) Prenzlau, ab 1966 in der Abt. XX der BVfS Neubrandenburg tätig; Absolvent der Juristischen Hochschule (künftig: JHS) des MfS.

<sup>21</sup> Protokoll vom 6.10.1988, S. 7.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 4.

BDVP "die bewaffnete Kraft im Innern" sei, stehe die Frage: "Wie beherrscht sie die Situation?"<sup>24</sup> Der Leiter der Koordinierungsgruppe der BVfS, Oberstleutnant Gollnick, bekräftigte diese Position: "Es kann nicht sein, daß [die] VP uns fragt, wie zu handeln ist."<sup>25</sup> Interessant ist, daß die SED, der eigentlich diese Aufgabe als Konsequenz ihrer "führenden Rolle" zugefallen wäre, in diesem Zusammenhang gar nicht auftaucht. Hinter solchen Äußerungen verbarg sich das Unbehagen vieler MfS-Mitarbeiter über ihr ausuferndes Tätigkeitsfeld. Zu viele andere Stellen schoben Verantwortung, die sie nicht gewillt oder nicht mehr in der Lage waren zu tragen, an den Geheimdienst ab.

Die SED-Führung setze - berichtete Koch am 6. Oktober 1988 - auf eine "ideologische Massenbewegung gegen die schleichende ideologische Erosion." Deshalb müsse mehr Wert "auf das Erkennen und Deuten der Erscheinungen" gelegt werden. Vom MfS sei zu fordern: "Auch über das Denken der Menschen informiert zu sein, [über] alles, was nicht offen gesagt wird."<sup>26</sup> In dieser Forderung äußerte sich bereits eine düstere Vorahnung, daß sich unter dem Deckmantel konformen Verhaltens etwas zusammenbraute. Seinen Mitarbeitern prophezeite der Leiter der Bezirksverwaltung zwei Monate später, am 14. Dezember: "Die Verantw[ortung] d[es] MfS ist heute und wird auch perspektivisch keinesfalls geringer - im Gegenteil [...] - 1989 wird für [das] MfS hart." Es werde "Druck von 3 Seiten!" kommen.<sup>27</sup> Der Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe in Neubrandenburg, Major Schönfelder, notierte, was damit gemeint war: "Gegner", "innere Feinde", "Reformer"<sup>28</sup>.

## 1.2. Personelle Voraussetzungen

Für die Erfüllung der dem MfS übertragenen Aufgaben standen im Bezirk Neubrandenburg 1.909 hauptamtliche Mitarbeiter bereit, davon 478 in den 14 Kreisdienststellen. Den jeweiligen Gegebenheiten entsprechend schwankte die Zahl zwischen 61 Mitarbeitern in der Kreisdienststelle Neubrandenburg und je 26 in der Kreisdienststelle Röbel und der Kreisdienststelle Altentreptow. Auch bei den Abteilungen und Sachreferaten in der BVfS gab es erhebliche Unterschiede: 219 Mitarbeitern der Wach- und Sicherungseinheit und 108 Mitarbeitern in der Abteilung VIII (Beobachtung / Ermittlung) standen 39 Mitarbeiter der Abteilung XVIII (Volkswirtschaft) und 46 bzw. 41 der Abteilungen II

---

<sup>24</sup> Ebenda, S. 5.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>27</sup> Notizen von einer Dienstkonferenz beim Leiter der BV am 14.12.1988; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Major Junge, SbA, Bd. I, S. 38. - Koch referierte bei dieser Gelegenheit die Einschätzungen und Prognosen, die Mielke am Vortag bei einer Dienstbesprechung gegeben hatte; Mielke: Ausführungen auf der zentralen Dienstbesprechung mit den Leitern der operativen Dienststellen des MfS Berlin und den Leitern der Bezirksverwaltungen (Manuskript), 13.12.1988; BStU, ZA, DSt 103534, S. 28 f.

<sup>28</sup> BStU, ASt Nbg., AKG; Arbeitsbuch Jochen Schönfelder, SbA, Bd. IV, S. 87.

(Spionageabwehr) und XX (Staatsapparat, Kunst, Kultur, Kirche, Untergrund) gegenüber.<sup>29</sup> Erheblich höher war die Zahl der Inoffiziellen Mitarbeiter (IM). Ohne Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS)<sup>30</sup> waren 4.695 Personen am 30. Juni 1989 zur Mitarbeit verpflichtet; davon arbeiteten 3.048 IM für die Kreisdienststellen. Mit 343 war die Bezirksstadt "versorgt"; im Kreis Röbel als bevölkerungsärmstem Kreis standen "nur" 127 IM zur Verfügung. Für die Abteilungen II, XVIII sowie XX der BVfS waren 188, 266 bzw. 263 IM tätig.<sup>31</sup>

## 2. Staatliche Sicherheit vor dem 40. Jahrestag der DDR

Zum 1. Juni 1989 präsentierte der Leiter der BVfS Neubrandenburg vor der Bezirkseinsatzleitung erneut eine umfangreiche Lageeinschätzung auf dem Gebiet der staatlichen Sicherheit. Er kam zu dem Schluß: "Die staatliche Sicherheit im Bezirk war und ist gewährleistet." Einschränkend fügte er hinzu, daß diese Aussage nur für die Gegenwart als gesichert anzusehen sei. Er wies - scheinbar bescheiden - auf den hohen Sicherungsaufwand im Zusammenhang mit großen staatlichen Feiertagen und bedeutenden Ereignissen hin und stellte abschließend fest: "Es ist nichts Wesentliches passiert. [...] Selbst ein paar hundert Randalierer oder stille Protestler [hätten] noch nichts mit der Erschütterung der Staatsmacht zu tun."<sup>32</sup> In der Bevölkerung wurde, berichtete er weiter, ein Widerspruch zwischen den veröffentlichten Zahlen zur Kommunalwahl und dem allgemein kritischen Stimmungsbild sehr wohl registriert, doch die steigende Zahl "dem ideologischen Reservoir des Gegners zuzuordnender sog[enannter] Andersdenkender" sei beherrschbar. Für "analoge Erscheinungen des Massenprotestes, wie in einer Reihe von soz[ialistischen] Bruderstaaten, [gibt es] in der DDR weder ideologische Grundlagen, politische Substanz noch argumentatorische Voraussetzungen [...] - oder noch nicht." Schließlich resultiert staatliche Sicherheit zunächst "aus der allgemeinen polit[ischen] Stabilität der Staatsordnung und des Tragens dieser Ordnung durch die Bürger, [und] diese Voraussetzungen sind zweifellos gegeben."<sup>33</sup> Ob Generalmajor Koch diese Behauptung, mit der er der selbstzufriedenen SED-Führung nach dem Munde redete, selbst geglaubt hat, muß dahingestellt bleiben. Das gilt auch für seine These, daß die Mehrheit der Bürger

---

<sup>29</sup> Zusammengestellt nach: "Übersicht-Stellenplanauslastung Stand 1.10.89"; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 68 f. Siehe Anhang.

<sup>30</sup> Ihre Zahl konnte bisher nicht exakt ermittelt werden. Am 31.12.1981 hatte sie 855 betragen; 1989 dürfte sie geringer gewesen sein.

<sup>31</sup> Zusammengestellt nach: "IM-Bestandsentwicklung"; BStU, ASt Nbg., AKG, hier Bestand 30.6.1989, SbA, Bd. I, S. 70. Siehe Anhang.

<sup>32</sup> "BEL-Sitzung 1.6.1989, Einschätzung der Lage auf dem Gebiet der staatlichen Sicherheit"; BStU, ASt Nbg., BdL, handschriftliche Unterlagen des Leiters der BV, SbA, Bd. I, S. 75-91, hier 77 und 81. Mit "Randalierern" waren offensichtlich jene Leipziger Bürger gemeint, die am 15.1.1989 anlässlich des 70. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit demonstriert hatten; vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17.1.1989.

<sup>33</sup> Dieses und die folgenden Zitate: BEL-Sitzung 1.6.1989, S. 76 f.

"den Sozialismus in den Farben der DDR als beinahe einzige, berechenbar gebliebene Konzeption" anerkenne und gewillt sei, "sich für diesen Weg voll zu engagieren." <sup>34</sup>

Koch beruhigte die Mitglieder der Bezirkseinsatzleitung: Die drei klassischen Voraussetzungen für konterrevolutionäre Aktionen - eine Organisationsstruktur des politischen Untergrundes, die Etablierung von Führungskräften und die Existenz von tragfähigen Programmen - seien durch den "flexiblen Einsatz politischer und strafrechtlicher Mittel, insbesondere durch die rechtzeitige Verhinderung des überregionalen Zusammenschlusses aufsässiger Kräfte", im Bezirk Neubrandenburg vorbeugend zerschlagen worden. Warnend fügte er jedoch hinzu, daß zunehmend auch von progressiven Kräften "die praktische Erlebbarkeit all dessen [eingefordert wird], was beschlossen wurde, vor Ort, und zwar so, wie es publiziert wird!" Ein in dieser Richtung angestachelter Volkszorn könnte "sich sehr schnell gegen die Gesellschaftsform insgesamt richten." "Bittere Erfahrungen aus anderen sozialist[ischen] Ländern" sollten der Partei- und Staatsführung signalisieren, daß "nur eine realitätsbezogene Analyse des polit[ischen] Ist-Zustandes eine mögliche Kursänderung oder Korrektur erlaubt!" Der BV-Chef warnte mit einem Verweis auf die Ereignisse in Polen 1980: "Niemand wollte es für möglich halten", plötzlich seien 8 bis 10 Millionen Solidarnosc-Anhänger auf der Straße gewesen. In China sei es fast noch schlimmer gekommen: "Alptraum aller Schutz- und Sicherheitsorgane und Traum aller unserer Feinde = niemand, der den Ausnahmezustand einhält". Damit wollte er andeuten, wie schnell eine Situation hatte eintreten können, in der der Staat unfähig war, seine Machtmittel einzusetzen. Vorsichtig setzte der Generalmajor hinzu: "Vielleicht befindet [die] Geschichte [dies] als richtig!" In aller Härte aber forderte er gleich danach: Es geht nicht an, "daß J[u]g[en]dl[iche] die Staatsmacht herausfordern und *ungestraft* der Staatsmacht auf dem Kopf herumtanzen, [das] *könnte Nachahmer* finden + *Signalwirkung* haben!"<sup>35</sup>

Ob der SED-Führung - und damit auch den MfS-Mitarbeitern - zu diesem Zeitpunkt schon bewußt war, daß kritische Bürger, Andersdenkende, nicht "belehrbar" waren, ihr Engagement nicht "kanalisiert" werden konnte, muß bezweifelt werden. Die Unterbindung von "öffentlichkeitswirksamen Aktionen" in jenem banalen Sinne, daß der wachsende Unmut an offener Artikulation gehindert wurde, wurde stärker noch als früher zu einer der

---

<sup>34</sup> Das war eine auch nach dem damaligen Kenntnisstand der Staatssicherheit beschönigende Darstellung. Die Auswertungs- und Kontrollgruppe der BVfS teilte zur gleichen Zeit intern mit: "Wirkungerscheinungen der politisch-ideologischen Diversion [sind belegbar], Zweifel und Unglaube an der Sieghaftigkeit des Sozialismus, ablehnende Haltungen zur ökonomischen Strategie der Partei" seien charakteristische Anzeichen dafür. "Probleme der Umgestaltungsprozesse in anderen sozialistischen Ländern wirken begünstigend auf die Herausbildung solcher Haltungen." Vgl. AKG: "Entwicklung der politisch-operativen Lage" (Zeitraum 1.4.-31.5.1989); BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 96.

<sup>35</sup> Den Vortrag hielt General Koch wenige Stunden bevor "befreundete Sicherheitskräfte" in Peking unter "Andersdenkenden" ein Massaker anrichteten.

wichtigsten Aufgaben des MfS und zum Gradmesser für die Einschätzung seiner Arbeit durch die Partei.

## 2.1. Wachsender Unmut der Bürger

Am 29. Juni 1989 meldete der Leiter der für die Überwachung der Wirtschaft zuständigen Abt. XVIII der BVfS Neubrandenburg: "Die angespannte wirtschaftliche Lage und Einflüsse der politisch-ideologischen Diversion führen zu Resignationserscheinungen bei Leitungskadern und unter der technischen Intelligenz."<sup>36</sup> Ein Anstieg der Parteiaustritte, die Ablehnung der Übernahme von Verantwortung und Rufe nach Veränderungen wie in anderen sozialistischen Ländern seien die Folge. Unter den Werktätigen wachse die Verstimmung über steigende Überstunden und Sonderschichten bei schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen und einer hohen Fluktuation. In der Landwirtschaft, dem wichtigsten Wirtschaftszweig im Bezirk, zeigten sich bei der Durchsetzung der Agrarpolitik "erhebliche Versäumnisse, die begünstigen, daß der Bezirk Neubrandenburg insgesamt die letzte Position im Republikmaßstab einnimmt!"<sup>37</sup> Es gab Unmutsäußerungen der Bevölkerung, die aber noch zu keinen "öffentlichkeitswirksamen" Handlungen im Bezirk geführt hatten. Proteste einzelner mit Plakaten oder "Schmierereien" konnten von der geballten Staatsmacht noch problemlos unterdrückt werden und führten nur partiell zu Reflektionen im MfS.

Im Juni 1989 hatte Minister Mielke in mehreren Schreiben an die Bezirksverwaltungen auf die wachsende Protestbewegung gegen die - von ihm nicht als solche bezeichnete - Fälschung der Kommunalwahlen hingewiesen. Protest, der in Berlin und Leipzig laut geworden war, sollte anderswo im Keim erstickt werden. Personen, die der Staatssicherheit bisher noch nicht einschlägig aufgefallen waren, nun aber aktiv wurden, sollten erfaßt werden.<sup>38</sup> Zur Durchsetzung der Weisung des Ministers fand am 22. Juni auch in der Bezirksverwaltung Neubrandenburg eine Beratung statt. Festgelegt wurde, Überprüfungen zu "feindlichen", oppositionellen und anderen "negativen" Personenkreisen durchzuführen, um zu einer exakteren Übersicht zu gelangen und schnellere Handlungsfähigkeit zu garantieren. Das Ergebnis zeigte, wie dynamisch die Entwicklung war, warf aber auch ein schlechtes Licht auf Zuverlässigkeit und Reaktionsgeschwindigkeit der geheimpolizeilichen Bürokratie. Der Leiter der AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe), Oberstleutnant Schönfelder<sup>39</sup>, berichtete am 29. August, die Erkenntnisse in den 12 überprüften

---

<sup>36</sup> Abt. XVIII: "Tendenzen der Lageentwicklung in einigen Bereichen der Volkswirtschaft, 29.06.1989"; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, SbA, Bd. I, S. 104 f.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Mielke an die Leiter der Dienstseinheiten, 9.6.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 106; Mielke an die Leiter der Dienstseinheiten 13.6.1989; ebenda, S. 107 f.

<sup>39</sup> Jochen Schönfelder (geb. 1951): Studium in der UdSSR mit Abschluß als Diplomingenieur für Systemtechnik; seit 1976 beim MfS, zuerst bei der Abt. II (Abwehr), ab 1987 bei der AKG.



Kreisdienststellen entsprächen hinsichtlich der erreichten "Größenordnung noch nicht den Erfordernissen": Die "einkategorisierten Personen stimmen häufig weitgehend nicht mit dem herausgearbeiteten subversiven Potential überein."<sup>40</sup> Er bemängelte, daß Inoffizielle Mitarbeiter fast ausschließlich zur Aktualisierung bereits vorliegender, nicht zur Herausarbeitung neuer Personen eingesetzt worden seien. Von bisher 199 durch die KD zugeordneten Personen seien im Rahmen der Überprüfung nur 57 Prozent als berechtigt, 21 Prozent als möglicherweise berechtigt, 22 Prozent aber als unberechtigt eingestuft erkannt worden. Dabei gelte doch: "Schwarze Listen müssen stimmen"<sup>41</sup>. Mit leisem Vorwurf - die Botschaftsbesetzungen hatten die Mitarbeiter zwar alarmiert, zugleich aber eher in Ratlosigkeit versetzt - verlangte der Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe von seinen Unterstellten eine echte Deutung der Lage: "Was geht vor sich, was bahnt sich an, was ist zu erwarten, wie ist die wahre Lage." Leichtfertige Wertungen seien zu vermeiden. Als Beispiel nannte er: "Ungarnprobleme - vom Feind inszeniert - nur auf drüben verlegen ist zu gering, es geht um Ursache und Wirkung - bei uns - Zivilcourage." Eine Fundamentalkritik wurde damit natürlich nicht gefordert. Die Schlußfolgerung lautete: "Offenkundig gibt es in der DDR mehr Menschen, die sich von der DDR abgewandt haben - also mehr inoffizielle Arbeit, der Kenntnisstand zum Denken der Menschen reicht nicht aus. [...] Es geht um die, die hierbleiben und verändern wollen, [der] Gegner sieht die Möglichkeit zum explosionsartigen Aufbegehren." Die Courage der Mitarbeiter müsse eingefordert werden, schon um "was IM u[nd deren] Umfeld denkt - mit aller Brutalität aufzuschreiben." Der "Druck von drei Seiten" war da. Der AKG-Leiter warnte: "Man wird uns nie verzeihen, wenn Unmut sich zur Handlung eskaliert."<sup>42</sup>

Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Chemnitzer, hatte noch im Juni 1989 getönt: "Die Masse der Bevölkerung hat die Zeichen der Zeit verstanden! Sie hat richtig gewählt - trotz wackliger Gruppen - die Masse steht". Gönnerhaft hatte er hinzugesetzt: Die "Bevölkerung hat uns nicht enttäuscht - jetzt dürfen wir sie nicht enttäuschen!"<sup>43</sup> Ende August aber mußte das MfS in einer "Information" beunruhigende Tendenzen in der Stimmung der Bevölkerung konstatieren: Hinsichtlich der Botschaftsbesetzungen sorgte man sich, "daß die angestrebte breite gesellschaftliche Front zur Zurückdrängung derartiger Erscheinungen im Umfeld solcher Personen [...] faktisch nicht existiert."<sup>44</sup> In diesem Zusammenhang war es in Betrieben sogar zu Sympathiebekundungen gekommen. Für

---

<sup>40</sup> AKG: "Bericht zur Bestimmung des subversiven Potentials", 29.8.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 111.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 111-113.

<sup>42</sup> Notizen zur Dienstversammlung der AKG am 28.8.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Major Müller, SbA, Bd. I, S. 152 f.

<sup>43</sup> Notizen zur BEL-Sitzung am 1.6.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, Arbeitsbuch (1) Generalmajor Koch, SbA (künftig: Arbeitsbuch (1) Generalmajor Koch), Bd. I, S. 181.

<sup>44</sup> Information 19/89 über aktuelle Aspekte der Reaktion der Bevölkerung vom 29.8.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 187-197, hier 187.

Personen, deren Ausreise genehmigt worden war, waren Abschiedsfeiern inszeniert worden. Die Hauptschuld für diese Stimmungslage wurde den "Westmedien" zugewiesen. Sicherheitspolitisch bedeutsam sei aber, daß "zunehmend innere Entwicklungsprobleme der Partei- und Staatsführung auf allen Ebenen direkt angelastet werden!"<sup>45</sup> Daß das so deutlich ausgesprochen wurde, war neu. Verwiesen wurde auf Resignation in allen Teilen der Bevölkerung und Enttäuschung bei SED-Mitgliedern, insbesondere über die Informationspolitik. Die Auffassung, "innerhalb der Partei werde nur Schönfärberei betrieben und die Genossen würden belogen und betrogen"<sup>46</sup>, wurde ebenso vertreten wie Vorwürfe gegen führende Genossen laut wurden, daß sie ihre Stellung "häufig über die Grenzen der Korruption hinaus"<sup>47</sup> nutzten.

Zwei Wochen später notierte der BV-Chef als Ergebnis einer Leitungsbesprechung, die Lage im "Untergrund" und in der Kirche ist "stabil", doch das Potential Unzufriedener sowie das "ungesetzliche Verlassen" nehmen zu. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß 80 Prozent der Ungarnflüchtlinge jünger als 25 Jahre alt und damit volkswirtschaftliche Konsequenzen einzukalkulieren sind. Der AKG-Leiter hatte bei dieser Besprechung, so die Notiz von Koch, Klage geführt: "Das Info-Aufkommen insgesamt [ist] zu gering!" Bei sinkenden Zahlen Inoffizieller Mitarbeiter zog er einen Schluß, der manchen Anwesenden empört haben dürfte: "Die MA [Mitarbeiter] stehen zu wenig unter Leistungszwang!"<sup>48</sup>

## 2.2. Vorbereitung auf den 7. Oktober

Diese Sorge wurde bald von den Vorbereitungen für den 40. Jahrestag der DDR überlagert. Dieser Termin war alarmierend und motivierend zugleich. Erich Honecker hatte die Koordinierung aller Sicherheitsmaßnahmen zum DDR-Geburtstag dem MfS übertragen. Das schien ein ebenso ehrenvoller wie verpflichtender Auftrag zu sein. Ende September notierte in einer diesem Thema gewidmeten Dienstberatung beim Leiter der Bezirksverwaltung ein Mitarbeiter: "Außerordentlich komplizierte Situation [...] kein Grund für Panik und Depression, jetzt ist Nagelprobe."<sup>49</sup> Er hielt eine Mahnung von Generalmajor Koch an die ihm unterstellten "Tschekisten" fest: "Jeder Angehörige muß erinnert werden, daß wir in [einem] militärischen Organ arbeiten". Das erfordere, "alle erteilten Aufträge kommentarlos zu erfüllen!", denn "was Leiter und PL [Parteileitung] sagt, ist Meinung der übergeordneten Leitung, ist abgestimmt." Da der Feind auf günstige Bedingungen im Innern der DDR treffe, müsse das MfS diese Bedingungen ausräumen, die

---

<sup>45</sup> Ebenda, S. 188 f.

<sup>46</sup> Ebenda.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 192.

<sup>48</sup> Notizen zur Leitungssitzung BV am 11.9.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, SbA (künftig: Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch), Bd. I, S. 201 f.

<sup>49</sup> Notizen zur Dienstberatung am 28.9.1989 beim Leiter der BV; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 269.

- durchaus erforderlichen - Veränderungen müßten behutsam angegangen werden, ohne Krawall.<sup>50</sup>

Dann folgt in diesen Aufzeichnungen eine für die weitere Entwicklung interessante Notiz. Oberst Braun, der Stellvertreter Operativ des Leiters der Bezirksverwaltung<sup>51</sup>, erwähnte Leipzig<sup>52</sup> und erklärte in diesem Zusammenhang: "Oppos[itionelle] Bestrebungen können nicht mehr durch Repressivmaßnahmen beseitigt werden."<sup>53</sup> Dem lag die Erkenntnis zugrunde, daß die Angst vor dem MfS allein nicht mehr ausreichte, um zu verhindern, daß Unmut öffentlich geäußert wurde. Mit Blick auf das bevorstehende Jubiläum war dies besonders beunruhigend, erwartete die Parteiführung doch einen störungsfreien Ablauf. Daß auf Repression ganz verzichtet werden sollte, war damit keinesfalls gemeint, aber sie sollte vorrangig Aufgabe der Volkspolizei sein.<sup>54</sup>

Die BVfS betrachtete es in dieser Situation als ihren wichtigsten Beitrag, über die Einbeziehung aller "fortschrittlichen Kräfte" und den offensiven Einsatz der IM und GMS den Sammlungsbewegungen im Bezirk entgegenzuwirken. Die IM sollten - ohne Führungsfunktionen zu übernehmen - in die Organisationen der Bürgerbewegung eindringen, dort "Zersetzungsarbeiten leisten - Bedenken anmelden, [auf die] Rechtslage verweisen [d. h. Angst machen - d. Verf.], destruktiv arbeiten."<sup>55</sup> Der Stellvertretende Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe notierte auf der erwähnten Dienstbesprechung als Forderung des BV-Chefs an die Mitarbeiter: Es sind "Besonnenheit und Weitsicht, [...] Vertrauen und Disziplin" nötig und Leistung gefragt. Minister Mielke habe mit dem Generalsekretär beraten, in der Führung sei also alles bekannt. Zweifel an der Führung dürften nicht zugelassen werden. Sie wolle Veränderungen, sie wolle sie aber "medienfrei, krawallfrei durchsetzen!" Auf Veränderungen müsse sich auch das MfS einstellen, eine Reduzierung materiell-technischer Mittel sei zu erwarten, denn "mit Wiederholung zentraler Medienphrasen ist heute nichts mehr zu machen." Bei alledem müsse man

---

<sup>50</sup> Ebenda, S. 270.

<sup>51</sup> Horst Braun (geb. 1936): seit 1955 beim MfS; Fernstudium an der Universität Rostock mit dem Abschluß Diplom-Wirtschaftler; postgraduales Studium an der JHS; 1957-1985 Leiter verschiedener KD im Bezirk Neubrandenburg; 1985 Leiter der AKG; 1988 Stellvertreter Operativ.

<sup>52</sup> Damit wird er die Demonstration in Leipzig am 11.9.1989 gemeint haben, in deren Folge - in großer Zahl - gegen Teilnehmer Haft- oder Geldstrafen verhängt worden waren.

<sup>53</sup> Ebenda, S. 271.

<sup>54</sup> In einem Einsatzbefehl des Volkspolizei-Kreisamtes Ücker münde heißt es: "Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Hetzkampagne des Klassengegners" seien vorrangig Maßnahmen der Personenkontrolle durchzuführen und grundsätzlich mit dem MfS abzustimmen. "Mittel zur Entfernung bzw. Verhinderung der Massenwirksamkeit angebrachter Schmierereien und negativer Losungen" wären bereitzustellen, sowie "die Aufnahmebereitschaft des Zuführungspunktes [...] durchgängig zu sichern." Einsatzbefehl des Leiters des Volkspolizei-Kreisamtes (VPKA) Ücker münde vom 26.9.1989 zum 40. Jahrestag; BStU, ASt Nbg., KD Ücker münde, SbA, Bd. I, S. 306-309.

<sup>55</sup> Notizen zur Dienstberatung am 28.9.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 273.

äußerste Vorsicht walten lassen, damit "wir nicht gezwungen werden, das aus[zu]sprechen [...], was andere viel besser wissen, aber nicht den Mut haben, es auszusprechen."<sup>56</sup>

Damit konnte nur die SED gemeint sein, deren Neubrandenburger Bezirksleitung im September 1989 zwischen Hoffen und Bangen schwankte. Generalmajor Koch war als Chef der BVfS zugleich Mitglied der Bezirksleitung. Bei einer Diskussion im SED-Sekretariat, zu der er im September hinzugezogen wurde, machte er sich einige Notizen. Aus ihnen geht hervor, daß der gesellschaftliche Aufbruch selbst auf die regionale Parteibürokratie ausstrahlte, wenngleich sich deren Hoffnungen in den herkömmlichen Bahnen bewegten: Die Erwartungen an den für das Frühjahr 1990 geplanten Parteitag hinsichtlich klarer Worte für neue Wege in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrategie seien enorm. Es würden Forderungen vertreten, daß Funktionäre, die über das Rentenalter hinaus arbeiteten, abgelöst werden müßten. Jugendfunktionäre hätten geäußert: "Ich komme selbst mit dem Argument der Partei nicht klar - wie soll ich da überzeugen!"<sup>57</sup> Das Neubrandenburger Sekretariat sei ratlos: "Auf Kritik hört die Parteiführung nicht mehr, [die] Medienpolitik ist schöngefärbt."<sup>58</sup> Die vorsichtige Distanzierung von der alten SED-Führung wurde aber nicht von allen Mitgliedern der Bezirksleitung mitgetragen. Einem paßte die ganze Richtung nicht: "Was machen wir als Partei falsch - die Fragestellung ist falsch. Wir machen es richtig - aber kommen nicht genügend an!"<sup>59</sup> Alarmierend, weil auch an seine eigene Adresse gerichtet, war für den BV-Chef wohl eine andere Aussage: "Der Gegner will, daß wir die Fehler bei uns suchen! [...] Warum muß uns ADN über diese Lage informieren - die Verantwortung liegt bei anderen! Von dort hätte eine langfristig geplante Aktion des Gegners signalisiert werden müssen!"<sup>60</sup>

Diese Kritik muß Generalmajor Koch weitergegeben haben. In einer Dienstversammlung am 2. Oktober notierte ein Major der Auswertungs- und Kontrollgruppe: "Subversives Potential - gegenwärtig eine der wichtigsten Aufgaben" und: "Es gibt Bestrebungen innerhalb der Partei, deutlicher zu werden."<sup>61</sup> Zwei Tage später ergänzte er (und bot damit zugleich einen interessanten Einblick in die Selbstzensur des MfS): "Wir können vieles [in der "Parteiinformation" für die SED-Bezirksleitung - d. Verf.] mitnennen, was wir sonst

---

<sup>56</sup> Notizen zur "Dienstberatung 28.9.89" beim Leiter BV; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Oberstleutnant Lange, SbA, Bd. I, S. 317 f. - Gerd Lange (geb. 1942): Studium in Leipzig mit Abschluß als Diplom-Landwirt; danach, 1968, zum MfS, zuerst in der KD Anklam; 1982 bis März 1989 als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) bei der HV A, Abt. IX (Gegenspionage); danach stellvertretender Leiter der AKG in der BVfS Neubrandenburg.

<sup>57</sup> Notizen zur Sekretariatssitzung am 13.9.1989; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 202-206, hier 203 f.

<sup>58</sup> Ebenda.

<sup>59</sup> Ebenda, S. 205.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 206.

<sup>61</sup> Notizen zur Dienstversammlung am 2.10.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Major Müller, SbA, Bd. I, S. 155. - Heinrich Müller (geb. 1944 in Leipzig): staatlich geprüfter Landwirt; ab 1967 beim MfS, 1967-1979 bei der KD Neubrandenburg, dann Auswerter in der AKG.

nicht können. [...] Was müßte unbedingt aus unserer Sicht dem 1. Sekretär gesagt werden?"<sup>62</sup>

Auch im Bezirk Neubrandenburg waren dem MfS zu dieser Zeit viele "negative" Äußerungen, die sich auf breite Resonanz in der Bevölkerung stützen konnten, bekannt geworden. Dabei stellte sich heraus, daß - trotz aller Bemühungen um ein lückenloses Überwachungssystem - selbst die Kernfrage des MfS, "Wer ist wer?", oft unbeantwortet blieb. Die BVfS mußte einräumen, daß einige der Personen, die als Kontaktadressen oder Erstunterzeichner des "Neuen Forum" von der Hauptabteilung XX in Berlin nach Neubrandenburg gemeldet worden waren, dort nicht einmal erfaßt waren.<sup>63</sup> Der Protest sprengte schon jetzt den bekannten Rahmen.

In einer Besprechung des BV-Chefs mit seinem Stellvertreter Operativ, Oberst Braun, konstatierte Koch: "Unter Bedingungen des de-facto-Bestehens [des] 'Neuen Forum'" reicht die Grundstimmung der Bevölkerung "für Sympathie + Solidarisierung". Die "Gründe f[ür] Sympathien sind da! Wir haben es mit Profis zu tun! Sie testen klug - wie weit [sie gehen können - d. Verf.] - wann [sie sich] zurückziehen [müssen]!" Man darf die "Mündigkeit der Bürger nicht auf die leichte Schulter nehmen." Eine allzu späte Erkenntnis. Die ganze Unsicherheit des MfS wird in dem Zusatz deutlich: "Unterscheiden = Suchende Menschen [und] Provokateure!"<sup>64</sup>

Die Mitarbeiter der Staatssicherheit schwankten, wie sie mit dem in die Öffentlichkeit drängenden Unmut der Bürger umgehen sollten, das läßt sich an unterschiedlichen Reaktionen auf vergleichbare Formen des Protestes ablesen. Einige Beispiele: Am 24. September wurde an einem Straßenbaum auf freier Landstraße (nicht etwa innerhalb eines Ortes) ein 50 mal 61 cm großes Pappschild mit der Aufschrift "Hoffnung auf Veränderung - Neues Forum" gefunden. Sofort lief die Maschinerie auf Hochtouren:

"Tatortarbeit durchgeführt, Plakat entfernt, Übergabe an [...] BDVP, verstärkte Sicherung der F[ern]-Straße. Leiter BV hat Kenntnis. Stellv. Operativ informiert. Weisung: Einengung Tatzeit, Erarbeitung Tat- und Tätersversion, [...] Feststellung

Personenbewegung, LD [Leitungsdienst] BV [...] Leiter Abt. IX [Untersuchungsorgan], LD XX [...] verständigt, [...] KD Altentreptow, Anklam und Malchin inf[ormiert]."<sup>65</sup>

---

<sup>62</sup> Notizen vom 4.10.1989, S. 157.

<sup>63</sup> Leiter der HA XX an Leiter Abt. XX Nbg.: "Erstunterzeichner, Kontaktadressen und Sympathisanten des feindlich-negativen Personenzusammenschlusses 'Neues Forum'", Schreiben vom 6.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 350.

<sup>64</sup> Besprechung Koch - Braun, 26.9.1989; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 207.

<sup>65</sup> Rapport 268/89 vom 25.9.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 352. - In einem Fernschreiben an den Zentralen Operativstab (ZOS) in Berlin wurde diese Tat gemeldet als "Verdacht der Beeinträchtigung staatl[icher] Tätigkeit gem. § 214 StGB" (Abs. 1 u. a. bis zu 3 Jahren Freiheitsstrafe). Alle operativen Kräfte seien eingewiesen und eine Fahrzeugkontrolle veranlaßt; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 353 f.

Der Friedenskreis Neubrandenburg schickte am 23. September ein Protestschreiben an Erich Honecker gegen die "Abweisung der Registrierung des 'Neuen Forum'". Dieses Schreiben wurde in der Bezirksverwaltung durch einen IM und zudem, vier Tage später, durch eine Mitteilung der für die Postkontrolle zuständigen Abteilung M in Berlin bekannt. Obwohl die Briefschreiber die Bildung des Neuen Forum nachdrücklich unterstützt und versichert hatten: "Dieses neue Denken wird sich trotz der Nichtregistrierung seiner Organisation durchsetzen", wurde von der BVfS Neubrandenburg zur Weiterbearbeitung ausschließlich der erwähnte IM eingesetzt.<sup>66</sup>

In Teterow teilte ein Bürger am 28. September dem Vorsitzenden des Rates des Kreises schriftlich sein Interesse "an einer legalen Tätigkeit der 'Bürgerinitiative - Neues Forum'" mit und bat um ein Gespräch. Es wurde beschlossen, daß das Gespräch "entsprechend vorliegender Orientierung"<sup>67</sup> stattfinden sollte. Die "KD Teterow forcierte in Abstimmung mit Abt. XX [die] oper[ative] Personenkontrolle", IM wurden eingesetzt, geeignete offizielle Einflußquellen genutzt und der Einsatz operativ-technischer Mittel vorbereitet.<sup>68</sup>

Am gleichen Tag wurde die Kreisdienststelle Anklam von der dortigen SED-Kreisleitung informiert, daß dem Intendanten des Anklamer Theaters von acht Mitarbeitern ein Schriftstück übergeben worden war, in dem sie sich für das "Neue Forum" einsetzen. Der Kreisdienststellen-Leiter setzte einen IM (einen Mitunterzeichner) ein und forderte "in Abstimmung mit der Abteilung XX die Eröffnung eines OV", eines Operativen Vorgangs. Der Empfänger in der BVfS hielt das für überzogen und bat um Rücksprache.<sup>69</sup>

In einer Information zur Lage in der evangelischen Kirche heißt es Ende September, kirchenleitende Kräfte hätten die Absicht, "Einladungen zu Festveranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR nicht nachzukommen." Pastoren hätten angekündigt, Gespräche "in Vorbereitung des 40. Jahrestages zu boykottieren", sich aber "weitergehend im Sinne der Zielstellung des 'Neuen Forum' zu artikulieren."<sup>70</sup> Beginnend mit dem 3. Oktober sollten, auf Anregung der Pastoren Müller und von Saß, jeweils dienstags in der Johannis-Kirche in Neubrandenburg Friedensgottesdienste stattfinden. Zu diesem Zweck, schreibt ein Mitarbeiter der Abteilung XX, wurde ein Vorbereitungskreis gebildet. Stolz ergänzt er: "Abteilung XX ist inoffiziell präsent." Dadurch wisse man, daß

---

<sup>66</sup> Leiter der Abt. M des MfS an BV Nbg., Oberst Klaus: "Operative Information vom 27. September 1989"; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 355.

<sup>67</sup> Am 22.9.1989 hatte Mielke alle Dienstseinheiten informiert, wie bei Antragstellung auf Zulassung einer Vereinigung vorzugehen sei. Fernschreiben des Leiters der BV an die Leiter aller Dienstseinheiten, o. D.; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 356 f.

<sup>68</sup> Rapport 272/89 vom 29.9.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 358 f.

<sup>69</sup> Leiter KD Anklam an Abt. XX: "Information zum Theater Anklam" vom 29.9.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 360-363.

<sup>70</sup> "Information über aktuelle Aspekte - Evangelische Kirche und Kunst/Kultur Nr. 23/89" vom 29.9.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 368 f.

die "Zielpersonen der 'Friedenskreisszene' entscheidend an Einflüsse von außen (speziell Berlin) gebunden" sind.<sup>71</sup>

Auch in anderen Milieus regte sich Widerstand. So meldete die BVfS an die SED, daß "im Zusammenhang mit dem 'Neuen Forum' bekanntgewordene inhaltliche Aspekte [...] in bedeutendem Umfang unter Kunst- und Kulturschaffenden des Bezirkes Wirkungen" zeigen.<sup>72</sup> Ähnlich sei die Lage in der Umweltschutzbewegung. Dort würden sich Gruppen "vorrangig im Ergebnis von Auseinandersetzungen mit staatlichen Organen, resultierend aus deren Desinteresse, Unverständnis und starren Haltungen zu Problemen des Natur- und Umweltschutzes" bilden. "Die Sensibilität dieses Personenkreises" sei "jedoch potentiell ein Faktor, der zum Ausgangspunkt für ein Reagieren" werden könne.<sup>73</sup>

Die SED-Führung aber versuchte, den Schein aufrechtzuerhalten. Den MfS-Offizieren, die alle SED-Mitglieder waren, wurde am 4. Oktober auf einer Dienstversammlung wider besseres Wissen eingebleut: "Parteiführung lebt in der Lage."<sup>74</sup> Das sollte wohl heißen, daß "oben" alles bekannt sei. Um dem doch noch etwas nachzuhelfen, wurde in einer "Parteiinformation" für die SED-Bezirksleitung vom 7. Oktober erklärt, daß durch "die Widersprüche zwischen der täglichen Praxis und den offiziellen Argumentationen" sich in der Bevölkerung "der Eindruck (verstärkt), die Partei- und Staatsführung besitze keine reale Lagekenntnis." Breite Kreise würden "aktuell-politische Entscheidungen der Partei- und Staatsführung kritisch bzw. ablehnend bewerten."<sup>75</sup> "Reaktionäre kirchliche Kräfte" bescheinigten der DDR "ohne politische Reformen keine Zukunft, die Regierung habe kein Konzept und hätte abgewirtschaftet."<sup>76</sup> SED-Mitglieder seien den Angriffen parteiloser Werkstätiger nicht gewachsen, hätten den Glauben an die Führungskraft der SED verloren, ja man schäme sich sogar als Mitglied der Partei in Diskussionen aufzutreten. Es falle schwer, "die DDR als Arbeiter-und-Bauern-Staat zu charakterisieren."<sup>77</sup>

Fast wie eine Absicherung liest sich die Bemerkung auf einer internen Information zur Lageentwicklung vom Folgetag: "Parteiinformation Nr. 24/89 [...] um 13.10 Uhr dem Diensthabenden der [SED-]Bezirksleitung übergeben."<sup>78</sup> Daß im Zusammenhang mit dem 7. Oktober bei "Zusammenrottungen" Rufe wie "Stasi raus" ertönt waren, wurde der Partei

---

<sup>71</sup> Abt. XX: "Lagefortschreibung für den Zeitraum vom 20.-26.9.1989"; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 370 f, hier 370.

<sup>72</sup> Information 23/89; ebenda.

<sup>73</sup> Abt. XX: "Lagefortschreibung für den Zeitraum vom 13.-19.9.1989"; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 373-375, hier 374 f.

<sup>74</sup> Notizen zu einer Dienstversammlung am 4.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. II, Arbeitsbuch Oberleutnant Stuhr, SbA, Bd. I, S. 384.

<sup>75</sup> "Information über aktuelle Aspekte der Reaktion der Bevölkerung Nr. 24/89 vom 7.10.89"; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, S. 407-414, hier 407 f.

<sup>76</sup> Ebenda, S. 411.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 412.

<sup>78</sup> "Zusammengefaßte Lageentwicklung seit dem 6.10.1989" vom 8.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 415-417, hier 416.

noch nicht mitgeteilt. Neu sei, so stellte das MfS fest, die "Tendenz der Entfernung bzw. Vernichtung von Emblemen." Dazu waren Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Von der "PUT-Szene" wurde berichtet, daß die Unzufriedenheit sich in jedem Fall als Kritik gegen die Partei- und Staatsführung richtet. Zu erkennen sei aber "Unsicherheit und zum Teil Besorgnis/Angst vor möglichen Perspektiven (Repressivmaßnahmen des Staates)."<sup>79</sup> Als Einzelmeinung wird notiert, aber wohl kaum ernstgenommen:

"Pastor Timm / Röbel: Seine Prognose lautet: '2-3 Monate echter Kampf, eine harte Phase, und dann kommt der Zusammenbruch des Staates. Dann müssen sie in der Oppositionsbewegung, in dieser Demokratiebewegung, soweit sein, daß sie ein Rundtischgespräch anbieten können.'"<sup>80</sup>

Besonderes Kopfzerbrechen bereitete den Machthabern die wachsende Fluchtbewegung. Der Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen in der Bezirksleitung der SED, Rothe, legte dem Sekretariat am 6. Oktober eine düstere Bilanz vor. In den ersten neun Monaten hatten im Bezirk Neubrandenburg 1.529 Personen Anträge für ständige Ausreise gestellt, das war im Vergleich zum Gesamtjahr 1988 ein Zuwachs von 129,5 Prozent. Von diesen Anträgen waren 600 bereits positiv entschieden. Vorherrschendes Motiv sei die Ablehnung der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Über sozialistische Staaten, besonders Ungarn, hatten 230 Bürger die DDR verlassen. 69 Botschaftsbesetzer waren mit staatlicher Genehmigung ausgereist. Auf die Staatsgrenze West hatten 80 Personen des Bezirkes direkte Angriffe verübt, 58 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der überwiegende Teil der Täter war jünger als 35 Jahre. Die Schlußfolgerung des Abteilungsleiters lautete: "Die verstärkte Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners hat Wirkung." Aus den Zahlen ergebe sich die "zwingende Notwendigkeit, Wirkungen aus Rückverbindungen vorbeugend zu verhindern." Das müsse "in der politisch-ideologischen Arbeit beachtet werden."<sup>81</sup>

Während von der Parteibürokratie hilflose Appelle herausgegeben wurden, versuchte die Leitung der BVfS sich auf die neue Situation einzustellen. Nach der Entscheidung der DDR-Regierung, alle Botschaftsflüchtlinge in Warschau und Prag in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober auszuweisen, rechnete die Leitung der BVfS mit "öffentlichkeitswirksamen Handlungen", die nicht mehr zu unterbinden wären. Eine Sogwirkung und "Erpressungsversuche" wurden befürchtet. Deshalb ordnete der 1. Stellvertreter Operativ, Oberst Klaus, an, die Kreisdienststellen haben ihre "Kontrollmaßnahmen [...] auf die Personen zu konzentrieren, die sich aufgrund dieser Entscheidung 'benachteiligt' fühlen." Es muß festgestellt werden, von wem die größten Gefahren ausgehen. Diesen

---

<sup>79</sup> Ebenda, S. 415 f.

<sup>80</sup> Ebenda, S. 417.

<sup>81</sup> Abteilung für Sicherheitsfragen: "Entwicklung des Reiseverkehrs, der ständigen Ausreisen und des gesetzwidrigen Verlassens"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5814.



Personen sei die ständige Ausreise zu genehmigen.<sup>82</sup> Das MfS war - zumindest in Teilbereichen - nicht mehr Herr der Lage.

Mit einem Fernschreiben vom 8. Oktober - die Jubelfeier war vorbei, die verschärfte Repression hielt noch an - wurde den Leitern der Kreisdienststellen im Bezirk Neubrandenburg erneut mitgeteilt, woher die eigentliche Gefahr drohe: von der politisch-ideologischen Diversion westlicher Medien. Da "nach wie vor [...] das Wirken einer organisierten Opposition nicht erkennbar" sei, müsse man den "Aufforderungscharakter der Berichte zum Handeln gegen die Staatsmacht (Demokratie jetzt oder nie)" als Ursache bezirklicher Erscheinungen des Protestes betrachten.<sup>83</sup> Die Basis für Vorkommnisse sei "das Spektrum zwischen Unzufriedenheit, Nachahmungsdrang, Modeerscheinung (es muß sich etwas ändern, was ist unklar)." In kirchlichen Friedenskreisen waren Formierungsbestrebungen zu erkennen, dabei wirke "die scheinbare Übereinstimmung der Ziele des 'Neuen Forum' mit Vorstellungen zur Lösung aktueller innerer Probleme" begünstigend.<sup>84</sup>

Nach Berlin, an den Zentralen Operativstab (ZOS), wurde am gleichen Tag als Beitrag der BVfS Neubrandenburg zur Aufrechterhaltung der herrschenden Sicherheit und Ordnung gemeldet: Es "erfolgten insgesamt 8 Zuführungen, darunter drei mutmaßliche Rädelsführer" und die "vorläufige Festnahme und Prüfung der Verletzung von Straftatbestandsmerkmalen gem. § 220 StGB [Öffentliche Herabwürdigung] einer Person aus Templin, die durch Anbringen einer weiß-roten Fahne mit der Aufschrift 'Deutschland' am Wohnungsfenster in Erscheinung trat."<sup>85</sup>

### 3. Die Lage nach dem 40. Jahrestag

Am 8. Oktober fand eine Beratung der Bezirkseinsatzleitung statt. Die SED-Bezirksführung zeigte sich bei dieser Gelegenheit vor allem darüber erfreut, daß in ihrem Verantwortungsbereich die Aktivitäten "feindlicher Kräfte" - im Vergleich zu südlichen Bezirken - beherrschbar wären. Es sei hier im "Norden [...] vielleicht polit[isch] besser gearbeitet worden". Man müsse allerdings "mit gleicher Präzision die Aufg[a]b[en] angehen wie im Süden der DDR."<sup>86</sup> In diese selbstzufriedene Atmosphäre platzte der Befehl Mielkes, "volle Dienstbereitschaft" herzustellen. Bewaffnete MfS-Angehörige hätten "ihre Dienstwaffe entsprechend den gegebenen Erfordernissen ständig bei sich zu führen."<sup>87</sup>

---

<sup>82</sup> 1. Stellvertreter Operativ an alle KD zu: Maßnahmen im Zusammenhang mit Botschaftsbesetzern vom 2.10.1989; BStU, ASt Nbg., KD Ückermünde, SbA, Bd. I, S. 396-398.

<sup>83</sup> Leiter BV an alle Kreisdienststellen: "Lageentwicklung seit dem 6.10.89" vom 8.10.1989; BStU, ASt Nbg., KD Ückermünde, SbA, Bd. I, S. 425 f.

<sup>84</sup> Ebenda.

<sup>85</sup> Fernschreiben des Leiters des Operativen Einsatzstabes (OES), Oberst Braun, an ZOS des MfS Berlin vom 8.10.1989, Ergänzung zum Tagesbericht vom 7.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 424.

<sup>86</sup> Beratung BEL am 8.10.1989; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 210.

<sup>87</sup> Telegramm Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten vom 8.10.1989; BStU, ZA, DSt 103625.

Gefordert wurde, Reservekräfte für kurzfristige Einsätze bereitzuhalten, die Sicherheit der Dienstobjekte zu erhöhen und alle Inoffiziellen Mitarbeiter in den Kampf zu schicken. Mit Betriebsleitern sollten die Auswahl und der Einsatz gesellschaftlicher Kräfte abgestimmt werden. Als Ergebnis der Abwehrarbeit in den bewaffneten Organen sollten unzuverlässige Elemente rechtzeitig herausgelöst werden. Durch aktuelle Bewertung der operativen Materialien zu "feindlich-negativen Personen" sei deren kurzfristige Festnahme zu ermöglichen.

Auf der Sitzung wurde auch darüber berichtet, daß in einigen anderen Bezirken die Kampfgruppen<sup>88</sup> eingesetzt worden waren. Generalmajor Koch notierte zu dieser Maßnahme: "Das ist das Letzte!"<sup>89</sup> Diese Einschätzung kam nicht von ungefähr: Im Vormonat war - sicher im Zusammenhang mit der steigenden Angst der SED-Führung vor "massenwirksamen Aktionen" - ein neues Ausbildungsprogramm für diese paramilitärische Parteitruppe vorgestellt worden. Es sah vor, die "Kämpfer" auch in Räumen von Straßen und Plätzen zu schulen. Dieses Vorhaben war im Bezirk Neubrandenburg jedoch auf Ablehnung gestoßen. In einer "Information" wurde festgestellt: "Eine bedeutende Anzahl von Kampfgruppenangehörigen [...] bringt ihre Ablehnung gegenüber dem neuen Ausbildungsprogramm zum Ausdruck"; man wolle "nicht einmal auf die eigenen Kinder losgehen müssen."<sup>90</sup> Mit dieser Parteiarmee war nicht mehr zu rechnen; man mußte sich auf die eigenen Kräfte stützen.

In der BVfS Neubrandenburg wurde deshalb eine personelle Ergänzung von 30 Mann unter der Regie der AG XXII (Arbeitsgruppe Terrorabwehr) geschaffen<sup>91</sup> und der Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter zur zusätzlichen Absicherung des Dienstobjektes der BV angeordnet. Ein Mitarbeiter der Abt. II schrieb zur Arbeit mit den IM: "Generelle Orientierung, keine Hektik/Panik - Verdeutlichung d[es] Ernstes d[er] Lage - bewußte Demonstration d[es] Gebrauchtwerdens u[nd] d[es] Vertrauens", denn "wann, wenn nicht jetzt, muß der Feind wirksam werden."<sup>92</sup> Der Leiter der Abteilung XVIII (Volkswirtschaft) erarbeitete einen umfangreichen Maßnahmeplan für den Fall einer Eskalation. Die Personen, "die bei einer möglichen Lagezuspitzung zuzuführen/festzunehmen sind", sollten eindeutig herausgearbeitet werden. Da man nicht wisse, ob der Feind den Besitz

---

<sup>88</sup> Nach den Unterlagen von General Koch standen unter der Bezeichnung "Kräfte der Territorialverteidigung" 7.912 Kämpfer in diesen Einheiten zur Verfügung; Arbeitsbuch (1) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 185.

<sup>89</sup> Beratung BEL am 8.10.1989; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 210.

<sup>90</sup> "Information über aktuelle Aspekte der Reaktion der Bevölkerung Nr. 21/89", vom 7.9.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 310-313, hier 311.

<sup>91</sup> Notizen zu einer Dienstversammlung am 9.10.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Leutnant Slabon, SbA, Bd. I, S. 432.

<sup>92</sup> Einsatzbesprechung der Dienstseinheit wegen "Maßnahmen zur außergewöhnlichen Lage" am 8.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. II, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters, SbA, Bd. I, S. 435 f.

von Waffen anstrebt, wurde besonderer Schutz der Waffenkammer und sogar der gepanzerten Technik im VEB RWN (Panzer-Reparaturwerk Neubrandenburg) angewiesen.<sup>93</sup>

Die Stimmung in der Bevölkerung wurde zu dieser Zeit durch die Staatssicherheit - anders als durch die SED - sehr skeptisch eingeschätzt.<sup>94</sup> Die Zahl von "17.000 Personen", die im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen als "unzufrieden" registriert worden waren, sei weiter angestiegen. Dieses Potential sei durch die Genehmigung von Ausreisen, aber auch durch ungesetzliches Verlassen von insgesamt 1.100 Personen bei weitem nicht erschöpft. Kollektive, darunter auch solche der Partei, hätten in Briefen an das ZK oder den Staatsrat Unzufriedenheit mit der Beschönigung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes und mit der fehlenden Reaktion der Parteiführung bekundet. Vom Friedenskreis Röbel waren Gründungsabsichten für eine Regionalgruppe "Neues Forum" bekannt geworden und "bei mindestens (eine Dunkelziffer ist nicht auszuschließen) 150 leitenden Kadern und Geheimnistägern des Staatsapparates und der Volkswirtschaft" verzeichnete man "ideologische Aufweichungserscheinungen". Als Resümee wurde gezogen: "Das Potential Andersdenkender strebt zu oppositionellen Handlungsweisen". Eine komplexe Vorgehensweise sei erforderlich, "um die gesamtgesellschaftliche Wirksamkeit zur Zurückdrängung zu aktivieren und zu erhöhen."

Im Sekretariat der SED-Bezirksleitung, das sich am 9. Oktober zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenfand, überwog zur gleichen Zeit anscheinend noch immer die Erleichterung darüber, in Neubrandenburg den 40. Jahrestag relativ glimpflich überstanden zu haben. Die politische Atmosphäre in der Bezirksparteiorganisation wurde vom 1. Sekretär, Johannes Chemnitzer, als "stabil" eingeschätzt. Veranstaltungen und Volksfeste zum 40. Jahrestag hätten breite Resonanz gefunden. Der "Stolz der Bürger" auf "das in vierzig Jahren Erreichte" sei prägend gewesen, die Festansprachen von Honecker und Gorbatschow mit Interesse und Zustimmung aufgenommen worden. Mehrfach würden in Diskussionen der Bürger enttäuschte Erwartungen geäußert: Es seien klarere Worte zur Ausreiseproblematik erwartet worden. Von Gorbatschow habe man eine schärfere Positionierung gegen "die Machenschaften der BRD" erhofft. Zu den "Provokationen, Demonstrationen im Vorfeld des 40. Jahrestages und während der Feierlichkeiten", auch zu den "Ereignissen in Leipzig und Dresden", gäbe es "kritische Stimmen zur Berichterstattung unserer zentralen Medien."<sup>95</sup>

---

<sup>93</sup> Maßnahmeplan zur Umsetzung der VVS 71/89 des Ministers, Leiter der Abt. XVIII, 10.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, SbA, Bd. I, S. 439 f.

<sup>94</sup> Hierzu und zum folgenden: "Information über aktuelle Lageaspekte der inneren Entwicklung", 9.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 441-443.

<sup>95</sup> "Protokoll über die außerordentliche Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED am Montag, dem 9. Oktober 1989"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5813.

Langsam begann der regionalen Parteiführung zu dämmern, daß sich die Lage auch in Neubrandenburg verschärfte. Auf einer Sekretariatssitzung am 11. Oktober erklärte Chemnitzer: "Wir haben in Nbg. [Neubrandenburg] gleiche Wirkungen - obwohl wir von der Quantität nicht immer so betroffen sind wie andere Bezirke."<sup>96</sup> Die Qualität dagegen wurde so eingeschätzt: "Viel Verwirrung + Ratlosigkeit, die nichts mit Opposition zu tun hat." Klar schien, wem die Schuld zuzuschreiben war: "Es ist ein Phänomen, wie dem Feind die ideolog[ische] Offensive + die psycholog[ische] Wirkung gelungen ist - und wir in die ideolog[ische] Defensive abgerutscht [sind]."<sup>97</sup> Mit "wir" war nicht nur die Bezirksparteiorganisation gemeint: "Keine Meinungsäußerung v[om] GS [Generalsekretär] - läßt andere sprechen!"<sup>98</sup>

Die Disziplin, auch in der Partei, hatte erheblich gelitten. Angehörige bewaffneter Organe verglichen die Lage mit dem 17. Juni 1953 oder dem August 1961 und erklärten die wachsenden Spannungen mit der Entfremdung von Basis und Parteiführung.<sup>99</sup> Sekretäre der Bezirksleitung wurden als "Gerüchteklopfer und Phrasendrescher"<sup>100</sup> bezeichnet und mußten sich sagen lassen, die Partei habe die Führungsrolle immer gewollt, jetzt müsse sie sich an ihren eigenen Ansprüchen messen lassen. Dagegen habe "die Kirche schon seit Jahren auf sich anbahnende Konflikte aufmerksam gemacht [...]. Die Partei hätte also Zeit gehabt, sich Antworten zu überlegen bzw. die Lage zu analysieren und Schlußfolgerungen zu ziehen."<sup>101</sup>

Zunehmend wurden zu dieser Zeit an Häuserwänden, Schaufenstern und auch an Müllcontainern "Schmierereien" wie "Neues Forum", "Stasi raus", "Demokratie jetzt", "Geheime Wahlen" oder "Dialog statt Schweigen" registriert. "Zuführungen" erfolgten und Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. Vorrangig richtete sich der Einsatz des MfS auf die Verhinderung von "Öffentlichkeitswirksamkeit". Protestäußerungen wurden aber auch von höheren Funktionären bekannt und dürften die Unsicherheit der Mitarbeiter vergrößert haben. So meldete ein Unterleutnant der Abteilung XX vom 12. Nationalen Dokumentar- und Kurzfilm-Festival in Neubrandenburg vom 9. bis 12. Oktober: Ein "Mitarbeiter des ZR [Zentralrats] der FDJ, Abteilung Kultur [...] sieht im 'Neuen Forum' seine Interessen vertreten, solange seine Partei (SED) die aktuellen Fragen der Zeit nicht aufgreift."<sup>102</sup>

---

<sup>96</sup> Sekretariatssitzung am 11.10.1989; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 212.

<sup>97</sup> Ebenda.

<sup>98</sup> Ebenda, S. 211.

<sup>99</sup> "Aktuelle Aspekte der Reaktion der Bevölkerung", 10.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 444.

<sup>100</sup> "Tagesbericht - Stimmungen/Reaktionen zur aktuellen Lage" der Abt. II, 12.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 447.

<sup>101</sup> "Operativinformation zur Lageentwicklung am Friedrich-Wolf-Theater Neustrelitz", 11.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 448.

<sup>102</sup> "Abschlußbericht zum Verlauf des 12. Nationalen Festivals Dokumentar- und Kurzfilm der DDR für Kino und Fernsehen in Neubrandenburg" vom 16.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 450 und 451, hier 451.

Die innenpolitische Großwetterlage war inzwischen umgeschlagen. In Neubrandenburg war das zum Beispiel an dem weiteren Schicksal jener drei jungen Männer ablesbar, die am 8. Oktober in Untersuchungshaft genommen worden waren, weil sie Losungen angebracht hatten wie: "40 - und wie weiter?" oder "Leugnet nicht - bekennt Wahrheit - SED". Die Haftbefehle waren damit begründet worden, daß für die Tat "eine Strafe mit Freiheitsentzug zu erwarten ist"<sup>103</sup>. Fünf Tage später, am 13. Oktober, beantragte die Untersuchungsabteilung der BVfS eine Aufhebung der Haftbefehle "gemäß § 25 (2) StGB"<sup>104</sup>. Dieser Strafgesetzbuchparagraf sah vor, "von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit [...] abzusehen, [...] wenn die Straftat infolge der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse keine schädlichen Auswirkungen hat". Im Kommentar zu diesem Paragraphen wird die dynamische Entwicklung jener Tage gewissermaßen vorweggenommen. Es heißt dort: "Ziffer 2", also der einschlägige Absatz, "setzt voraus, daß die Tat zunächst schädliche Auswirkungen verursacht hat, diese jedoch nachträglich weggefallen sind."<sup>105</sup> Die Tatbestandsmerkmale hatten sich offenbar in fünf Tagen grundlegend geändert. Nach dringender Fürsprache durch den Landes-superintendenten verfügte der Staatsanwalt schließlich am 19. Oktober die Einstellung der Verfahren unter Ausschluß des Anspruchs auf Entschädigung.<sup>106</sup>

Die Unterscheidung zwischen "Feinden" und "Suchenden", die Koch bereits Ende September von seinen Mitarbeitern gefordert hatte, wurde immer schwieriger. Von der Partei fehlten klare Richtlinien. Die MfS-Führung reagierte gereizt. Während einer Besprechung beim "Gen. Min[ister]" am 15. Oktober notierte der BV-Chef im Telegrammstil die Ausführungen von dessen Stellvertreter, Generaloberst Mittig: "Erklärung PB [Politbüro] halbherzig, Beweis, daß alles beim alten bleibt!, Initiative bleibt von unten!, kein Beweis f[ür] ernsthafte Korrektur von Oben! [...] Das Schweigen des GS [Generalsekretärs] kostet uns jeden Tag weitere Bürger + SED Mitgl[ieder]."<sup>107</sup>

---

<sup>103</sup> BStU, ASt Nbg., Archivierter Untersuchungsvorgang (AU) 889/85, Bd. I, o. Pag.

<sup>104</sup> Ebenda, Handakte, o. Pag.

<sup>105</sup> "Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar zum Strafgesetzbuch", Berlin (Ost) 1984, S.108.

<sup>106</sup> Am 15. November wird der Staatsanwalt sogar den Verdacht einer Straftat als unbegründet verwerfen und deshalb den Anspruch auf Entschädigung feststellen. Vgl. ebenda, Bd. III, o. Pag. - Vier Jahre vorher waren zwei der Jugendlichen für vergleichbare Äußerungen wegen "Rowdytum" noch zu 18 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Mit pazifistischen Auffassungen hatten sie angeblich "die Friedens-, Verteidigungs- und Umweltschutzpolitik der DDR verunglimpft."; BStU, ASt Nbg., AOPK 840/88, o. Pag. Unter anderem war von ihnen auf einem Plakat ein Panzer gemalt worden, aus dessen verknötetem Rohr Wasser auf Blumen herabtropfte. Die Überschrift lautete: "Laßt Blumen wachsen."; BStU, ASt Nbg., AU 889/85, Beweismittel Bd. V, o. Pag. Derselbe Leiter der Untersuchungsabteilung hatte damals geschrieben, daß "diese Sache ihrer Beschaffenheit und Zweckbestimmung nach eine dauernde erhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellt."; BStU, ASt Nbg., AU 889/85, Bd. I, o. Pag.

<sup>107</sup> Mitschrift einer Besprechung am 15.10.1989; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 215.

Am 16. Oktober übermittelte Koch seinen Untergebenen einen Minister-Befehl. Mielke befürchte, in Leipzig könne es, wie am 9. Oktober, wieder zu einer großen Demonstration kommen. Deshalb galt es, "Dienst bis auf Widerruf" zu verrichten. Es sei nicht auszuschließen, daß auch anderswo Veranstaltungen zu "solidarischen Aktionen" mißbraucht würden. Darum sei es erforderlich, "weitere Vorbereitungen zum vorbeugenden Einsatz geeigneter Kräfte und Mittel zu treffen."<sup>108</sup> Der 1. Stellvertreter Operativ, Oberst Klaus, reagierte prompt und verschickte ein von der AG XXII (Terrorabwehr) vorsorglich schon am 11. Oktober erarbeitetes Material mit Verhaltensgrundsätzen "zum Verhindern, Zersetzen und Auflösen von rowdyhaften Zusammenrottungen und zur Isolierung/Ergreifung von Demonstrativtätern"<sup>109</sup>. Es ist erforderlich, heißt es darin, das "Kräfteverhältnis real [zu] beurteilen, [denn] übertriebener Eifer schadet nur" und je nach "öffentlichkeitswirksamen Auswirkungen" ist der "Einsatz ziviler Kräfte bzw. uniformierter Kräfte" vorzusehen. Bei passiven Widerstandshandlungen muß beachtet werden: "Offene militärische oder polizeiliche Präsenz kann den Widerstandswillen verstärken." Alle Handlungen müßten deshalb gedeckt vorbereitet, jedoch zügig und kompromißlos durchgeführt werden. Auch die Volkspolizei traf weitere Vorbereitungen. Der BDVP-Chef gab Weisung, "eine Einsatzgruppe" aus 45 VP-Angehörigen zu bilden und befahl für die 14. VP-Bereitschaft kasernierte Unterbringung. Alle männlichen Angehörigen der BDVP hätten bis auf Widerruf in der Dienststelle zu verbleiben.<sup>110</sup>

Den Vorbereitungen der Sicherheitsorgane stand von seiten des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung und seines Sekretariats eine recht schlichte Orientierung für die Parteifunktionäre gegenüber. In einem Papier vom 16. Oktober wurde ihnen mitgeteilt, die nächste Zeit müsse Lösungen bringen, die aber noch nicht auf dem Tisch lägen. Man wolle allen die Hand reichen, die das wünschten; alles müsse bewältigt werden, was die Bevölkerung in Erregung versetzt habe. Das ganze Ausmaß der Gefahr müsse erkannt werden, aber: Die "Mehrheit steht zu uns."<sup>111</sup> Man müsse das "Potential des DDR-Bewußtseins in Bewegung bringen", und niemand dürfe der Partei vorwerfen, sie sei nicht dialogbereit. Eine "bodenlose Fehlerdiskussion", ein "Glasnost-Schwall", sei aber nicht zuzulassen. Die Argumentation gipfelte in der Erklärung, schließlich habe der Sozialismus Mecklenburg verändert. Die Opposition arbeite jetzt "mit unseren Grundsätzen und Zielen, haben sie uns geklaut!"<sup>112</sup> Als Auswertung dieser "Orientierung" schrieb ein MfS-Mitarbeiter noch am

---

<sup>108</sup> BV an die Leiter der KD: Information und Aufgabenstellung vom Genossen Minister, 16.10.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 452 f.

<sup>109</sup> 1. Stellvertreter Operativ an die Leiter der Struktureinheiten vom 17.10.1989 "Verhaltensgrundsätze ..."; BStU, ASt Nbg., KD Ückermünde, SbA, Bd. I, S. 454 f.

<sup>110</sup> Abteilung VII an AKG vom 18.10.1989: "Anweisung des Chefs der BDVP"; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 456.

<sup>111</sup> "1. Sekretär Bezirksleitung an die 1. Kreissekretäre, hauptamtl[ichen] Parteisekretäre, pol. MA [politischen Mitarbeiter] der Bezirksleitung", 16.10.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 457-460, hier 457.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 458 f.

gleichen Tag: "Dem Gegner ist ein tiefer Einbruch in die Stabilität der DDR gelungen, Ursachen liegen nicht nur beim Gegner, sondern in erster Linie bei uns. Obwohl wir orientiert haben, daß jähe Wendungen nicht auszuschließen sind, hat uns das Ausmaß und die Schnelligkeit der Lageentwicklung überrascht."<sup>113</sup> Das war eine erste Selbstkritik.

### 3.1. Hilflosigkeit und Desorientierung

Am gleichen Tag, dem 16. Oktober, fand im Bezirk die erste Demonstration statt: In Waren an der Müritz kam es im Anschluß an einen Fürbittgottesdienst zu einem "Schweigemarsch unter Beteiligung von ca. 300 Personen"<sup>114</sup>. Mit Blick auf diesen Schweigemarsch und die mögliche Anwesenheit von Journalisten erhielt Generalmajor Koch während einer Besprechung in der BEL vom SED-Bezirkschef die generelle Anweisung: "Aktiver Einsatz *nur* bei Gewaltanwendung - auf Befehl VBEL [Vorsitzender BEL] - *Schußwaffe grundsätzlich/[ich] verboten!*"<sup>115</sup> Das entsprach einem Befehl Honeckers vom 13. Oktober.<sup>116</sup>

Zwei Tage später, am 18. Oktober, wurde Honecker gestürzt. Dieses Ereignis kommentierte der SED-Chef des Bezirks Neubrandenburg mit der lapidaren Bemerkung: "Demontage GS [Generalsekretär] - Charakter verbohrt!"<sup>117</sup> Von dem Wechsel an der Spitze der Partei erhoffte sich Chemnitzer viel. Obwohl am gleichen Tag die erste große Demonstration die Annahme hinfällig gemacht hatte, solches Geschehen könnte an seinem Bezirk vorbeigehen<sup>118</sup>, verlangte er auf einer Sitzung des Sekretariats: "Erst einmal auf die Bevölkerung reagieren + auf die Straße, sehr, sehr klug reagieren." Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die eingeleitete Wende sei eine taktische Überlebensvariante.<sup>119</sup> Allerdings müsse für den Bezirk das Wichtigste sein, daß "Demonstrationen [...] nicht z[ur] Dauererscheinung werden!"<sup>120</sup>

---

<sup>113</sup> "Auswertung Beratung Gen. Chemnitzer mit allen 1. Kreissekretären am 16.10.1989"; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 462.

<sup>114</sup> "Zusammengefaßte Lageentwicklung seit dem 13.10.1989", AKG, 17.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 529.

<sup>115</sup> Mitschrift einer Besprechung beim "Gen. Rothe - BEL - 16.10.1989"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 216. Oberst Heinz Rothe war gemäß dem Statut der Einsatzleitungen der DDR als Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen der Bezirksleitung der SED sowohl Mitglied als auch Sekretär der Bezirkseinsatzleitung.

<sup>116</sup> Vgl. Walter Süß: Entmachtung, S. 9.

<sup>117</sup> "Besprechung Sekretariat 19.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 218.

<sup>118</sup> Rapport 292/89 vom 19.10.89; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 530. Dort ist nachzulesen: "Der evangelische Friedenskreis Nbg. organisierte ein Friedensgebet in der Johanniskirche am 18.10.1989 von 17.00 bis 17.32 Uhr. Teilnehmer: ca. 1.000 Personen in der Kirche, ca. 500 Personen vor der Kirche. [...] Im Anschluß wurde zum Marsch in Ruhe und Besonnenheit sowie zum Anzünden von Kerzen aufgefordert. [...] Stärke des Marschblockes [...] ca. 3.000 Personen [...] Mitgeführt wurden 5 Transparente mit den Aufschriften: 'Reisefreiheit', 'Meinungsfreiheit', 'Offenheit', 'Reformen'. Der Marsch verlief ruhig und diszipliniert."

<sup>119</sup> "Besprechung Sekretariat 19.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 217.

<sup>120</sup> Ebenda, S. 219.

Am folgenden Tag notierte der Generalmajor, man müsse umdenken: "Andersdenkende + Andershandelnde sind nicht alle unsere Feinde". Koch setzte eine überraschende Erkenntnis hinzu: "Leipzig - war das Volk! Gen[ossen] haben in Leipzig *gegen* Beschlüsse der Partei gehandelt und die DDR gerettet!"<sup>121</sup> Das waren für einen alten "tschekistischen Kämpfer", der seit 43 Jahren auf Parteidisziplin getrimmt worden war, beachtliche Einsichten. Von geringerem Niveau waren die Überlegungen, die er zu einem Ausweg aus der Krise notierte: "2 Mill. [SED-Mitglieder - d.Verf.] und rechts + links je einen an der Hand! Dann kommen wir durch!"<sup>122</sup> Mit dieser überaus optimistischen Vorstellung konnten die Mitarbeiter der BVfS wenig anfangen. Etwas stärker der Realität verbunden, schrieb ein MfS-Genosse während einer Beratung der Zentralen Parteileitung als "Schlußfolgerung für unser Organ": "Wir standen an der richtigen Stelle, ohne immer die richtige Courage gezeigt zu haben", denn "falsche Disziplin wird zum Verhängnis."<sup>123</sup>

Die Reaktion der Bevölkerung auf die Wahl des neuen Generalsekretärs wurde in einer "Parteiinformation" als sehr "breit gefächert" dargestellt. Positive Reaktionen gingen davon aus, daß Egon Krenz als der fähigste Kader im Politbüro gelte, darum komme jetzt mehr Schwung in die Innenpolitik. Ärgerlicherweise mußte die BVfS jedoch vermelden, daß kritische Stimmen überwogen. Sie betonten, Krenz habe die bisherige Politik mitgetragen. Von "Andersdenkenden" seien sogar Äußerungen zu hören wie: "Etwas Schlimmeres konnte uns nicht passieren", und: "Ein Dialog mit der Partei- und Staatsführung unter Führung des Genossen Krenz entsprechend ihren Ziel- und Vorstellungen [ist] nicht möglich."<sup>124</sup> Um solcher Kritik entgegenzuwirken, verkündete SED-Bezirkschef Chemnitzer am 23. Oktober in der Parteipresse: Die "Schlammschlacht" gegen den Genossen Krenz sei Ergebnis der "Einwirkung der westlichen Massenmedien, einer teuflischen Macht der imperialistischen Propaganda."<sup>125</sup>

Nach der Wahl von Krenz kam es wie in Neubrandenburg auch in mehreren anderen Städten des Bezirks zu Demonstrationen. Während einer Dienstberatung am 23. Oktober sprach BV-Leiter Koch zu seinen Mitarbeitern. Ausgangspunkt wäre, daß man jetzt von einer politischen Krise sprechen müsse. Nüchtern und real könne man einschätzen: "Wir haben die Macht, nicht die Mehrheit". Noch aber sei nicht alles verloren, denn: Die "am stärksten organisierte polit[ische] Kraft sind wir." Er berichtete, daß Krenz bei einem Gespräch mit Gorbatschow Unterstützung erhalten habe. Wenn es zur letzten Notwendigkeit käme, würde Beistand geleistet, aber das "wäre das Allerletzte." Es sei die

---

<sup>121</sup> "Gen. Minister 19.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 221.

<sup>122</sup> Ebenda.

<sup>123</sup> "Beratung ZPL-Parteifunktionäre 19.10.89"; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (3), SbA, Bd. I, S. 538.

<sup>124</sup> "Information über aktuelle Aspekte der Reaktion der Bevölkerung auf die Wahl des Genossen Krenz ...", Nr. 30/89 vom 20.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 554-558.

<sup>125</sup> "So sieht es Johannes Chemnitzer - aus seinem Schlußwort auf der Konferenz", in: Freie Erde vom 23.10.1989, S. 3.



Bitte an das MfS herangetragen worden, "alles, aber auch das Allerletzte zu tun, damit dieser Schritt nicht erforderlich wird."<sup>126</sup> Das mußte als deutliche Warnung vor Gewaltanwendung verstanden werden.

Die Schlußfolgerung für die Mitarbeiter war: Man müsse mit den eigenen, spezifischen Mitteln die Lage zu stabilisieren versuchen, "jede Person analysieren, die sich negativ äußert [...], Umstellen auf diese Sammlungsbewegung, Eindringen und Fußfassen mit zuverlässigen IM"<sup>127</sup>. Ein Mitarbeiter der Abteilung XVIII hielt als Quintessenz fest: "Dialog bis an die Grenze führen, aber keine Grundlagen erschüttern lassen." Bei Angriffen auf das MfS, auch in mündlicher Form, müsse sofort informiert werden. Für die "KG", die Kampfgruppen, deren fehlende Bereitschaft zum Straßenkampf gegen Mitbürger man bereits Anfang September konstatiert hatte, war eine neue, deutlich reduzierte Aufgabe gefunden: "KG soll am Arbeitsplatz agieren und Kumpels finden." Als letzten Satz notierte er: "Waffe ja, aber auch weglaufen"<sup>128</sup>. Ergänzend wird festgehalten: "Nicht schießen: falsch. Wenn Lage keinen anderen Ausweg läßt - Zeit gewinnen - Tränengas bedienen - ohne Aufsehen."<sup>129</sup> In einer Anweisung für den Fall, daß der "Einsatzalarm Sicherheit Dienstobjekte" ausgelöst werden sollte, wurde zwei Tage später verfügt, daß sich "50 Prozent (männliche Mitarbeiter)" der "Dienst-Ist-Stärke" hinter den Dienstgebäuden zu sammeln hatten. Als Ausrüstung wurde verfügt: "Zivilbekleidung bzw. entsprechend Befehl, Schlagstock, keine Waffe"<sup>130</sup>.

Am 25. Oktober wurde den Leitern der Diensteinheiten vom BV-Chef ein Schreiben übermittelt, das Krenz an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen geschickt hatte. Es gab - durchaus im Sinne der Lernprozesse, die inzwischen in der Bezirksverwaltung stattgefunden hatten - eine etwas klarere Antwort auf die Frage, wie weiter zu verfahren sei. Gefordert wurde, "überall das politische Gespräch und den Dialog mit allen Bevölkerungsschichten [zu] führen". Man müsse davon ausgehen, daß "alle Probleme mit

---

<sup>126</sup> "Dienstberatung 23.10.89"; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 561.

<sup>127</sup> "Auswertung der Dienstkonferenz Ltr. BV vom 23.10.89 am 23.10.89"; BStU, ASt Nbg. Abt. XVIII, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 284 f.

<sup>128</sup> "Auswertung Ltr.-Konferenz beim General v. 23.10.89"; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch Major Rossow, SbA, Bd. I, S. 591. - Major Wolfgang Rossow (geb. 1942 in Güstrow) war seit seinem 19. Lebensjahr beim MfS, 1964-1989 war er in der Abt. XVIII (Volkswirtschaft) der BV Neubrandenburg tätig; nebenher Ausbildung zum Agraringenieurökonom. Seit 1982 war Rossow Leiter der Operativgruppe RWN (Panzerreparaturwerk Neubrandenburg). In einer dienstlichen Beurteilung von 1985 wurde er als "äußerst kritischer und unduldsamer Genosse" charakterisiert, der "einen gesunden Haß auf den Feind" habe.

<sup>129</sup> Dienstberatung 23.10.89, S. 564.

<sup>130</sup> Schreiben von Oberst Harder, Leiter der Arbeitsgruppe des Leiters (AGL), an die Leiter der Struktureinheiten vom 25.10.1989; MfS-Signatur AGL Dok.-Nr.175/89; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 608. In einem Schreiben von Generalmajor Koch an denselben Adressatenkreis vom 3.11.1989 wurde diese Anweisung wiederholt. Als Ergänzung wurde u. a. die Ausrüstung mit Schutzmaske befohlen; MfS-Signatur BVfS Neubrandenburg, Der Leiter, Dok.-Nr. 185/89; ebenda, S. 606.

politischen Mitteln gelöst werden". Die Genossen sollten weiterhin darum bemüht sein, "den Schutz- und Sicherheitsorganen [...] Rückhalt bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit" zu geben.<sup>131</sup> Die Voraussetzungen für eine solche politische Initiative der SED waren in Neubrandenburg schlecht. In der "Parteiinformation" vom Vortag war festgestellt worden, zwar gebe es erste Anzeichen einer "sachlichen Wertung" der innenpolitischen Situation - zu erklären mit verbesserter Wirksamkeit der Massenmedien und dem Auftreten führender Repräsentanten -, bezirkliche Funktionäre hielten bei der "ideologischen Offensive" aber nicht mit. Sie ließen sich kaum oder gar nicht sehen. Ausdruck der Stimmungslage seien zunehmend Äußerungen wie: "Der Sozialismus habe einen neuen, den Funktionärsadel hervorgebracht."<sup>132</sup>

Am gleichen Tag, dem 25. Oktober, hatte der BVfS-Leiter eine Besprechung mit dem Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen der SED-Bezirksleitung. Beide waren sich einig: "Die Gen[ossen] haben den Ernst der Lage nicht begriffen." Es wurde über die für diesen Tag in Neubrandenburg geplante Demonstration gesprochen. Die BVfS sollte, da führende Funktionäre sprechen würden, den Personenschutz übernehmen; ansonsten stünden zwei Kompanien der Bereitschaftspolizei mit Wasserwerfern bereit. Nach der Demonstration sollten MfS-Mitarbeiter "mit dem harten Kern in gleicher Kleidung mitlaufen", "Zeugen bereithalten f[ür] Eingriffe bei Auswüchsen."<sup>133</sup> Um 23.00 Uhr wurde im Rapport festgehalten:

"Teilnehmer in d[er] Kirche: 1.000 Personen, vor der Kirche 5.000 - 6.000 Personen mit anschließendem 'Marsch der Hoffnung' (Teilnehmer 15.000 - 20.000 Personen) zum Karl-Marx-Platz [...] Öffentlicher Dialog durch Persönlichkeiten des Bezirkes, darunter 1. Sekretär SED-BL Nbg., OB [Oberbürgermeister] Stadt Nbg. [...] Beim Dialog [...] kam es zu Pfiffen bei Ausführungen des OB und des 1. Sekretärs. [...] Veranstaltungskomplex [...] verlief ohne politisch-operativ bedeutsame Vorkommnisse."<sup>134</sup>

Das Auspfeifen der führenden Funktionäre galt inzwischen nicht mehr als "bedeutsam".

### 3.2. Das veränderte Kräfteverhältnis

Am folgenden Tag klagte die bezirkliche SED-Führung: "Vieles was passiert ist, ist vom Himmel gefallen - es gab keine Information! Aus keinem Kreis!"<sup>135</sup> Doch ein gutes Ergebnis sei, daß alles ohne Vorkommnisse abgelaufen wäre. Chemnitzer gab die Parole

---

<sup>131</sup> Der Minister an die Leiter der BVfS vom 25.10.89; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 609.

<sup>132</sup> "Information über bedeutsame Aspekte der Reaktion der Bevölkerung Nr. 31/89" vom 24.10.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 610 f.

<sup>133</sup> "Gen. Rothe 25.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 228.

<sup>134</sup> Rapport 299/89 vom 26.10.1989, S. 612. In den "Erinnerungen eines Zeitzeugen" vom Oktober 1994 heißt es dazu: "Die Menschen sind glücklich, endlich haben auch wir in unserer Stadt den Mut gefunden, unsere Freiheit zu fordern. Als die Menschen auf Phrasen des Bürgermeisters und anderer SED-Bonzen mit dem Ruf 'Wir sind das Volk' antworten, ist die Begeisterung grenzenlos!!!"; BStU, ASt Nbg., SbA, Bd. IV, S. 36.

<sup>135</sup> "Sekretärberatung 1. Sekr. BL 26.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 228.

aus: "Ein Maximum an Dialog [...], alle müssen jetzt ran." Er forderte differenziertes Vorgehen, da man "Luft" brauche, höchstens jeder Dritte sei dem "harten Kern" zuzuordnen, mit den anderen könne man reden. Der Sekretär für Agitation und Propaganda ergänzte: Das "Neue Forum" müsse jetzt politisch als "Partner" bezeichnet und "als Kraft z[ur] K[enntnis] genommen werden."<sup>136</sup> Um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, wurden von der SED und der FDJ organisierte Foren noch am gleichen Tag in Städten wie Demmin, Teterow und Anklam durchgeführt. Vor allem aber führte der Bezirksparteichef selbst an diesem 26. Oktober ein Gespräch mit Vertretern des "Neuen Forum" und anderer Gruppierungen. Er warnte die Teilnehmer, daß der Sozialismus, die Republik und die Verfassung nicht angetastet werden dürfen. Zugleich behauptete er, daß viele Ziele des "Neuen Forum" auch dem Willen der Partei entsprächen, aber diese Ziele dürften nicht auf der Straße erkämpft werden.<sup>137</sup> Über dieses Gespräch berichtete er am folgenden Tag in Berlin auf einer Beratung der SED-Bezirkssekretäre mit Egon Krenz. Es sei, so Chemnitzer, "sichtbar" geworden, daß die Vertreter des Neuen Forum "langfristig auf Wahlen hinarbeiten, um dann die SED aus dem Sattel zu heben". Deshalb müßte man darauf achten, "daß es bei uns nicht eine Entwicklung gibt, wie in Polen"<sup>138</sup>. Als er nach Neubrandenburg zurückgekehrt war, erläuterte der SED-Bezirkschef gegenüber Generalmajor Koch den politischen Hintergrund: Krenz habe während der Beratung erklärt, man komme nicht darum herum, das "Neue Forum" anzuerkennen. Das dürfe aber nicht zu schnell erfolgen, denn man dürfe "nichts tun, was wir in einem halben Jahr bereuen". Bei dieser Beratung sei sogar die Frage gestellt worden: "Wird die SED die Führungsrolle behalten?"<sup>139</sup>

Die Demonstration vom Vortag wertete Generalmajor Koch gegenüber seinen leitenden Mitarbeitern als Ausdruck einer grundsätzlichen Veränderung: "Gestern, das war die Realität über [das] Kräfteverhältnis, über [das] wirkli[che] Meinungs- und Stimmungsbild." Man sei jetzt gezwungen, mit dem Begriff "Opposition" Schluß zu machen, nun sei von "Gesprächspartnern" zu reden. Mit Blick auf die geschwächte Partei ergänzte er, der Staatsapparat müsse mobilisiert werden und die "Dinge wahrnehmen, die man von uns [der SED - d. Verf.] nicht mehr annimmt". Mit den Ursachen der Situation kam er allerdings ebensowenig klar wie die Parteiführung. Er verlangte von seinen Offizieren nämlich, sie sollten "das Phänomen d[er] Massenwirksamkeit [der] Kirche usw. enträt-

---

<sup>136</sup> Ebenda und S. 229.

<sup>137</sup> "Protokoll über das Gespräch zwischen leitenden Funktionären des Bezirkes und Vertretern des 'Neuen Forum' sowie anderer Gruppierungen am 26.10.1989", Bezirksleitung der SED, Abt. Agitation/Propaganda, 27.10.89; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 614-621, hier 614 f.

<sup>138</sup> Protokoll der Beratung des Generalsekretärs der SED mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen am 27.10.1989, Anlage 1 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros am 31.10.1989; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BA), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), DY 30/IV 2/2/2356, S. 8.

<sup>139</sup> "Besprechung 1. Sekr. BL-SED 27.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, S. 231.

seln". Als wichtigstes Anliegen nannte er: "Wir müssen ran / rein in harten Kern, für anderes keine Kraft mehr!"<sup>140</sup>

In einer Lageeinschätzung zeichnete die Staatssicherheit ein düsteres Bild von den Bemühungen der SED-Führung, die Initiative zurückzugewinnen. Ungeachtet ihrer "Dialogbereitschaft" wird die Tätigkeit der Partei- und Staatsorgane "im Gegensatz besonders zur Kirche als konzeptions- und strategielos bewertet". Die Bevölkerung war zunehmend bereit, sich an Demonstrationen zu beteiligen. Es wachse sogar der Wille, bestimmten Forderungen mit Arbeitsniederlegungen Nachdruck zu verleihen. Die Formierungsbestrebungen des "Neuen Forum" und der "SDP" hatten besonders in Röbel, Waren, Neubrandenburg, Neustrelitz und Demmin deutlich zugenommen. Dabei seien die bisherigen Führungskräfte der kirchlichen "Friedenskreise" die maßgeblichen Inspiratoren und Organisatoren.<sup>141</sup>

Die Kehrseite der "Dialogbereitschaft" der SED war die fortdauernde Präsenz der Sicherheitsorgane bei Demonstrationen und Kundgebungen. Als sich zum Beispiel am 26. Oktober auf dem Marktplatz in Röbel 2.500 Menschen zur "2. Versammlung für demokratische Erneuerung" zusammenfanden, waren dort auch "zwei Züge [...] der Bereitschaftspolizei Neustrelitz, bewaffnet, Schlagstock bei Fuß"<sup>142</sup>. Weniger sichtbar waren die nicht-uniformierten Kräfte der BVfS. Im Rapport der Bezirksverwaltung heißt es zu dieser Veranstaltung: "Zur Sicherung [...] kamen 2 Kompanien der DVP sowie die AG XXII [Terrorabwehr] zum Einsatz."<sup>143</sup>

Besorgt registrierten die Mitarbeiter während der Demonstrationen die Zunahme verbaler Angriffe gegen das MfS. Forderungen wie "Reduzierung des MfS auf das notwendige Maß" oder "Stasi in die Produktion" waren zum üblichen Bestandteil der Veranstaltungen geworden. Während einer Besprechung mit dem Bezirksparteichef vermerkte der BV-Leiter, falls es zu Angriffen auf Dienstobjekte kommen sollte, laute die Weisung von Krenz: "Die Objekte werden verteidigt." Einig waren sich beide, "lieber noch mehrere Demonstrationen herunter[zu]schlucken! (Auch nicht genehmigte!)." Man müsse "alles der großen Zielstellung unterordnen [...], auch wenn wir manche Kröte schlucken müssen! Das *reale* Kräfteverhältnis müssen wir *wirklich* kennenlernen!"<sup>144</sup>

---

<sup>140</sup> Dienstberatung LBV [Leitung BV] 26.10.89; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Major Junge, SbA, Bd. I, S. 53 f.

<sup>141</sup> "Information über bedeutsame Tendenzen der aktuellen Lageentwicklung im Bezirk sowie der Reaktion der Bevölkerung, Nr. 32/89" vom 26.10.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. I, S. 624-627, hier 624 f.

<sup>142</sup> Neues Forum Röbel (Hrsg.): "Die Wahrheit wird Euch befreien", Dokumente eines Umbruchs, Röbel/Müritz - Herbst 1989; BStU, ASt Nbg., SbA, Bd. IV, S. 54.

<sup>143</sup> Rapport 300/89 vom 27.10.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. I, S. 623.

<sup>144</sup> "Besprechung 1. Sekr. BL SED 27.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 232.

Ende Oktober besprach Generalmajor Koch die Situation mit seinen Mitarbeitern. Er forderte "außerordentliche Maßnahmen der BV und KD entspr[echend] den Lagebedingungen!"<sup>145</sup> Grundsätzlich sei es besser Demonstrationen hinzunehmen als Streiks. Zum Glück aber sei in den Betrieben eine solche Tendenz noch nicht zu erkennen. Zu ungenehmigten Demonstrationen, aber auch ihren Rückwirkungen auf die Mitarbeiter meinte er: "Es kann auf der Straße, aber auch bei uns alles beredet werden. Zu Ausuferungen darf es dabei nicht kommen. Tschekisten unterliegen der Militärgerichtsbarkeit, keinesfalls 'Meckern' und 'Nölen' zulassen."<sup>146</sup> Diese Worte waren wohl auch an Genossen der für die Unterdrückung der Opposition in besonderem Maße zuständigen Abteilung XX gerichtet, die - wie Koch bei dieser Gelegenheit notierte - festgestellt hatten: "Wir fühlen uns verraten und mißbraucht von der Partei." Hauptaufgabe bleibe, der Partei Entscheidungsvorschläge zu unterbreiten und zur Beruhigung der Lage beizutragen. Um dies zu erreichen, sollten in Führungspositionen der "Sammelbewegungen" Inoffizielle Mitarbeiter plazierte, die neu in Erscheinung tretenden Personen analysiert und eine Differenzierung nach ihrer Verfassungstreue vorgenommen werden. Manchmal müßten Veranstaltungen, wie etwa eine für den 1. November in Neubrandenburg geplante Demonstration, auch wegen fehlender Sicherheitsgarantien verboten werden. Kompetente "Partner des Zusammenwirkens" sollten für öffentliche Veranstaltungen als Redner ausgewählt und vorbereitet werden.<sup>147</sup> Als "außerordentliche Maßnahmen", die Koch zu Beginn seiner Rede angekündigt hatte, konnte im Ergebnis dieser Besprechung wohl nur gewertet werden, daß zu prüfen sei, ob man die Abteilungen M (Postkontrolle) und VIII (Beobachtung/Ermittlung) auf ein "gesetzlich vertretbares Maß" zurückführen sollte. Erforderlich sei zudem, "optische Dinge", die Bezirksverwaltung betreffend, zu verändern. So sei die private Nutzung von Dienst-Kfz einzustellen; andererseits wäre die Hilfeleistung von MfS-Angehörigen in der Landwirtschaft und im Tagebau deutlicher herauszustreichen.<sup>148</sup>

Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung dämpfte den Aktionismus des BV-Generals etwas, als er am gleichen Tag von einer "Zuspitzung der Lage, die wir hinnehmen müssen", sprach. Auf die für den 1. November beabsichtigte Demonstration bezogen, äußerte er: "Versagen kann man nicht!", im Gegenteil: "Wir müssen Kontakt suchen mit den Verantwortlichen!" Man wolle "Beschallung und Schutz der Demonstration durch VP [Volkspolizei]" übernehmen. Durch die Auswahl vieler geeigneter Redner und die Konzentration auf kleinere Probleme sollten größere Forderungen verdrängt werden.<sup>149</sup>

---

<sup>145</sup> "Leitung BV 30.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 233 f.

<sup>146</sup> "Protokoll über die Beratung beim Leiter der Bezirksverwaltung am 30.10.1989" vom 31.10.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 628-647, hier 637.

<sup>147</sup> "Leitung BV 30.10.89", S. 233 f.

<sup>148</sup> Ebenda und "Protokoll über die Beratung ... am 30.10.1989".

<sup>149</sup> "1. Sekr. BL-SED 30.10.89"; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 235.

Während einer Sekretariatssitzung am nächsten Tag kamen die Genossen noch auf eine weitere Idee: "Kurz nach 17.00 Uhr in der Nähe des Mikrofons 30 Gen[ossen] [der] KL [Kreisleitung]" plazieren.<sup>150</sup>

#### 4. Rückzug und Verteidigung

Am letzten Tag des Oktober hatte der Leiter der Bezirksverwaltung seinen Mitarbeitern einen Befehl Mielkes zu übermitteln.<sup>151</sup> Der Minister reagierte damit auf die zunehmenden "Angriffe" auf Dienstobjekte, die "immer offener und massiver verleumderischen und provokatorischen Charakter" tragen würden.<sup>152</sup> Zum Schutz der Dienstgebäude sollten vorrangig pioniertechnische und chemische Mittel eingesetzt werden, die Schußwaffe dagegen dürfe nur bei Gefahr für Leib und Leben benutzt werden. Auch an die Verlagerung von Waffen und Dokumenten aus Außenobjekten in die besser gesicherten Bezirksverwaltungen sei zu denken. Neben der schwierigen Aufgabe, mit Personen, die man früher als Feinde bearbeitet hatte, in Dialog zu treten, und dem Erfordernis, sich durch massive Angriffe nicht provozieren zu lassen, wurde für die Mitarbeiter nun erkennbar, daß der Rückzug begonnen hatte. Der Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe in der Bezirksverwaltung bemerkte schon am 30. Oktober, es wäre zu erwarten, daß 20 Prozent der Mitarbeiter eingespart werden müßten, zudem sollten Fonds (Geld) zurückgegeben und über effektive Führungsstrukturen nachgedacht werden.<sup>153</sup>

Am 3. November wurde, wie überall im MfS, auch in der BVfS Neubrandenburg allen Mitarbeitern ein neuerliches - das letzte - Schreiben Mielkes zur Kenntnis gebracht, das Mut machen sollte.<sup>154</sup> Er behauptete, "daß die Parteiführung alles unternimmt, um [...] sich schützend vor die Schutz- und Sicherheitsorgane [...] zu stellen". Das wird die Genossen Tschekisten kaum überzeugt haben, mußten sie doch gerade zur Kenntnis nehmen, daß ganze Kreisleitungen der Partei sich "verkriechen."<sup>155</sup> Die Stimmung in der Bevölkerung war dazu angetan. Registriert wurden "zunehmend konkretere und aggressivere Forderungen und Angriffe gegen die führende Rolle der Partei insgesamt." Die "Ablösung der Politbüromitglieder Hager, Stoph, Tisch und Mielke" werde ebenso gefordert wie die

---

<sup>150</sup> "Sekretariatssitzung BL SED 1.11.89", S. 239.

<sup>151</sup> Süß: Entmachtung, S. 13.

<sup>152</sup> Weisung Mielkes an die Leiter der Bezirksverwaltungen vom 31.10.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 648-653.

<sup>153</sup> Notizen am 30.10.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch (1) Major Honert, SbA (künftig: Arbeitsbuch (1) Major Honert), Bd. I, S. 145. - Major Hans-Joachim Honert (geb. 1937 in Neubrandenburg); 1957-1966 bei der Volkspolizei Neubrandenburg, seit 1966 beim MfS; im Fernstudium zum Ingenieur für Informationsverarbeitung ausgebildet; zuerst in der Abt. VII (Abwehrarbeit im Ministerium des Innern), 1973-1989 in der Auswertung (AIG [Auswertungs- und Informationsgruppe] bzw. AKG), zuletzt als Bereichsleiter tätig.

<sup>154</sup> Leiter der BVfS Neubrandenburg an die Leiter der Struktureinheiten: "Persönliches Schreiben des Genossen Minister", Dok. Nr. 184/89 vom 2.11.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 659.

<sup>155</sup> Notizen am 3.11.1989; Arbeitsbuch (1) Major Honert, Bd. I, S. 146.

von Mitgliedern der Bezirksleitung und einiger Kreissekretäre. Die "abwartende Haltung auf die Ergebnisse und Beschlüsse der 10. Tagung des ZK der SED" werde "als Zeichen der Schwäche der Partei gewertet." Deutlich werde auch, daß "Vertreter der Blockparteien politisch wesentlich besser, reaktions- und dialogfähiger ausgebildet erscheinen als Mitglieder der SED [und] der wahrhaftige Ernst der Lage immer noch nicht unter der Gesamtheit der Genossen deutlich gemacht wurde"<sup>156</sup>. Ein MfS-Major notierte zur gleichen Zeit: "Auf Grund bestimmter Erscheinungen sieht [die] Partei schon wieder rosarot - Realität der Lage einsch[ätzung] notwendig."<sup>157</sup> Von dieser Partei konnten die Mitarbeiter wohl kaum noch Rückendeckung erwarten.

In einer außerordentlichen Sitzung der Bezirksleitung am 4. November, an der die 1. Sekretäre der Kreisleitungen und der Leiter der BVfS, Generalmajor Koch, teilnahmen, analysierte SED-Chef Chemnitzer die Situation: Um jederzeit der "sicherheitspolitischen Lage im Bezirk" Rechnung tragen zu können, sei die Arbeit "darauf zu konzentrieren, bei allen Kommunisten einen festen politischen Standpunkt herauszubilden, kämpferische Haltung unserer Genossen auszuprägen mit dem Ziel, unsere Partei wieder in die politische und ideologische Offensive zu führen."<sup>158</sup> Es gelte, sich bei demonstrativen Handlungen nicht provozieren zu lassen. Man habe die "Ordnungskräfte des Staates darauf orientiert, eine äußerste Besonnenheit und eine äußerste Zurückhaltung zu üben". Jedem müsse klar sein, "daß die Ordnung und die Sicherheit unseres Staates nicht nur durch Ordnungskräfte [...] gehalten werden kann, sondern und besonders durch das entschlossene und bewußte Handeln eines jeden Kommunisten". Das war die Einsicht, daß die alten Verhältnisse durch offene Repression nicht zu retten waren.

Kein Zweifel, so Chemnitzer weiter, dürfe an der Partei und der von ihr eingeleiteten "sehr schroffen Wende" aufkommen<sup>159</sup>. Jeder - forderte er in krassem Widerspruch zur Wahrheit - müsse "begreifen, daß all das, was sich jetzt als ein Erneuerungsprozeß zeigt, ein gewollter Prozeß unserer Partei, [...] in seinem Wesen ein revolutionärer Prozeß ist. [...] Andere Kräfte versuchen, uns hier mit unseren eigenen Waffen zu schlagen." Sie "(bauen) ihre Forderungen [...] auf bereits lang beschlossene Ziele und Aufgaben (auf), die in unserer Verfassung, im Statut, im Parteiprogramm und überall enthalten sind". Um dem beizukommen, müsse sich auch die politische Praxis der SED ändern. Man sollte "auf der Grundlage all dieser Ziele und Ideale dann mit all den anderen zusammenarbeiten, um den Sozialismus lebenswerter zu machen." Zugleich dementierte er faktisch diese Aussage

---

<sup>156</sup> "Information über die aktuelle Lageentwicklung im Bezirk und damit im Zusammenhang stehende Reaktionen der Bevölkerung Nr. 33/89" vom 3.11.1989; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 660 f.

<sup>157</sup> Notizen am 2.11.1989; Arbeitsbuch (1) Major Honert, Bd. I, S. 145.

<sup>158</sup> "Protokoll der außerordentlichen Sitzung der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED am 4.11.1989 im Plenarsaal der Bezirksleitung der SED"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5815, Referat Chemnitzer, Bl. 2.

<sup>159</sup> Ebenda, Bl. 3.

wieder, indem er erklärte: "Die Frage der Anerkennung solcher alternativer Gruppierungen [ist] überhaupt nicht auf die Tagesordnung hier gesetzt"<sup>160</sup>. Die andere Seite müßte mit Vorschlägen, mit Entscheidungen und Lösungen erdrückt werden.<sup>161</sup>

In der anschließenden Debatte kam BV-Chef Koch als erster zu Wort. Er verwies auf die große Demonstration, die an diesem Tag in Berlin stattfand. Sie sei ein "Seismograph für die Möglichkeit der Wende im guten und die Abwendung der möglichen Konfrontation". Im Bezirk sei alles zur Entlastung der Hauptstadt getan worden. Die "komprimierte Wertung" für den eigenen Verantwortungsbereich laute, daß "die überwiegende Mehrheit, die uns bisher konfrontativ gegenübersteht, die Ansatzpunkte bietet für eine sachliche Verständigung."<sup>162</sup> Das müsse man nutzen, um diese "Tendenz weiter auszubauen". Die anwesenden SED-Genossen geradezu beschwörend, fügte er hinzu, daß sie und andere "beherzte Funktionäre" "diesen Dialog in progressiver Form" beherrschen müßten, denn dort, "wo man kneift [...], geht mit doppelter und dreifacher Wucht die aggressive Konfrontation vor sich."<sup>163</sup>

Das war Kritik an der Partei, aber auch ein Eingeständnis eigener Schwäche. Die "andere Seite" hatte durch ihr öffentliches Auftreten ein Kräftegleichgewicht erlangt und konnte der Partei- und Staatsführung den Dialog aufzwingen. Das MfS aber fürchtete den offenen Konflikt.<sup>164</sup> Fast wie eine Entschuldigung klang Kochs Hinweis auf den von Krenz am 3. November erstmals angedeuteten Rücktritt Mielkes. Dieser sei schon früher geplant gewesen, aber verschoben worden, "weil es sonst nach einer Flucht ausgesehen hätte." Der Rücktritt solle "der Wiederherstellung des Ansehens der Staatssicherheitsorgane" dienen.<sup>165</sup> Auch sie würden sich, wenn es notwendig sei, dem "Dialog stellen, in der felsenfesten Gewißheit, an unseren Händen klebt kein Blut. Und wir haben streng nach den Gesetzen gehandelt und werden es auch in Zukunft tun." Wie zur Beruhigung der Genossen fügte Koch hinzu, das MfS werde "alles erforderliche tun [...] zum Schutz der Errungenschaften unserer Republik und zum Schutz der Partei."<sup>166</sup>

Insgesamt verlief die Sitzung der SED-Bezirksleitung recht kontrovers. Dem 1. Sekretär wurde vorgeworfen, er habe keine Strategie und Taktik für den Bezirk entwickelt. Man

---

<sup>160</sup> Ebenda, Bl. 11 f.

<sup>161</sup> Ebenda, Bl. 14.

<sup>162</sup> Ebenda, "1. Gen. Koch, Leiter der BVfS", Diskussionsbeitrag, Bl. 1.

<sup>163</sup> Ebenda, Bl. 2.

<sup>164</sup> Die Angriffe gegen das MfS spitzten sich in diesen Tagen zu. In Ücker Müde war am 5.11. erstmals die "listenmäßige namentliche Veröffentlichung des Mitarbeiterbestandes der Kreisdienststelle und ihrer 'Sympathisanten'" gefordert worden. Tagesbericht vom 5.11.1989, BVfS Neubrandenburg, Leitungsdienst an MfS Berlin, Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (künftig: ZAIG) und Leiter ZOS; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 82.

<sup>165</sup> "Protokoll der außerordentlichen Sitzung der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED am 4.11.1989", Redebeitrag Koch; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5815, Bl. 2.

<sup>166</sup> Ebenda, Bl. 3.



müsse offensiv werden, meinte der Kreissekretär aus Waren (Müritz), "Forumsleute" persönlich angreifen, "den einen oder anderen im Kollektiv entlarven [...], damit wir von unten auflösen."<sup>167</sup> Ein anderer Kreissekretär wandte sich in Suche nach politischer Orientierung vorwurfsvoll an den Leiter der Bezirksparteischule: "Mir wäre es heute lieb gewesen, wenn du uns gesagt hättest, wie muß man mit einer Opposition umgehen, wie muß man mit der Kirche diskutieren, aus theoretischer Sicht."<sup>168</sup> Auch die "Gesprächsbereitschaft" der Partei wurde kritisiert:

"Wir haben geglaubt, daß wir durch die Führung des Dialogs in Rathäusern, in Betrieben usw. die Sache zum Stoppen [...] bekommen und haben genau das gemacht, was sie von uns wollten. [...] Wir sind auf diese Sache hereingefallen. [...] Die Sicherheitsorgane müssen uns schneller helfen, die Leute hier [zu] entlarven und wenn es geht, hier in der Öffentlichkeit bloßzustellen."<sup>169</sup>

#### 4.1. Abwendung von der SED

Das waren Forderungen, die ganz dem alten Denken verhaftet waren und auf die Probleme der MfS-Mitarbeiter keine Antwort boten. Die Mitarbeiter der BVfS sollten "lernen, neu zu denken und zu handeln". Das zumindest forderte ihre Zentrale Parteileitung (ZPL) in einem Papier über "Gegenstand der Parteiarbeit und ideologische Erfordernisse". Alle Angehörigen der Staatssicherheit mußten begreifen, daß sie neue Verpflichtungen hätten. Ihr oberster Auftrag sei nun der "Schutz verfassungsgemäßer Grundlagen = Verfassungsauftrag (nicht Klassenauftrag)."<sup>170</sup> Das war ein Zeichen für einen radikalen Wechsel im Selbstverständnis.

Die Leiter der Kreisdienststellen wurden am gleichen Tag, an dem diese Umorientierung herausgegeben wurde, dem 6. November, über die Sitzung des Kollegiums des MfS in Berlin informiert.<sup>171</sup> Die weiterhin notwendige Bekämpfung "verfassungsfeindlicher Aktivitäten", wurden sie belehrt, dürfe nicht mit nunmehr untersagten "Maßnahmen gegen Andersdenkende" verwechselt werden. Gleichzeitig wurden sie angewiesen, Belege für solche Maßnahmen in Sicherheit zu bringen. Deren Bereitstellung für den Transport in die BVfS sei schnellstens durchzuführen und bis zum 8. November, 6.00 Uhr, abzuschließen.<sup>172</sup>

---

<sup>167</sup> Ebenda, Gen. Philipp, 1. Sekretär KL Waren, Diskussionsbeitrag, Bl. 7 f.

<sup>168</sup> Ebenda, Gen. Wolfgang Herrmann, 1. Sekretär KL Prenzlau der SED, Diskussionsbeitrag, Bl. 1.

<sup>169</sup> Ebenda, Gen. Kuhnt, 1. Sekretär der KL Demmin der SED, Diskussionsbeitrag, Bl. 1.

<sup>170</sup> "Gegenstand der Parteiarbeit und ideologische Erfordernisse. Entwurf", ZPL, Neubrandenburg, den 6.11.89; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 27.

<sup>171</sup> Leiter der BV an die Leiter der Struktureinheiten: Information zur Sitzung des Kollegiums des MfS am 6.11.1989; BStU, ASt Nbg., KD Ückerümünde, SbA, Bd. II, S. 30-32.

<sup>172</sup> BVfS-Leiter an die Leiter der Kreisdienststellen, persönlich, Dok.-Nr. 188/89, vom 7.11.89; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. II, S. 33.

Auf einer Sitzung der Zentralen Parteileitung in der Bezirksverwaltung am 7. November wurde der vorsichtige Rückzug von der SED fortgesetzt. Die derzeitige Situation, berichtete die Parteileitung, habe bei den BV-Mitarbeitern "unterschiedliche Wirkungen hinterlassen, von Unruhe, Unsicherheit, Sorge und auch Angst"<sup>173</sup>. Zur Parteiarbeit seien "die Fragen ernster und sorgenvoller [geworden] - insbesondere zur Unbeweglichkeit der Partei- und Staatsorgane in Bezirk und Kreis, zu den Angriffen gegen das MfS sowie zur weiteren Arbeit im MfS und zur persönlichen Perspektive"<sup>174</sup>.

Die neue Differenziertheit im Denken der BVfS-Mitarbeiter stieß außerhalb dieser Institution fast nur noch auf Unglauben, das zeigte die Reaktion auf ein Interview, das Generalmajor Koch am 8. November der SED-Bezirkszeitung "Freie Erde" gab. Darin hatte er auf die Frage nach der Bspitzelung der Bürger geantwortet: "Auch im Innern der DDR gab und gibt es verfassungsfeindliche Aktivitäten. Sie sind im Interesse der Bürger aufzuklären. [...] Das schließt kategorisch Maßnahmen gegen Andersdenkende aus." Und ergänzend fügte er hinzu: "Niemand wird [...] wegen seiner Einstellung oder Gedanken, wegen seiner Meinung verfolgt oder zur Verantwortung gezogen."<sup>175</sup> Die Reaktionen kamen prompt, verbunden mit der ausdrücklichen Bitte um Veröffentlichung bei voller Namensnennung. In Leserbriefen fanden sich Bemerkungen wie:

- "Es waren Lügen über Lügen [...] Ich werde aber auch dafür kämpfen, daß die Staatssicherheit abgeschafft wird."
- "Alter Geist in neuem Gewand."
- "Im heutigen Artikel [...] hat die 'Freie Erde' wieder einmal eine Fortsetzung ihrer Verdummungspolitik geleistet."
- "Unser [...] Urteil [über die "Freie Erde" - d. Verf.], das zumindest auf dieses Interview bezogen nur lauten kann: unzumutbar."<sup>176</sup>

Von der Partei kamen währenddessen Rückzugssignale. So wurden die 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen Strasburg und Malchin am 7. bzw. 8. November abberufen.<sup>177</sup> Ebenso verloren mehrere 2. Sekretäre und auch Kreisvorsitzende des FDGB ihre Posten.<sup>178</sup> Die SED-Bezirksleitung mußte über die politische Lage in der Bezirksparteiorganisation nach

---

<sup>173</sup> Der Medizinische Dienst meldete zur gleichen Zeit, "psychische Beschwerden häufen sich." Deshalb sei "kollektive Offenheit [...] gefragt". Notizen zur Dienstberatung beim Leiter der BVfS, 9.11.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Hauptmann Nopirakowski, SbA (künftig: Arbeitsbuch Hauptmann Nopirakowski), Bd. II, S. 146.

<sup>174</sup> "Einschätzung der Lage in der Parteiorganisation (ZPL-Sitzung 7.11.89)"; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. II, S. 29.

<sup>175</sup> "MfS-Arbeit für unsere Sicherheit", Interview mit Generalmajor Dr. Peter Koch, in: Freie Erde vom 9.11.1989, S. 6.

<sup>176</sup> Briefe an die Freie Erde als Reaktion auf das Interview des Leiters der BV Neubrandenburg; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 45 f., 49, 56 f.

<sup>177</sup> BL-SED Nbg.: Verschlüsseltes Fernschreiben an Zentralkomitee der SED, Abteilung Parteiorgane, Sektor Parteiinformation - Berlin - 7.11.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 66.

<sup>178</sup> "Protokoll über die 36. Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED am Mittwoch, dem 8.11.1989", Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5814.

Berlin melden, "daß es ernste Sorgen zur Entwicklung der DDR gibt."<sup>179</sup> Austritte aus der Partei nahmen zu. Seit Jahresanfang hatte sich die Zahl der Mitglieder um 700 verringert.<sup>180</sup> Am 8. November wurde von einem führenden SED-Funktionär indirekt, aber öffentlich sogar der Rücktritt des 1. Sekretärs seiner Bezirksleitung, des Genossen Chemnitzer, gefordert. Im Bericht darüber heißt es: "Während der Kundgebung verkündete der 2. Sekretär der Bezirksleitung der SED unter tosendem Beifall den Protest der B[ezirks]L[eitung] und K[reis]L[eitung] Neubrandenburg zur Wahl des Gen. Chemnitzer zum Kandidaten des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees."<sup>181</sup>

Am folgenden Tag fand in der BVfS eine Beratung bei Koch statt. Er erklärte, das Ziel dieser Versammlung sei, nunmehr die ganze Wahrheit zu sagen, eine "Wahrheit, die wir in unserem Organ noch *nie* ausgesprochen haben." In den frühen Morgenstunden habe die SED-Bezirksleitung getagt. Auch dort sei Klartext geredet worden. Genosse Chemnitzer habe die politische Krise mit dem jahrelangen Schweigen erklärt, mit dem ständigen Blick nach oben und dem fehlenden Blick nach unten. Das alles habe zu tiefen Rissen in der Bezirksparteiorganisation geführt.<sup>182</sup> Die Feinde hätten es geschafft, daß "wir uns selbst zerfleischen". Der Name "SED ist zum Haßwort geworden". Jetzt, mahnte der BV-Chef seine Genossen, gelte es, Schaden von den MfS-Mitarbeitern und ihren Angehörigen abzuwenden. Dabei gehe es um die "unmittelbare Abwendung körperl[icher] Gefahren" für die Mitarbeiter. Deshalb seien die Mitarbeiter der Postkontrolle als erste von den Außenstellen "reingeholt" worden. Deren sorgenvolle Frage "Wie geht es weiter?" sei nur allzu verständlich. Der SED-Generalsekretär, Krenz, habe in diesem Zusammenhang gesagt, daß ein Gesetz für staatliche Sicherheit erarbeitet werde, denn "in der ganzen Welt gibt es Schutz- und Sicherheitsorg[ane]". Ein Personalabbau allerdings sei unvermeidlich. Die Angriffe gegen das MfS kämen von den "Feinden und [der] anderen Seite" - diese Sichtweise war vertraut, nicht aber die daran anschließende Feststellung: und "zunehmend von [der] Partei".<sup>183</sup> Das war gewissermaßen die Überleitung zur Neubestimmung der Stellung des MfS. Der Staatssicherheitsdienst ist, erklärte Generalmajor Koch, von nun an "nicht Schild u[nd] Schwert der Partei sondern Staatsorgan". Das war als neue Perspektive

---

<sup>179</sup> BL-SED Nbg.: Fernschreiben an das ZK der SED vom 8.11.1989, S. 70.

<sup>180</sup> BL-SED Nbg.: Fernschreiben an das ZK der SED vom 9.11.1989, S. 73.

<sup>181</sup> Tagesbericht vom 9.11.1989, BV, Leiter OES an MfS Berlin, ZAIG und Leiter ZOS; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 74. - Die Entscheidung, Chemnitzer und einige andere ältere Kader in das "neue" Politbüro zu holen, war im ZK-Apparat ohne vorherige Rücksprache mit der Basis gefällt worden. Die Neubrandenburger BL protestierte dagegen am 10.11. in einem Schreiben nach Berlin. Sie teilte bei dieser Gelegenheit zugleich mit, daß "gezielte Angriffe gegen die Partei, Staatssicherheit und Gewerkschaft" zunahmen und daß hauptamtliche Funktionäre "sich dem physischen und psychischen Druck nicht mehr gewachsen" fühlten. Vgl. BL-SED Nbg.: Fernschreiben an das ZK der SED vom 10.11., S. 78-80, hier 78 f.

<sup>182</sup> "Dienstberatung 9.11.89"; BStU, ASt Nbg., KD Neustrelitz, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. II, S. 92-99, hier 92-94.

<sup>183</sup> Beratung beim Leiter der BVfS, 9.11.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Notizen eines anonymen Mitarbeiters, SbA, Bd. II, S. 134-141, hier 135-137.

gemeint, die Anlaß zu Hoffnungen geben sollte, denn im Unterschied zu dem desolaten Zustand der SED existiere "trotz aller Erscheinungen [eine] gut funktionierende Staatsmacht"<sup>184</sup>. Das Selbstverständnis des MfS hatte vor dem Selbsterhaltungstrieb kapituliert.

#### 4.2. Suche nach neuen "Sicherheitspartnern"

Von grundlegender Bedeutung für eine Neubestimmung der eigenen Situation war die Einschätzung der Bürgerbewegung. Darüber informierte auf der gleichen Beratung der Stellvertreter Operativ, Oberst Braun: Der "1. Schritt der Legalisierung [des] 'NF' ist vollzogen". Operative Ansatzpunkte seien, daß es kein bezirkliches Führungszentrum des Neuen Forum gebe und in dessen Reihen unterschiedliche Inhalte vertreten würden. Eindeutig sei allerdings die Festlegung auf Gewaltlosigkeit. Das müsse der Ansatzpunkt sein, um ins Gespräch zu kommen. Die im Hintergrund entstehenden Bewegungen, wie die "SDP" und der "Demokratische Aufbruch", müßten als gefährlicher eingestuft werden. Dort sei die "op[erative] Konstellation", das heißt die Informationsbeschaffung durch IM, "ungünstiger als beim 'NF'". Außerdem würden diese Organisationen in ihren Programmen die Verfassung angreifen. Zwar sei auch beim "Neuen Forum", insgesamt gesehen, die Verfassungstreue nur Taktik, diese Feststellung träfe für dessen bezirkliche Kräfte aber nicht zu. Die operative Durchdringung müsse bei allen Bewegungen im Vordergrund stehen. Es sei jedoch so zu arbeiten, daß der Dialog nicht gestört werde. Erste Erfolge wären erreicht: Man habe durch Gespräche die Stoßrichtung von Demonstrationen ändern und damit Gefahren für Dienstobjekte abwenden können. Das Ziel sei, durch Kontakte mit dem "Neuen Forum" zu einer "Sicherheitskoalition" zu kommen.<sup>185</sup> "Jetzt wird sich zeigen, wie unser po[litisch]-mo[ralscher] Zu[stand] tatsächlich ist."<sup>186</sup>

Die tschekistische Moral wurde am gleichen Tag durch die Öffnung der Mauer auf eine weitere harte Probe gestellt. Schon am 11. November berichtete die Abteilung VII (Abwehrarbeit in der VP), daß am 10. November (Stand 18.00 Uhr) bei der Volkspolizei insgesamt 30.387 Bürger mit der Bitte um Visaerteilung vorgespochen hatten. Zusätzliche Räume waren zur Verfügung gestellt worden und, so wird bedauert, "eine Karteimittelprüfung ist nicht mehr möglich."<sup>187</sup> Das MfS hatte die absolute Kontrolle über die Bevölkerung verloren.

Aus der Sicht des MfS war nun ein - vielleicht vorläufiger - geordneter Rückzug angesagt. Man überlegte, "welche Gesichter müssen weg, egal in welcher Ebene"<sup>188</sup>. Damit das nicht

---

<sup>184</sup> Ebenda, S. 137.

<sup>185</sup> Ebenda, S. 138 f.

<sup>186</sup> Beratung beim Leiter der BVfS, 9.11.1989; Arbeitsbuch Hauptmann Nopirakowski, Bd. II, S. 144.

<sup>187</sup> Bericht der Abteilung VII: "Besuchsreisen/ständige Ausreisen 11.11.89, 8.00 Uhr"; BStU, ASt Nbg., Abt. VII, SbA, Bd. II, S. 158.

<sup>188</sup> "Rapport 9.11.89"; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 287.

falsch verstanden wurde, mußten die Genossen - wider besseres Wissen - beruhigt werden: "Es wird keine Entlassungen im MfS geben."<sup>189</sup> Wichtig sei, konspirative Wohnungen ohne Inhaber sofort aufzulösen und das Problem des Geheimnisschutzes nach der Maueröffnung neu zu durchdenken: "Haben wir zu ihnen [den wichtigsten Geheimnistägern - d. Verf.] ein Vertrauensverhältnis?"<sup>190</sup> Auch der Quellenschutz der IM mußte organisiert werden, um "soviel wie möglich am Leben [zu] halten". Durch die Auflösung von ganzen Arbeitsrichtungen käme es aber auch zum Vertrauensverlust. Genossen sagten: "Man braucht uns nicht mehr."<sup>191</sup>

Während einer Sitzung der Bezirkseinsatzleitung, also der Spitzen der Sicherheitsorgane und der SED in Neubrandenburg, am 11. November, notierte Koch: "Ergebnis der ZK-Tg. [Tagung] erdrückt - Panik + Chaos - Es wird aufgehört z[u] produzieren." Mit Blick auf die Grenzöffnung und eine am Vortag in West-Berlin geplante Kundgebung hielt der Chef der Bezirksverwaltung fest: "Alle milit[ärischen] Maßnahmen eingeleitet. - 3 Westbotschafter inf[ormiert] v[om] sowjet[ischen] Botschafter als hohe Kommissare - nicht Grenze angreifen - Maßnahmen f[ür] Kundgebung getroffen."<sup>192</sup> Um welche Befürchtungen es sich handelte, geht aus der folgenden Notiz hervor: "[Verteidigungsminister] Keßler - Kundgebung z. Kohl - dann aufgeputschte Menge zurück." Zu solchen Unruhen war es nicht gekommen. Als Konsequenz hielt Koch fest: "Der Mut muß in der DDR selbst wachsen! Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden."<sup>193</sup> Das Kräfteverhältnis war umgeschlagen.

In den folgenden Tagen beruhigte sich die Lage vorübergehend. In einer "Information" vom 14. November wurden als wichtigste Reaktionen der Bevölkerung genannt: Der neue

---

<sup>189</sup> Ebenda, S. 288: "Dienstbesprechung 10.11.89".

<sup>190</sup> "14.11. Rapport"; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch Major Rossow, SbA, Bd. I, S. 598.

<sup>191</sup> "Gen. Oberst Beratung 14.11.89"; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsblätter eines anonymen Mitarbeiters (2), SbA, Bd. II, S. 162 f.

<sup>192</sup> Man war in Neubrandenburg offenbar nicht ganz zutreffend informiert: Tatsächlich hatte sich Egon Krenz am 10.11. mit einem Telegramm direkt an Gorbatschow gewandt und darum gebeten, "den Botschafter der UdSSR in der DDR zu beauftragen, unverzüglich mit den Vertretern der Westmächte in Berlin (West) Verbindung aufzunehmen, um zu gewährleisten, daß sie die normale Ordnung in der Stadt aufrechterhalten und Provokationen an der Staatsgrenze seitens Berlin (West) verhindern". Gorbatschow selbst hatte sich daraufhin am Nachmittag des gleichen Tages in persönlichen Botschaften an Helmut Kohl, François Mitterrand, Margaret Thatcher und George Bush gewandt und mit Blick auf die für den Abend vor dem Schöneberger Rathaus geplante Kundgebung gewarnt: "Wir haben die Mitteilung erhalten, daß heute in Berlin (West) ein Meeting stattfinden wird, an dem offizielle Vertreter aus der BRD und Berlin (West) teilnehmen werden. Zur gleichen Zeit ist auch ein Meeting in der Hauptstadt der DDR geplant. Bei den gegenwärtig faktisch offenen Grenzen und den gewaltigen Menschenströmen in beiden Richtungen kann eine chaotische Situation mit unübersehbaren Folgen entstehen." Er bat deshalb, "ihrerseits die notwendigen und äußerst dringlichen Maßnahmen zu treffen, damit eine Komplizierung und Destabilisierung der Situation nicht zugelassen wird"; Zitat aus dem Telegramm an H. Kohl. Telegramme dokumentiert in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): "Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 240-243.

<sup>193</sup> "11.11.89 BEL-Sitzung - Auftrag GS [Generalsekretär] + VNVR [Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates]", Notizen; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 241 f.

Regierungschef Modrow kommt in der Bevölkerung als Hoffnungsträger an; gefordert wurde "Rechenschaftslegung der Schuldfrage und Bestrafung der Verantwortlichen (genannt Mittag, Honecker, Tisch und im Bezirk Chemnitzer)". Die "Demonstrationsbereitschaft" hatte nachgelassen.<sup>194</sup> Wichtiger war an diesem Tag allerdings das Entsetzen der MfS-Mitarbeiter über das Auftreten Mielkes vor der Volkskammer.<sup>195</sup> "Mit tiefer Bestürzung haben wir das Auftreten [...] zur Kenntnis genommen" schrieb der Parteisekretär, Oberst Knappe. Man habe "Konzeptionslosigkeit, Handlungseinschränkung und mangelnde Lagekenntnis in der Führung unseres Ministeriums" feststellen müssen. Dadurch sei nicht nur ein Kompetenzverlust in den Augen der Öffentlichkeit eingetreten, "sondern direkt die Existenzberechtigung unseres Organs" in Frage gestellt.<sup>196</sup> Die Genossen einer Grundorganisation gingen noch weiter. Sie forderten den sofortigen "Rücktritt bzw. Abberufung der Leitung des MfS" und eine Stellungnahme der leitenden Funktionäre des Bezirkes, wie sie die Informationen des MfS in den letzten Jahren in ihrer Führungstätigkeit beachtet haben. Schon an Meuterei grenzte der Satz: "Das Vertrauen der Genossen unserer GO [Grundorganisation] in die dienstliche Leitung und die hauptamtlichen Genossen der ZPL [Zentralen Parteileitung] der Bezirksverwaltung ist durch das Fehlen einer für alle Genossen spürbaren Führung und Orientierung nicht mehr gegeben."<sup>197</sup> Zu dem Vorwurf, das MfS habe die "Schweinerei der Partei gedeckt"<sup>198</sup>, kam nun auch noch Hohn, aber den, schrieb ein Hauptmann in sein Arbeitsbuch, "werden wir beantworten"<sup>199</sup>.

Die regionale SED-Führung war in diesen Tagen vor allem mit Kaderfragen beschäftigt. Auf der Tagung ihrer Bezirksleitung am 14. November wurde, so ein Bericht an das ZK in Berlin, "dem Antrag des Genossen Johannes Chemnitzer, 1. Sekretär der Bezirksleitung und Mitglied des ZK der SED, ihn aus seiner Funktion abuberufen, [...] entsprochen." Andere führende Genossen wurden ebenfalls verabschiedet. Die Rede Erich Mielkes in der Volkskammer wurde von der regionalen SED-Führung so kommentiert:

---

<sup>194</sup> "Aspekte der Entwicklung der Lage und Reaktion", 14.11.89; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 166.

<sup>195</sup> Vgl. Süß: Entmachtung, S. 21 f.

<sup>196</sup> Zentrale Parteileitung an Leiter der Struktureinheiten und Sekretäre der Grundorganisation (GO), 14.11.89; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 168 f.

<sup>197</sup> "Beschuß" GO 130, 14.11.1989; ebenda, S. 171.

<sup>198</sup> "Tagesbericht vom 10.11.89", Leitungsdienst BV an MfS Berlin, ZAIG und Leiter des ZOS; ebenda, S. 172.

<sup>199</sup> Außerordentliche Dienstkonferenz 16.11.89; Arbeitsbuch Hauptmann Nopirakowski, S. 147. - Rüdiger Nopirakowski (geb. 1950 in Malchow) arbeitete zuerst bei der FDJ in Waren bzw. Neubrandenburg, ehe er 1975 zum MfS ging. In der Abt. XX war er zuerst für das "Sachgebiet Jugend / Rowdytum" zuständig, dann für die Sicherung des Staatsapparates. Ab 1986 war er als Auswerter in der AKG tätig. 1982-1986 studierte er mit mäßigem Erfolg an der JHS und bekam den Titel Diplomburist verliehen für eine 40-Seiten-Arbeit über "Mittel und Methoden zum Erkennen von operativ-bedeutsamen Kontakten aus kirchlichen Partnerschaftsbeziehungen und Vorschläge für ihre differenzierte und vorbeugend wirksame operative Bearbeitung im Rahmen der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit"; BStU, ZA, JHS 20553.

"Als Beleidigung und Beschämung eines jeden ehrlichen Genossen wird das Auftreten [Mielkes] gewertet. [...] Dieser Mensch hat mit seinen Äußerungen die ganze Parteiführung und Regierung der Lächerlichkeit preisgegeben."<sup>200</sup>

Der neue 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Wolfgang Herrmann,<sup>201</sup> gab auf der Bezirksleitungssitzung als Orientierung vor, im Bezirk eine möglichst breite "Koalition der Vernunft" herzustellen. Im Dialog solle man die führende Rolle der Partei nicht in den Vordergrund stellen: "Wer mit uns über den Paragraph 1 [Artikel 1 der Verfassung - d. Verf.] unbedingt eine kontroverse Debatte führen will, dem gehen wir aus dem Wege."<sup>202</sup> Zwei Tage später mußte der neue Parteichef feststellen: "Große Teile der Parteibasis sind der Bezirksleitung in ihrem Realitätssinn [...] voraus. Umso schlimmer wirken Konzeptions- und Sprachlosigkeit. Damit sind die Hauptfehler des bisherigen Sekretariats [...] benannt." Da der Vertrauensschwund bereits zu groß war, unterbreitete er den Vorschlag, "außer mir tritt das gesamte Sekretariat zurück."<sup>203</sup> Dem wurde entsprochen und unter seiner Leitung ein Arbeitssekretariat zur Vorbereitung einer außerordentlichen Bezirksdelegiertenkonferenz gebildet.

Zu diesem Zeitpunkt waren den MfS-Angehörigen Informationen wichtiger, die Generalmajor Koch am 15. November aus Berlin mitbrachte. Genosse Generaloberst Mittag habe dort erklärt, der beste Schutz liege im Handeln. Daher gebe es nur einen Weg: "Neuprofilierung im Neuen Amt f[ür] Nat[ionale] Si[cherheit]"<sup>204</sup>. Da man erkannt hatte, daß "auch beim ZK keine Hilfe z[u] erwart[en]" sei, könne man "in der Wahl der Bündnispartner [...] nicht zimperlich sein! Wer uns hilft, ist uns recht". Aus diesen Überlegungen ergaben sich zwei Konsequenzen. Zunächst mußte man "jedwede Angriffsfläche vermeiden!" Darunter verstanden die MfS-Mitarbeiter unter anderem die Entfernung der Postkontrollstellen, äußerste Vorsicht beim Technikeinsatz und die Bereitschaft, auch einmal auf Informationen zu verzichten, denn nun gelte: "Sicherheit + Konspiration vor allem!" Die zweite Maxime war, "alles unternehmen, um zu verhindern, daß den heutigen Koalitionskräften Material in die Hände fällt!"<sup>205</sup> Damit war der Startschuß zur umfassenden Vernichtung operativer Materialien gefallen.

---

<sup>200</sup> Fernschreiben 2. Sekretär der BL an das ZK der SED vom 14.11.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 173 f.

<sup>201</sup> Wolfgang Herrmann (geb. 1939 in Großenhain); Bauingenieur; 1964-1975 hauptamtlicher FDJ-Funktionär; Studium an der Parteihochschule in Moskau, danach mehrere Jahre in der Bezirksleitung der SED in Neubrandenburg tätig; 1985-1988 im Auftrag der SED in Nikaragua, danach 1. Sekretär der Kreisleitung Prenzlau. Vgl. Freie Erde vom 15.11.1989.

<sup>202</sup> "Schlußwort des Genossen Wolfgang Herrmann auf der Bezirksleitungssitzung am 14.11.1989"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5815.

<sup>203</sup> "Protokoll über die 21. Sitzung der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED am Donnerstag, dem 16.11.1989, im Plenarsaal der Bezirksleitung der SED"; ebenda.

<sup>204</sup> Zur Umwandlung des MfS in das AfNS siehe: Süß: Entmachtung, S. 23-43.

<sup>205</sup> Dienstbesprechung MfS 15.11.1989, Notizen; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 243.

### 4.3. Wendemanöver

Die Notizen von Generalmajor Koch aus jenen Tagen sind höchst aufschlußreich. So schrieb er am 15. November: "OPK - OV z[um] Untergrund bereinigen, [den] letzten Sachstand [erhalten - d. Verf.], *sonst alles durch den Wolf!*" Der Grund war, daß gerade diese Bürger zur eigenen Rettung benutzt werden sollten: "Die Leute im Vorgang sind die wichtigsten in der Sicherheitspartnerschaft." Die Sorge, das Manöver könnte mißlingen, war begründet, denn "Ansatzpunkte, daß man schon etwas [von der Post- und Telefonkontrolle - d. Verf.] weiß, gibt es genug!"<sup>206</sup> Unter dem 16. November notierte Koch, daß es wohl zu Personalreduzierungen kommen werde: "50 %, wenn nicht mehr!! ab 15.12." Unter der Verantwortung der stellvertretenden Leiter der Dienstseinheiten sei "alles, was fehlerhaftes Konzept des MfS belegt", zu vernichten.<sup>207</sup>

Auf einer außerordentlichen Dienstkonferenz am 16. November wurde über den bevorstehenden Personalabbau gesprochen. Die staatlichen Leiter der Territorien sollten, notierte ein Mitarbeiter, ab sofort "alle Arbeitsstellen, die verfügbar sind, sicherstellen." Dazu werde der Staatssekretär für Arbeit und Löhne seine Amtsdirektoren anhalten. In den Bereichen Justiz, Volkspolizei (Kriminalisten) und Zoll könnten Möglichkeiten genutzt werden.<sup>208</sup> Für ausscheidende Mitarbeiter, erläuterte der Verantwortliche für Kaderarbeit, werde die Versorgungsordnung großzügig ausgelegt: "Invalidisierung, Teilrente, Vollrente u. a."<sup>209</sup>

Die Vernichtung von Schriftgut wurde am 17. November besprochen. Eine Führungsgruppe wurde gebildet und präzise Abstimmungen erfolgten. Als Schwerpunkt der Vernichtungsmaßnahmen wurde festgelegt: "Alle Materialien, in denen Ifo [Informationen] zur flächendeckenden Sicherung gesammelt wurden." Erhalten bleiben sollten Erkenntnisse, "die zur weiteren abwehrmäßigen Sicherung der DDR in Zukunft wichtig sind."<sup>210</sup> Mit Kleintransportern sollte das Material in Säcken täglich ab 5.00 Uhr unter Begleitschutz der Arbeitsgruppe XXII aus der Bezirksverwaltung abgefahren werden. Alle Maßnahmen hätten "in voller Verantwortung der Struktureinheiten" zu erfolgen, unter "striker Wahrung [der] Sicherheit und Konspiration." Das Verkollern habe in der BVfS, das Verbrennen in den Kreisdienststellen und in Heizungsanlagen anderer Objekte zu erfolgen - "Beginn sofort"<sup>211</sup>. Für diese Arbeiten wurden Mitarbeiter rund um die Uhr

---

<sup>206</sup> Ebenda, S. 243 f.

<sup>207</sup> Notizen zum 16.11.1989, S. 244.

<sup>208</sup> Außerordentliche Dienstkonferenz 16.11.1989; Arbeitsbuch Hauptmann Nopirakowski, Bd. II, S. 149.

<sup>209</sup> Dienstberatung 16.11.89; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 572.

<sup>210</sup> Beratung 17.11.89; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 291.

<sup>211</sup> Ebenda, S. 292 f.



eingeteilt. In der Bezirksverwaltung sollte die Verkollerung "durchgehend übers Wochenende" realisiert und auch die persönlichen Aufzeichnungsbücher, operative Aufzeichnungen auf Video, Finanzunterlagen und das allgemeine Schriftgut nicht vergessen werden.<sup>212</sup> Am 20. November berichtete der Leiter der Führungsgruppe, Oberstleutnant Kleinhardt<sup>213</sup>, stolz: "Verkollerungsanlage wurde bisher ausgelastet". Seine Zeitvorstellung für den Endtermin sei "in ca. 14 Tagen"<sup>214</sup>. Erweitert wurde die Vernichtungsaktion am 21. November durch die Anweisung, nun auch alle "Unterrichts- und Ausbildungsmaterialien der verschiedensten Art, einschließlich audiovisueller Lehr- und Lernmittel"<sup>215</sup> zu vernichten. In ordentlich geführten Kassationslisten wurde zwischen dem 21. und dem 30. November allein zu AOPK, AOP und AKK (archivierte Operative Personenkontrolle, archivierter Operativer Vorgang und Archivmaterial zu in Kerbblockkarteien erfaßten Personen) die Vernichtung von 1.120 Vorgängen festgehalten.<sup>216</sup>

Der Volkskammerbeschluß vom 18. November zur Umbenennung des MfS in AfNS und die Einsetzung von Generalleutnant Schwanitz als dessen Leiter, hatte nicht zur Beruhigung der Mitarbeiter geführt. Schwanitz hatte in einem persönlichen Schreiben an die Angehörigen des Amtes erklärt, nun seien "bessere Voraussetzungen geschaffen, um die Angriffe gegen unser Organ zurückzuweisen. [...] Alle Kommunisten - sowohl jene, die im Amt verbleiben, als auch jene, die es verlassen werden - müssen im Erneuerungsprozeß eine kämpferische Position einnehmen."<sup>217</sup> Ein Mitarbeiter fand dafür nur den Kommentar: "bla, bla, bla"<sup>218</sup>.

Am 21. November war auf einer großen Dienstberatung in Berlin eine neue "Sicherheitsdoktrin" als Leitlinie für die Arbeit des AfNS verkündet worden.<sup>219</sup> Drei Tage später wurden die Mitarbeiter des "Bezirksamtes für Nationale Sicherheit" (BAfNS) Neubrandenburg auf die neue Linie eingeschworen. Sie wurden belehrt, daß sie sich zu trennen hätten von

- dem Gedanken, alles wissen zu müssen,
- der Arbeit in anderen Organen,

---

<sup>212</sup> Notizen am 17.11.89; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Oberstleutnant Lange, SbA, Bd. I, S. 319.

<sup>213</sup> Horst Kleinhardt (geb. 1952); Ingenieur für Informationsverarbeitung; nach dem Studienabschluß 1973 zum MfS; 1973-1987 in der Abt. IX (Untersuchung); 1987 Leiter der Abt. XIV (Untersuchungshaft).

<sup>214</sup> Notizen zur Besprechung beim Stellvertreter Operativ, 20.11.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch (2) Major Honert, SbA, Bd. II, S. 200.

<sup>215</sup> Abt. Kader und Schulung an Struktureinheiten Leiter, KS/3834/89, vom 21.11.1989; BStU, ASt Nbg., KD Ückermünde, SbA, Bd. II, S. 208.

<sup>216</sup> BStU, ASt Nbg., Abt. XII, "Kassationslisten".

<sup>217</sup> Leiter der BVfS an die Leiter der Dienstseinheiten: Persönliche Erklärung des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit, 19.11.1989; BStU, ASt Nbg., KD Ückermünde, SbA, Bd. II, S. 214 f.

<sup>218</sup> Dienstberatung 20.11.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (3), SbA, Bd. I, S. 547.

<sup>219</sup> Süß: Entmachtung, S. 28-35.

- der flächendeckenden Sicherung,
- dem Begriff PID (politisch-ideologische Diversion),
- der Kontaktpolitik / Kontakttätigkeit,
- der Bearbeitung Andersdenkender.

Auch die Grenzen dieser "Wende" wurden auf der Dienstbesprechung sichtbar. Von der alt-neuen Amtsleitung wurde nämlich auch erklärt, daß die IM aktiviert werden sollten, denn "an op[erativen] Grundprozessen halten wir fest!" Schwanitz habe jedoch gewarnt, "alles unauffällig durchsetzen", denn "Versuch der Kontrolle ist da, durch Bevölkerung."<sup>220</sup> Noch erhellender war eine Frage des Leiters der Abteilung II (Spionageabwehr) in Neubrandenburg, Oberstleutnant Korf<sup>221</sup>, bei der Auswertung dieser Beratung in der Bezirksverwaltung. Korf, der an der JHS zum "Diplomjuristen" ausgebildet worden war, erkundigte sich nach Rechtsspezialisten, "wenn wir bei Aktionen außerhalb des Rechts erwischt werden"<sup>222</sup>.

Bis Ende November waren die wichtigsten Aufgaben der MfS-Angehörigen die gezielte Vernichtung von Schriftgut, die Erarbeitung von Überlegungen zur Perspektive der Mitarbeiter und der Abteilungen, die Sortierung der Inoffiziellen Mitarbeiter nach ihrer Brauchbarkeit für die verbleibenden Arbeitsrichtungen und nicht zuletzt die Suche nach neuen "Sicherheitspartnern". Von der SED nämlich war keine Unterstützung mehr zu erwarten. Die Auflösungserscheinungen in der Partei häuften sich: Mehr als die Hälfte der Mitglieder der SED-Kreisleitungen erhielt kein Mandat für die vorgesehenen Kreisdelegiertenkonferenzen. Auch war immer häufiger zu vermelden, "daß Genossen nicht bereit sind, Funktionen zu übernehmen bzw. Austritte aus der Partei dazu führen, daß die Aktionsfähigkeit von Parteileitungen nicht gesichert ist."<sup>223</sup> "Es ist nicht gelungen, [...] Zweifel an der Fähigkeit der Partei zur Meisterung der Probleme [...] abzubauen." Seit Jahresanfang hatte man 5.922 Parteiaustritte hinnehmen müssen, 424 waren es allein am 21. November. 23 Grundorganisationen waren im Bezirk bereits aufgelöst worden.<sup>224</sup> Besonders die Berichte über Wandlitz und die Privilegien von Spitzen-Genossen führten dazu, daß die Stimmung gegen die SED immer aggressiver wurde. Nach jeder neuen Enthüllung über Privilegien stieg die Zahl der Parteiaustritte. Es würde argumentiert, man sei also "auch nach der 10. Tagung des ZK der SED schon wieder belogen" worden.

---

<sup>220</sup> 24.11.1989 - Dienstversammlung - Notizen; Arbeitsbuch Hauptmann Nopirakowski, Bd. II, S. 152 f.

<sup>221</sup> Dieter Korf (geb. 1946) war mit 19 Jahren, unmittelbar nach dem Abitur, zum MfS gegangen. 1967-1978 arbeitete er in der Abt. XV (Spionage), dann von 1978-1988 bei der AKG, ehe er 1988 Leiter der Abt. II (Abwehr) wurde. 1972-1978 absolvierte er an der JHS eine Ausbildung zum Diplomjuristen.

<sup>222</sup> Dienstberatung 1. Stellv. Operativ 24.11.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Major Junge, SbA, Bd. I, S. 57.

<sup>223</sup> Fernschreiben der Bezirksleitung an das ZK der SED vom 23.11.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 217.

<sup>224</sup> "Protokoll der Sitzung des Arbeitssekretariats am 22.11.1989"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5816.

Zudem würden Forderungen erhoben, "daß die Kampfgruppen aufgelöst werden, die Zivilverteidigung und die Organe der Staatssicherheit wären nicht mehr notwendig." Die SED-Bezirksleitung meldete nach Berlin, daß es für "aus dem Parteiapparat ausgeschiedene Mitarbeiter" immer schwieriger wurde, "eine Tätigkeit in Betrieben aufnehmen [zu] können"<sup>225</sup>. Die Bürger begannen sich offen vom SED-Staat abzuwenden: Während der Demonstration am 27. November in Neubrandenburg sei an der Spitze des Zuges die Losung "Deutschland einig Vaterland" getragen worden.<sup>226</sup>

#### 4.4. Personalabbau

Am gleichen Tag fand eine Dienstberatung bei dem Leiter des Bezirksamtes für Staatssicherheit statt. Generalmajor Koch, der ein halbes Jahr später Selbstmord beging, erklärte: Wir "stehen für einen best[immten] Teil des Lebens vor einem Trümmerhaufen." Es gäbe "bittere Enttäuschung auch über die Tatsache, wie wurden wir geführt." In Anspielung auf das bisherige Elitebewußtsein forderte er die eigene Selbstüberschätzung zu erkennen, die in dem Glauben lag, "daß wir ein edler, der edelste Teil der Gesellschaft waren". Der Haß, der sich jetzt entlade, sei eine "logische Folge der Deformierung der Gesellschaft und unseres Apparates"; er "wird möglicherweise noch ansteigen, aber sich dann versachlichen."<sup>227</sup>

Das AfNS war Rechtsnachfolger des MfS, damit hatten Verpflichtung und Eid ihre Gültigkeit behalten. Beim Personalabbau seien Sicherheitsfragen zu beachten: "Alles so durchführen, daß sich kein MA [Mitarbeiter] dem Gegner zuwendet, erste Verratsfälle in [der] Republik" gäbe es schon. Finanzielle Mittel für den Übergang stünden bereit. Das seien zum Beispiel bei 19 Dienstjahren "10.500 M + jedes weitere Jahr 1000,- M". Bei der Berechnung der Renten werde von drei Varianten die jeweils günstigste genommen. Jetzt müsse mit der Kaderanalyse begonnen und die fähigsten Genossen ausgewählt werden. Man dürfe "jedem MA [Mitarbeiter] nur das sagen, was notwendig ist", denn in den Kreisdienststellen gäbe es schon erhebliche Unruhe. Die Mitarbeiter seien "mit den Ausführungen [von] Modrow und Schwanitz nicht zufrieden" und erwarteten Antworten hinsichtlich ihrer Zukunftsperspektive.<sup>228</sup> Der Leitung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (BAfNS) Neubrandenburg war bereits klar, daß "möglicherweise nicht mehr in jedem jetzigen Kreis ein KA [Kreisamt] existieren wird."<sup>229</sup> Seine führenden Genossen

---

<sup>225</sup> Fernschreiben der Bezirksleitung an das ZK der SED vom 26.11.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 221 f.

<sup>226</sup> Fernschreiben der Bezirksleitung an das ZK der SED vom 28.11.1989; ebenda, S. 223.

<sup>227</sup> Dienstkonzferenz beim Leiter des Bezirksamtes am 27.11.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Oberstleutnant Lange, SbA, Bd. I, S. 326 f.

<sup>228</sup> Ebenda, S. 323, 325 f. - Das bezieht sich wahrscheinlich auf die Ausführungen von Modrow und Schwanitz auf der Dienstberatung am 21.11.1989; vgl. dazu: Süß: Entmachtung, S. 28-35.

<sup>229</sup> Ebenda, S. 326.

kritisierte der Generalmajor: "Es gab im Prozeß Leiter, die sich erbärmlich gezeigt haben, geheult, gestammelt." Es sei erforderlich, "Haltung [zu] bewahren, [die Bitterkeit] nicht ausufern [zu] lassen wie [im] Parteiapparat."<sup>230</sup> Anschließend erörterte Koch die neue Struktur des Amtes. Ein Mitarbeiter notierte dazu, es komme darauf an, das "Amt sympathisch [zu] machen"<sup>231</sup>.

Exakte Arbeit war im Verantwortungsbereich des BAfNS Neubrandenburg Ende November nicht mehr möglich. Die düsteren Zukunftsaussichten raubten vielen Mitarbeitern den Elan, und die Sortierung des Schriftgutes nach dem Gesichtspunkt Aufbewahren oder Vernichten kostete viel Zeit. So wurden, während die Volkspolizei genauestens über Demonstrationen und andere Vorkommnisse berichtete, vom BAfNS in seinen Rapporten tagelang nur Fehlmeldungen erstattet. Ein Mitarbeiter notierte am 1. Dezember, daß die Kreisämter auf seine Forderung nach Informationen in der Mehrzahl nicht reagierten. Aus dem Kreisamt Templin war sogar die Antwort gekommen, wenn personenbezogene Arbeit verlangt werde, solle ein schriftlicher Auftrag erteilt werden. Der Mitarbeiter aus dem KA Röbel hatte ihn abschlägig beschieden, "weil die Gen[ossen] z. Zt. nicht nach draußen arbeiten." Enttäuscht stellte der Major fest, die "Informationen lassen keine Einschätzung zu, es konnte nicht mal eine Information zur S/R [Stimmung/Reaktion] für die ZAIG erarbeitet werden."<sup>232</sup> Die Leitung des Bezirksamtes forderte angesichts solcher Zerfallserscheinungen: "Es darf kein Genosse sich selbst überlassen werden, unter allen Umständen [soll] panikartiges Ausschwärmen verhindert werden." Man müsse den Überblick behalten, welcher Mitarbeiter wohin geht, "auch Selbstständigkeitsbestrebungen von entlassenen MA [Mitarbeitern] können unterstützt werden."<sup>233</sup>

Die in dieser Zeit dennoch eintreffenden Nachrichten waren wenig ermutigend. Etwa 1.500 Personen hatten am 26. November das Jagdgebiet von Ministerpräsident Stoph in Speck (Objekt Birkenheide) besichtigt. Ein Bürger, von der Staatssicherheit bisher nicht erfaßt, hatte Strafanzeige wegen Vertrauensmißbrauchs (persönliche Bereicherung) erstattet.<sup>234</sup> Im Rapport der Volkspolizei vom 2. Dezember ist die Rede von einer Anzeige gegen Honecker wegen des Verdachts "der Untreue zum Nachteil sozialistischen Eigentums im

---

<sup>230</sup> Dienstberatung 27.11.1989, Notizen; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (1), SbA, Bd. I, S. 575-585, hier 580 und 585.

<sup>231</sup> "Dienstbesprechung Ltr. BV 27.11.89", Notizen eines anonymen Mitarbeiters; BStU, ASt Nbg., KD Neustrelitz, Arbeitsbuch (1), SbA, Bd. II, S. 119.

<sup>232</sup> 1.12.1989 - Lage - Notizen; Arbeitsbuch (2) Major Honert, Bd. II, S. 205.

<sup>233</sup> "Dienstbesprechung Ltr. BV 27.11.89", Notizen eines anonymen Mitarbeiters; BStU, ASt Nbg., KD Neustrelitz, Arbeitsbuch (1), SbA, Bd. II, S. 112 und 115.

<sup>234</sup> Sofortmeldung BAfNS Neubrandenburg an AfNS Berlin ZOS, 28.11.89; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 224.

schweren Fall und spekulativer Warenhortung." Ergänzt wird: "Sicherungs- und Versiegelungsmaßnahmen durch den Vorsitzenden des Rates des Kreises Waren veranlaßt."<sup>235</sup>

Zur Situation in der Bürgerbewegung vermeldete die Abteilung XX einen Einflußverlust des "Neuen Forum". Es hätte keine klaren Konzeptionen und viele Forderungen würden nun von anderen Organisationen übernommen. Feststellbar sei "eine 'Überlappung' von Neues Forum / SDP", da sich "viele Mitglieder des Neuen Forum jetzt stärker zur SDP hingezogen fühlen." Die Sozialdemokraten hätten aber, mit Ausnahme von Röbel, keine Massenbasis, keine feste Organisationsstruktur.<sup>236</sup> Von der Abteilung XVIII wurde mitgeteilt, "erste Probleme in der Produktion der techn[ischen] Betriebe durch ausbleibende Transporte aus dem Süden" seien eingetreten.<sup>237</sup>

Das Arbeitssekretariat der SED-Bezirksleitung meldete nach Berlin, daß inzwischen schon 8.714 Genossen aus der Partei ausgetreten waren. Vom ZK wurde verlangt, gegen den ehemaligen 1. Sekretär ein Parteiverfahren einzuleiten. Genossen hätten gefordert, auf dem Sonderparteitag solle die SED aufgelöst und eine neue Partei gebildet werden. Im Protokoll der Sitzung vom 1. Dezember ist verzeichnet, daß der Ulbrichtsche Slogan "Überholen ohne Einzuholen" wieder ausgegraben wurde. Man wollte in die Offensive kommen mit einer "Konzeption der Bezirksleitung der Partei, die das 'Neue Forum' nicht überbieten kann"<sup>238</sup>.

Als besonders besorgniserregend erschienen den Machthabern die im Rapport 337/89 wiedergegebenen Forderungen des Neuen Forum Neubrandenburg. Für den 4. Dezember wurde in öffentlichen Bekanntmachungen zu einer Protestdemonstration nach dem Friedensgebet aufgerufen. Es wurde gefordert:

- Absetzung des Generalstaatsanwaltes
- Strafprozesse wegen Veruntreuung und Machtmißbrauch
- Aufklärung der Stasi-Verbrechen."<sup>239</sup>

Letzteres führte zu "der verständlichen Angst [...] von Mitarbeitern, sie könnten [...] strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden"<sup>240</sup>. Um solchen Ängsten entgegenzuwirken, wurde in einem Schreiben - nun schon in der sprachlichen Form der Vergangenheit - darauf hingewiesen, daß sowohl das MfS als auch das AfNS militärische Organe

---

<sup>235</sup> Es ging um das Objekt Drewitz im Staatsjagdgebiet Kreis Waren. Rapport 335/89 BDVP, 2.12.89; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 245.

<sup>236</sup> "Situation in politischen Strukturen/Strömungen", Struktureinheit XX, 30.11.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 258.

<sup>237</sup> "Aktuelle Lage im Verantwortungsbereich", Abt. XVIII, 30.11.1989; BStU, ASt Nbg., Abt. XVIII, SbA, Bd. II, S. 262.

<sup>238</sup> "Protokoll der Sitzung des Arbeitssekretariats der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED am 1.12.1989" und Fernschreiben an das ZK der SED; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5816.

<sup>239</sup> Rapport 337/89 vom 3.12.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 266.

<sup>240</sup> "BdL - Ref.-Ltr. [Referatsleiter] Auswertung MA-Bestand", o. D.; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. II, S. 268.

waren. Das Führungsmittel war der Befehl. Wesentliche Voraussetzungen der exakten Befehlsausführung seien das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Befehle und die hohen Freiheitsstrafen bei Befehlsverweigerung (5 Jahre) bzw. Meuterei (10 Jahre) gewesen. Daraus folge, "daß eine strafrechtliche Verantwortung [...] für einen exakt ausgeführten Befehl", soweit er nicht offensichtlich gegen die anerkannten Normen des Völkerrechts oder gegen Strafgesetze verstoßen hatte, "grundsätzlich nicht eintreten kann". Dies entspräche "internationaler Rechtsauffassung"<sup>241</sup>.

Am 3. Dezember nahm Generalmajor Koch an einer, wie er notierte, "bitteren Dienstbesprechung" in Berlin unter Leitung von Generalleutnant Schwanitz teil. Dort war mitgeteilt worden: "Honecker, Stoph, Mielke, Axen, Kleiber unter Hausarrest - Waffen abgenommen - Mittag + Tisch festgenommen". Bei der Mitteilung über die Personalstärke der künftigen Bezirksämter erfuhr der General, daß für Neubrandenburg mit 750 Mitarbeitern (von ehemals fast 2.000) die geringste Anzahl geplant war.<sup>242</sup> Weiter war in Berlin über die direkte Übernahme von Mitarbeitern durch den Zoll, den Rechtsträgerwechsel von Gebäuden, die Versorgungsordnung und die Waffensicherung gesprochen worden. Die Waffen sollten von den Kreisämtern in die Bezirksverwaltung verlagert werden. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen sollten Dienstleistungseinrichtungen erhalten werden. Um die in den Kreisen bekannten Mitarbeiter aus der Schußlinie zu nehmen, sollte man solche Genossen "für [eine] gewisse Zeit beurlauben, manche aus den Kreisen wohnungsmäßig rausnehmen, in [den] Bez[irk] oder in andere Objekte nehmen."<sup>243</sup> Zu den Dienstobjekten war festgelegt worden, wenn der Druck zu groß werde, solle man aus der Situation heraus die Übergabe entscheiden: "Wir haben zuviel - nur das Notwendigste erhalten!" Es sollte versucht werden, Räume in den Polizeikreisämtern zu bekommen oder andere "abgedeckte Stellen [zu] suchen." Für die ausscheidenden MfS-Angehörigen müsse man Verbände oder Vereinigungen schaffen, um ihnen "das Gefühl [zu] geben, daß sie nicht vergessen sind!" Außerdem würde dadurch "ein Reservepotential erhalten!"<sup>244</sup>

Zur politischen Lage teilte Koch mit, das "Neue Forum" wolle mit anhaltenden Demonstrationen die "Entmachtung der SED noch vor den Wahlen" erreichen. Angriffe gegen das Amt und die Mitarbeiter würden eskalieren und damit die Gefahr der offenen Konfrontation wachsen. Deshalb wolle man das sachliche Gespräch mit den "Sammlungsbewegungen" suchen. Kleinere Diskussionskreise mit der Kirche hätten sich bewährt. Es sei möglich, "Öffnungsbereitschaft" zu signalisieren, doch sollten "keine voreiligen Zusagen" gegeben werden.<sup>245</sup>

---

<sup>241</sup> Ebenda, S. 268 f.

<sup>242</sup> "Besprechung AfNS 3.12.89", Notizen; Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. I, S. 245.

<sup>243</sup> Ebenda.

<sup>244</sup> Ebenda, S. 246 f.

<sup>245</sup> Ebenda, S. 248.

Am gleichen Tag, dem 3. Dezember, hatte Schwanitz die Weisung erteilt, "volle Arbeitsbereitschaft herzustellen, [da] im Zusammenhang mit dem Rücktritt des ZK und des Politbüros der SED [...] mit Demonstrationen, Kundgebungen, Streikandrohungen bzw. Streiks und anderen öffentlichkeitswirksamen Handlungen [...] zu rechnen" sei. Die Objektsicherung sei zu verstärken und ein enges Zusammenwirken mit der Volkspolizei zu gewährleisten.<sup>246</sup> Daraufhin fand am 4. Dezember im Bezirksamt eine Dienstbesprechung statt. Die bitterste Tatsache sei, erläuterte Generalmajor Koch, daß alle bisherigen Kreisämter aufgelöst würden. Es sollten aber Außenstellen in Anklam, Malchin, Neustrelitz und Prenzlau geschaffen werden. Man werde in jedem Kreis IM-führende Mitarbeiter stationieren, die aber dem Bezirksamt unterstehen würden. Wegen der bisherigen Kreisdienststellen könnten Vorverhandlungen wegen ihrer Übergabe aufgenommen werden. Bei der Auswahl der fähigsten Kader für die Weiterarbeit habe sich herausgestellt, daß die, "die wir brauchen, schon ausgeschieden sind, [...] die Faulpelze wollen bleiben - gehen mit der Pistole auf Vorgesetzte los. [...]. Im Organ spielen einige verrückt, aber die meisten arbeiten." Ausschlaggebend sei, alle IM-führenden Mitarbeiter zu erhalten (zwischen etwa fünf in Röbel und 20 in Neubrandenburg). Die ausscheidenden Mitarbeiter sollten bei der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle Würde bewahren. Alle Leiter hätten sich Gedanken über die künftige Struktur des Bezirksamtes zu machen. Entsprechende Vorstellungen müßten bis zum 10. Dezember beim Leiter des Amtes, Schwanitz, eingereicht werden.<sup>247</sup> Während dieser Sitzung wurde die Anweisung von Generalleutnant Schwanitz verlesen, "sofort [...] jegliche Vernichtung und jeglichen Transport [...] zu stoppen". Zur Sicherung der verbleibenden Dokumente solle man alles Erforderliche unternehmen.<sup>248</sup>

#### 4.5. Rückzug aus den Kreisen

Auslöser für diese Weisung waren Aktionen von Bürgern im ganzen Land, die darauf abzielten, die Vernichtung von Unterlagen zu stoppen. Auch im Verantwortungsbereich des Bezirksamtes Neubrandenburg gab es Anzeichen für eine neuerliche Zuspitzung der Lage. So hatten am 4. Dezember zwei Mitglieder der Initiativgruppe Neues Forum Ückermünde ein Gespräch mit dem Leiter des dortigen Kreisamtes gefordert. Im handschriftlichen Bericht dazu heißt es:

"Der B. [verlangte] die Offenlegung aller Akten und Unterlagen zu den Personen, die durch das MfS bespitzelt wurden [...]. Er brachte zum Ausdruck, daß in der DDR [...] durch das

---

<sup>246</sup> Stellv. Operativ an die Leiter der Dienstseinheiten: Weisung des Leiters des AfNS, 3.12.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 270; vgl. Süß: Entmachtung, S. 54.

<sup>247</sup> "Dienstbespr. Ltr. BA, 4.12.89", Notizen eines anonymen Mitarbeiters; BStU, ASt Nbg., KD Neustrelitz, Arbeitsbuch (1) SbA, Bd. II, S. 127-133.

<sup>248</sup> Fernschreiben von Schwanitz an die Leiter der Bezirks- und Kreisämter für Nationale Sicherheit, 4.12.1989: "Vernichtung stoppen"; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 271; vgl. Süß: Entmachtung, S. 59.

Ministerium für Staatssicherheit Verbrechen begangen wurden. [...] In diesem Zusammenhang sagte er wörtlich: 'Herr Schiffner, wenn wir ein einheitliches Deutschland haben, werde ich dafür sorgen, das Sie an den Pranger gestellt werden.' [...] Sie verabschiedeten sich mit dem Hinweis, daß sie [sich] auch mit dem Kreisstaatsanwalt [...] verständigen werden."<sup>249</sup>

Im Rapport des BAfNS vom gleichen Tag wurde gemeldet: "19.30 Uhr forderten ca. 40 Personen den Zutritt zum Objekt der AGL [Arbeitsgruppe des Leiters] des BA in Teschendorf", das war die Sendestelle des BAfNS. Fünf Personen war "der Zutritt ins Objekt gewährt" worden. In Malchin hatten nach einem Friedensgebet 500 Personen vor dem Kreisamt gefordert: "Benennung eines konkreten Termins über die Übergabe des Kreisamtes an einen anderen Rechtsträger."<sup>250</sup> In Neubrandenburg war es zu einer Demonstration von ca. 6.000 Personen gekommen. Dort wurde "zur Teilnahme an der Demonstration am 11.12.89 vor dem Bezirksamt" eingeladen<sup>251</sup>, und es wurden Forderungen erhoben, bei deren Nichterfüllung der Generalstreik ausgerufen würde.<sup>252</sup> Vor dem Kreisamt Templin verlangten gegen 21.10 Uhr 200 Personen dessen Versiegelung, "um ein Vernichten von Akten bzw. Beweisen zu verhindern. Des weiteren forderten sie die Besichtigung der Verbrennungsanlage." Der Leiter "gestattete 12 Personen den Zutritt [...] und die Besichtigung der Heizanlage." Der Diensthabende notierte: "Massiv wurde von den Beteiligten die Auflösung des Kreisamtes gefordert."<sup>253</sup>

Die Bilanz des folgenden Tages, des 5. Dezember: In "Anklam, Demmin, Neubrandenburg, Pasewalk, Röbel und Templin erfolgte durch die jeweiligen Kreisstaatsanwälte im Beisein der Leiter [...] die Versiegelung von verschiedenen Räumen." In Waren "wurde die Versiegelung des gesamten Objektes des KA [Kreisamtes] vorgenommen." Die Volkspolizei hätte die "Bestreifung" übernommen, wurde ergänzend mitgeteilt.<sup>254</sup> Im Lagebericht der Führungsgruppe der Bezirksverwaltung der Volkspolizei wurde festgehalten:

"Am 05.12.1989, 14.00 Uhr, wurden in Ückermünde durch den Militärstaatsanwalt im Zusammenwirken mit dem Kreisstaatsanwalt sowie im Beisein eines Vertreters des 'Neuen Forum' und zwei Vertretern der Kirche die Räumlichkeiten des Kreisamtes [...] kontrolliert. Gegen 15.00 Uhr versammelten sich ca. 250 Personen vor dem Amt und verlangten dessen

---

<sup>249</sup> "Bericht über Gespräch mit Aufsuchen des KA", KA Ückermünde, 4.12.1989; BStU, ASt Nbg., KD Ückermünde, SbA, Bd. II, S. 272-274.

<sup>250</sup> Rapport 339/89 vom 5.12.1989 (4.12., 6.00 Uhr bis 5.12., 6.00 Uhr); BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 275 f.

<sup>251</sup> Ebenda. - Ein Teilnehmer erinnert sich: "An diesem Abend habe ich das erste mal Sorge vor der nächsten Montagsdemo, denn einige Hitzköpfe rufen immer wieder 'Und nächsten Montag gehts zur Stasi, da legen wir denen das Handwerk!' Wie soll diese Begegnung [...] ausgehen? [...] Eine aufgebrauchte Menge könnte der Stasi nur eine Gelegenheit bieten, mit Gewalt zurückzuschlagen."; BStU, ASt Nbg., SbA, Bd. IV, S. 37.

<sup>252</sup> "Lagebericht für die Zeit vom 04.12.1989, 05.00 Uhr bis 05.12.1989, 05.00 Uhr", Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei an das Ministerium für Innere Angelegenheiten, den Operativen Diensthabenden, Berlin; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 250.

<sup>253</sup> Rapport 339/89 vom 5.12.1989; ebenda, S. 276.

<sup>254</sup> Rapport 340/89 vom 6.12.1989; ebenda, S. 280.



sofortige Schließung [...]. Gegen 16.30 Uhr wurden sämtliche Räume des Amtes, sensible Bereiche durch die VP, außer das Zimmer des Leiters, versiegelt. Die Mitarbeiter wurden nach Hause geschickt."<sup>255</sup>

Die Staatsanwälte waren erschienen, da durch Bürger Anzeige gegen den Leiter des Kreisamtes erstattet worden war. Ein Vertreter der Kirche erinnert sich, daß der Leiter des Kreisamtes mit der Drohung, alle Demonstranten würden sonst ins Haus kommen, gezwungen werden mußte, der Besichtigung zuzustimmen. Schornstein und Müllbehälter seien mit Papierasche gefüllt gewesen. Den Leiter und einen Wachmann hätte man für einen Tag im Gebäude eingesperrt. Die Bewachung des Objektes sei von den Bürgern zusammen mit der Polizei bis zum 12. Dezember organisiert worden.<sup>256</sup>

In Neubrandenburg selbst hatte am 4. Dezember eine große Demonstration vor dem Redaktionsgebäude des SED-Bezirksblattes "Freie Erde" stattgefunden, deren Ziel ursprünglich gewesen war, diese Zeitung für die Bürgerbewegung zu übernehmen.<sup>257</sup> Die Organisatoren der Demonstration hatten außerdem geplant, danach zu der Bezirksverwaltung auf dem Lindenberg zu ziehen. Aus beiden Vorhaben wurde nichts: Hinsichtlich der Übernahme der "Freien Erde" ließ sich eine Verhandlungsführerin des Neuen Forum auf einen faulen Kompromiß ein: Eine Seite sollte das Neue Forum künftig pro Woche erhalten. Der Zug zur Bezirksverwaltung scheiterte an fehlenden Transportkapazitäten: Die ursprünglich erwarteten städtischen Busse waren nicht gekommen. Am folgenden Tag um 14.00 Uhr trafen sich Ulrich von Saß<sup>258</sup> und drei weitere Bürgerrechtler wegen der einen Seite für das Neue Forum in der Chefredaktion der "Freien Erde". Sie waren sich, angesichts der Meldungen aus anderen Bezirken, einig, daß es aktuell Wichtigeres gab: die Staatssicherheit lahmzulegen. Deshalb zogen sie los zur Bezirksstaatsanwaltschaft, um Unterstützung beim Stopp der Aktenvernichtung einzufordern. Mit dem stellvertretenden Bezirksstaatsanwalt wurde vereinbart, sich um 16.00 Uhr vor dem Bezirksgebäude zu treffen. Dort wurden sie bereits von Koch, dem BVfS-Chef, und seinen drei Stellvertretern erwartet. Drei bis vier Stunden wurde über die Sicherung der Akten verhandelt, dann wurde das Archiv versiegelt, die Bürgerrechtler erhielten Ausweise, die sie zum Betreten des Gebäudes berechtigten, und die Bewachung des Gebäudes gemeinsam mit der Volkspolizei wurde beschlossen.

Am Abend informierte der 1. Stellvertreter Operativ, Oberst Klaus, seine Mitarbeiter über die Geschehnisse: "In einem langen Gespräch, sehr sachlich geführt, Forderung erhoben,

---

<sup>255</sup> Lagebericht 5.12.1989, 05.00 Uhr bis 6.12.1989, 05.00 Uhr, Führungsgruppe BDVP Neubrandenburg, 6.12.89; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 256.

<sup>256</sup> Protokoll des Gesprächs mit Superintendent Jehsert, 30.11.94, Ückeründe; BStU, ASt Nbg., SbA, Bd. IV, S. 79-82, hier 81.

<sup>257</sup> Die folgende Darstellung der Geschehnisse am 4. und 5.12.1989 basiert auf einem Gespräch mit Ulrich von Saß am 18.3.1996.

<sup>258</sup> Ulrich von Saß (geb. 1957 in Rostock); Theologe; seit Ende der siebziger Jahre Verbindungen zur Bürgerrechtsbewegung; in den achtziger Jahren Gemeindepfarrer in dem Neubauviertel Neubrandenburg-Oststadt; seit 1996 Landesjugendpfarrer von Mecklenburg.

sämtliche Panzerschränke zu versiegeln. [Dem] Leiter d[er] BV [Bezirksverwaltung] ist es gelungen, dies zu beschränken auf Räume d[er] XII [Archiv]." Zur Lage ergänzte der Oberst: Die Kreisämter seien "nicht mehr handlungsfähig"; sie würden durch das Neue Forum und die Volkspolizei bewacht; in allen ehemaligen Kreisdienststellen seien die Mitarbeiter beurlaubt.<sup>259</sup> Oberst Braun führte ebenfalls eine Beratung durch. Nach einer Darstellung der "zugespitzten Lageentwicklung" berichtete er, daß bei "zwischenzeitlichen Kontakten" mit dem Neuen Forum ein "Verzicht auf spektakuläre Aktionen" vereinbart worden sei. Doch was die eigenen Kollektive angehe, so müsse man "täglich mit Überraschungen rechnen (= Verrat!)". Von den Abteilungen XVIII (Volkswirtschaft), IX (Untersuchung) und OT (Operative Technik) sei gefordert worden, den neuen politischen Kräften die sofortige Objektbegehung gemeinsam mit dem Militärstaatsanwalt zu ermöglichen. Oberst Braun erteilte dazu die Weisung, die Arbeit solle so organisiert werden, daß ein "kurzfristiges Aufsuchen der Diensträume durch Bürger in Begleitung Staatsanwalt möglich wird." Schränke dürften jedoch nicht geöffnet, Interna nicht preisgegeben werden. Die Öffnung des Bezirksamtes solle aber noch vor dem nächsten Montag erfolgen.<sup>260</sup>

Als etwas dreister Seitenwechsel mutet der "Aufruf an alle Bürger" an, den das Arbeitssekretariat der Bezirksleitung der SED am 5. Dezember beschloß. Darin wurde gefordert, "sofort auf allen Ebenen Gespräche am runden Tisch zu führen." Man wolle sich einsetzen für "die Verhinderung der Vernichtung von Dokumenten und Akten über Macht- und Amtsmißbrauch."<sup>261</sup> Generalmajor Koch ging sogar so weit, die Frage eines Journalisten, ob Akten vernichtet worden seien, mit der Behauptung zu beantworten: "Ganz klar und unmißverständlich: Material, von dem gemeint ist, es könnte Beweismaterial gegen Andersdenkende sein, ist nicht vernichtet." Nur "persönliches Arbeitsmaterial" von ausscheidenden Mitarbeitern sei ausgesondert worden. Und ergänzend fügte er hinzu: "Gesetzesverletzungen oder Willkürakte im Sinne dessen, was in Berlin oder anderswo geschehen ist, das hat es bei uns nicht gegeben."<sup>262</sup>

## 5. Die Auflösung des Bezirksamtes

Nach der Welle von Besetzungen wurden am 5. und 6. Dezember "Beauftragte" des Vorsitzenden des Ministerrates mit der offiziellen Order in die Bezirke geschickt, die

---

<sup>259</sup> "Beratung Gen. Klaus 5.12.89", Notizen; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (2), SbA, Bd. II, S. 283 f.

<sup>260</sup> "Beratung, Stellv. Op. Braun 5.12.89"; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Oberstleutnant Lange, SbA, Bd. I, S. 330 f.

<sup>261</sup> "Aufruf an alle Bürger", Arbeitssekretariat der Bezirksleitung der SED, 5.12.1989; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5816.

<sup>262</sup> "Öffentliche Anfrage", in: Freie Erde vom 6.12.1989.

Sicherheit der Dienstobjekte und die Einhaltung der Gesetzlichkeit zu garantieren.<sup>263</sup> Der nach Neubrandenburg entsandte Vertreter, Dr. Siegfried Wikarski, schilderte die Lage noch am Abend des gleichen Tages in einem Telefongespräch mit Berlin:

"Das Bezirksamt wurde von Gruppen besucht und besichtigt, die Akten in den Schränken besichtigt, aber nicht Einsicht genommen haben. Anschließend wurden das Archiv und die Verkollerung vom Staatsanwalt versiegelt. [...] Die Arbeitsfähigkeit des Bezirksamtes ist stark eingeschränkt.[...] Von 14 Kreisämtern wurden 8 versiegelt [...], 6 Kreisämter sind teilversiegelt. Die Arbeitsfähigkeit ist nur in 2 Kreisämtern gewährleistet."<sup>264</sup>

Am folgenden Tag, dem 7. Dezember, konstituierte sich der "Runde Tisch" des Bezirkes Neubrandenburg. Die Einrichtung von weiteren Runden Tischen auf der Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden wurde vom Vorsitzenden des Rates des Bezirkes in einem Schreiben an die Kreisvorsitzenden angeregt. Es gehe um die "Rettung unserer Republik".<sup>265</sup> Der neue 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Herrmann, kommentierte vor seinen Genossen die Lage am gleichen Tag mit den Worten: "Das Land steht kurz vor der Unregierbarkeit. Unsere Partei ist politisch und moralisch gescheitert." Nun bestehe die wichtigste Aufgabe darin, "die DDR als selbständigen Staat zu erhalten, und dafür muß uns jedes Mittel recht sein."<sup>266</sup>

In der ersten Beratung des zentralen Runden Tisches in Neubrandenburg wurden ausschließlich Sicherheitsfragen debattiert. Der Leiter des BAfNS und auch der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei waren anwesend. Eine "Arbeitsgruppe zur Untersuchung der nach innen gerichteten Tätigkeit des ehemaligen MfS" wurde eingerichtet.<sup>267</sup> Beschlossen wurde, den Abtransport des Schriftgutes der ehemaligen Kreisdienststellen in das Bezirksamt am 9. Dezember ab 8.00 Uhr vorzunehmen, die Nachrichtenmittel zu demontieren und die Gebäude an die Bürgermeister zu übergeben.

---

<sup>263</sup> Vgl. Generalleutnant Schwanitz an alle Leiter der BÄfNS, 6.12.1989; Einlage im Arbeitsbuch (2) Generalmajor Koch, Bd. II, S. 304.

<sup>264</sup> "Meldung des Genossen Wikarski aus Neubrandenburg, 20.30 Uhr"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, AZN DC 2011348.

<sup>265</sup> "Am 7.12.89, um 18.00 Uhr, führe ich mit Vertretern aller politischen Parteien, Gruppen und Bürgerkomitees ein Gespräch am 'runden Tisch' durch, um über erforderliche Maßnahmen zur Rettung unserer Republik zu beraten. [...] Ich empfehle, in den Kreisen, Städten und Gemeinden analog zu verfahren." Fernschreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes an die Vorsitzenden der Räte der Kreise, OB Neubrandenburg, 5.12.1989; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Bestand: Büro des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Neubrandenburg, Bündel 28710, o. Pag.

<sup>266</sup> "Protokoll über die 22. Sitzung der Bezirksleitung Neubrandenburg der SED am Donnerstag, dem 7.12.89, im Plenarsaal der Bezirksleitung der SED"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, SED-Archiv, unerschlossenes Material, Bündel 5815.

<sup>267</sup> Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren Harriet von Suchodoletz (Neues Forum), Burkhard Räuber (Katholische Kirche), Jochen Köhler (SDP) und als Leiter Ulrich von Saß (Evangelische Kirche); ihnen beigeordnet war die Staatsanwältin Zastrow. Vgl. U. von Saß: Runder Tisch für Aufarbeitung der Vergangenheit, in: Freie Erde vom 11.12.1989; "Alles über das MfS - ein Fall, der selber einer wurde!", in: Freie Erde vom 29.12.1989. Der Bericht der Arbeitsgruppe wurde 1990 veröffentlicht in: von Saß und von Suchodoletz: "feindlich-negativ". Es handelt sich um eine Darstellung der Strukturen und der Tätigkeit des MfS und besonders der BVfS Neubrandenburg. Über die Auflösung der Bezirksverwaltung wird kaum etwas berichtet.

Das Schriftgut sollte gemeinsam gesichert werden, um eine Untersuchung der Strukturen des ehemaligen MfS zu ermöglichen.<sup>268</sup> In einem Schreiben an den Minister für örtliche Staatsorgane, Dr. Moreth, informierte der Stellvertretende Vorsitzende des Rates des Bezirkes, die Teilnehmer des Runden Tisches seien erst "nach der Sichtung" der MfS-Unterlagen "mit der kontrollierten Vernichtung einverstanden"<sup>269</sup>.

Nachdem der zentrale Runde Tisch in Berlin am 7. Dezember die Auflösung des AfNS gefordert hatte, verschickten Mitarbeiter einer Reihe von Kreis- und Bezirksämtern Protestresolutionen an zentrale Regierungsstellen und Presseagenturen. Auch aus dem BfNS Neubrandenburg gelangte ein solches Schreiben nach Berlin: "Mit Sorge haben wir die [...] Demontage des Staates verfolgt. [...] Ist man sich wirklich nicht der Gefahr bewußt, daß die Offenlegung von Akten und Unterlagen des ehemaligen MfS zum Brudermord in diesem Lande führen wird?" Deshalb wird die "Vernichtung aller mit der falschen Sicherheitsdoktrin verbundenen Unterlagen (gefordert). [...] Das Volk braucht, wenn es souverän bleiben will, einen Sicherheitsapparat. Wir sind bereit, darauf hinzuwirken."<sup>270</sup> Andere Angehörige des Bezirksamtes hofften, ihren Funktionsbereich und damit auch ihre Stellen durch Verlagerung in weniger belastete Institutionen zu retten. So erklärten die Mitarbeiter der Abt. IX (Untersuchung), sie seien erschüttert darüber, "wohin die Leitung des ehemaligen MfS uns unter Mißbrauch unserer Überzeugung [...] geführt hat." Daher empfahlen sie die Angliederung ihrer Abteilung an das Ministerium für Innere Angelegenheiten oder das Justizministerium.<sup>271</sup>

Während einer Beratung in dem zwischenzeitlich wieder arbeitsfähigen Bezirksamt<sup>272</sup> am 8. Dezember notierte ein Mitarbeiter: "Auf Beschluß des Runden Tisches wird [dem] Vors[itzen]enden d. MR [des Ministerrates] vorgeschlagen, [das] Amt für n[ationale] S[icherheit] aufzulösen." Die hiesige Leitung ist "übereingekommen, von uns aus [die] Arbeit d[es] Bezirksamtes einzustellen." Ein "Minimalregime an bestimmten Prozessen" müsse aber aufrechterhalten bleiben.<sup>273</sup> Oberst Klaus, der 1. Stellvertreter Operativ, informierte am gleichen Tag die Leiter der Dienstseinheiten, daß Generalmajor Koch am 9.

---

<sup>268</sup> "Protokoll über die Beratung des 'Runden Tisches' am 7.12.1989 im Rat des Bezirkes Neubrandenburg", 8.12.1989, gez. Otto, amtierender Vorsitzender; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 307 f.

<sup>269</sup> Stellv. Vors. des RdB [Rates des Bezirkes] an den Ministerrat der DDR, Kollegen Dr. Moreth, 8.12.1989; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Bestand: Bezirksverwaltungsbehörde, Bündel 28093, o. Pag.

<sup>270</sup> "Protestresolution der Angehörigen des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit (oder schon des ehemaligen?)", o. D.; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 312 f.

<sup>271</sup> "Erklärung der Mitarbeiter der Untersuchungsabteilung des Amtes für Nationale Sicherheit, Bezirksamt Neubrandenburg", 7.12.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, ebenda, S. 310.

<sup>272</sup> Der Zentrale Operativstab des AfNS vermerkte an diesem Tag: "Neubrandenburg - Arbeitsfähigkeit leicht eingeschränkt." Zentraler Operativstab: "Arbeitsmöglichkeiten der Bezirksämter des AfNS", 8.12.1989; BStU, ZA, SdM 2291, Bl. 98 f.

<sup>273</sup> "Beratung am 8.12.89", Notizen; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (2), SbA, Bd. II, S. 285.

Dezember auf einem Forum die Einstellung der Arbeit des BAFNS Neubrandenburg und die Auflösung der Kreisämter bekanntgeben werde. Außer den Mitarbeitern in sicherstellenden Dienststeinheiten seien bis zur Entscheidung des Ministerrats "alle anderen Kader [...] beurlaubt."<sup>274</sup>

Die Verlagerung des Schriftgutes der ehemaligen Kreisdienststellen erfolgte, wie vorgesehen, am 9. Dezember. Es wurde in Lagerhallen des Bezirksamtes verwahrt.<sup>275</sup> Im Protokoll über die Beratung des "Runden Tisches" vom 14. Dezember heißt es dazu: Die "Sicherung des Schriftgutes des ehem[aligen] MfS in den Kreisen am 9.12. für 12 Kreise durchgeführt. Es gab keine Zwischenfälle. Für Röbel erfolgte das am 13.12.89." In Ückermünde wurde eine Ausnahme erzwungen: Die "Bürger wünschten, Material in der Stadt zu behalten. Demzufolge erfolgte die Einlagerung im VPKA [Volkspolizeikreisamt]."<sup>276</sup>

### 5.1. Vorstellungen für die Weiterarbeit

Am 12. Dezember informierte der kurzzeitige neue Leiter des BAFNS, Oberst Klaus<sup>277</sup>, die Teilnehmer einer Beratung, daß Generalmajor Koch von seiner Funktion entbunden und beurlaubt worden sei.<sup>278</sup> Er ermahnte die Mitarbeiter, daß die Einstellung der Arbeit des Bezirksamtes nicht bedeute, alles dem Selbstlauf zu überlassen. So müsse eine Arbeitsgruppe Kader gebildet werden, die sich um die Sicherheit der Mitarbeiter, um Verratsfälle und darum zu kümmern habe, die besten Mitarbeiter zu behalten. Eine weitere

---

<sup>274</sup> 1. Stellvertreter des Leiters des BAFNS Neubrandenburg an die Leiter der Dienststeinheiten, 8.12.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 333.

<sup>275</sup> Der - wohl schlecht informierte - Regierungsbeauftragte meldete dagegen am 9. Februar nach Berlin, das Schriftgut sei "in eine Außenstelle des Staatsarchivs Schwerin unter Aufsicht des Bürgerkomitees eingelagert" worden. Beauftragter Amenda, Neubrandenburg, Bericht vom 9.2.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11351, Bl. 741.

<sup>276</sup> "Protokoll über die Beratung des 'Runden Tisches' am 14.12.89 im Rat des Bezirkes Neubrandenburg"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Bestand: Bezirksverwaltungsbehörde, Bündel 28093, o. Pag. Dieses Schriftgut ist vollständiger als das anderer Kreisämter erhalten geblieben.

<sup>277</sup> Oberst Erich Klaus (geb. 1932): Industriekaufmann; kam 1952 zum MfS und wurde 1957 Mitarbeiter der BVfS Neubrandenburg. Seit dem 1.3.1987 war er 1. Stellvertreter Operativ. Sein neues Amt als Bezirksamtsleiter hatte er nur etwa zwei Wochen inne, denn er wurde bereits am 18.12. wieder abgesetzt und aus dem aktiven Dienst beurlaubt. Als Gründe wurden "mangelnde Führungsqualitäten" und "mangelndes Vertrauen der Mitarbeiter" genannt, Lagezentrum des AfNS: Berichterstattung zur angewiesenen Auflösung der Kreisämter des AfNS, 15.12.1989; BStU, ZA, SdM 1997, Bl. 219. Sein Nachfolger als "Leiter der Außenstelle Neubrandenburg des Verfassungsschutzes der DDR und der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Neubrandenburg" wurde am gleichen Tag Berndt Polläne (geb. 1952), der zuvor in der HA II (Spionageabwehr) des Ministeriums in Berlin gearbeitet hatte und ursprünglich als Stellvertreter des Regierungsbeauftragten Wikarski nach Neubrandenburg gekommen war Verfassungsschutz der DDR Leiter: Befehl K/5052/89 vom 18.12.1989; BStU, ZA, HA Kader und Schulung (künftig: KuSch), Bündel K 10/48, unerschlossenes Material.

<sup>278</sup> Der Befehl zur Absetzung von Koch und zu seiner Beurlaubung war, wie für die meisten anderen BVfS-Leiter, von Schwanitz bereits am 6.12. erteilt worden; AfNS-Leiter: Befehl K/4903/89 vom 6.12.1989; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Planung, Bündel 7.

Gruppe müsse für die Arbeit mit der Presse und den Bürgervertretungen verantwortlich sein. Für die IM müßten Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Andere Mitarbeiter sollten sich mit der ordnungsgemäßen Übergabe von Objekten und materiellen Werten befassen. Auch sei über die neue Struktur nachzudenken, denn "auch künftig [braucht man] Organe, die die Sicherheit des Landes gewährleisten". In diesem Zusammenhang bestünden Vorstellungen für einen Auslandsnachrichtendienst (ND) und einen Verfassungsschutz (VS).<sup>279</sup> Als allgemeine Verhaltensregel gab er aus: "So wenig wie möglich Aktivitäten nach außen sichtbar machen [...], unsere Bewegungsmöglichkeit könnte noch weiter eingeschränkt werden." Bei der Bearbeitung von Anzeigen und Beschwerden sollte man "passiv abarbeiten, zum bestimmten Zeitpunkt abschließen und vernichten." Hinsichtlich der vom Runden Tisch eingerichteten Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Tätigkeit des ehemaligen MfS meinte Oberst Klaus, sie habe "keine böartigen Interessen". Ihre Mitglieder "wollen nicht mit Dingen konfrontiert werden, die sie nicht lösen können."<sup>280</sup>

Zwischen dieser Arbeitsgruppe, dem Beauftragten Wikarski und dem BafNS wurde am 14. Dezember eine "Vereinbarung" unterzeichnet. Es wurde, das war ein Novum, die Untersuchung von Befugnisüberschreitungen und Rechtsverletzungen beschlossen, um Bürger zu rehabilitieren und, um strafrechtliche Konsequenzen einklagen zu können. Den Bürgern sollte dafür auf Antrag über sie gesammeltes Material zugänglich gemacht werden. Außerdem sollte die Weisungslage des MfS offengelegt, aber auch durchgehender Datenschutz gewährleistet werden. "Nach Abschluß der Klärung aller eingegangenen Anträge der Bürger" könne "das Informationsmaterial, das für zukünftige Sicherheitsstrukturen nicht mehr benötigt wird, unter Aufsicht von Beauftragten der Regierung, der örtlichen Staats- und Rechtspflegeorgane und der Arbeitsgruppe vernichtet" werden.<sup>281</sup>

Der Ministerrat hatte am gleichen Tag beschlossen, das AfNS aufzulösen.<sup>282</sup> Den Mitarbeitern des BafNS wurden als Gründe genannt: "Druck von außen [und] innere[r] Zerfleischungsprozeß"<sup>283</sup>. Zukünftig solle es einen Verfassungsschutz und einen Nachrichtendienst mit Außenstellen in den Bezirken und mit Beauftragten in den Kreisen geben. Vorschläge dazu müßten bis zum 21. Dezember eingereicht werden. Die Bildung dieser Organe solle bis Ende Januar abgeschlossen sein. Im Verfassungsschutz würden überwiegend operative Mitarbeiter tätig sein. Es sei an insgesamt 200 bis 400 Beschäftigte

---

<sup>279</sup> Beratung "Gen. Klaus 12.12.89", Notizen; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (2), SbA, Bd. II, S. 286.

<sup>280</sup> Ebenda, S. 288 f.

<sup>281</sup> "Vereinbarung" vom 14.12.1989; BStU, ASt Nbg., AKG, SbA, Bd. II, S. 352.

<sup>282</sup> Ministerrat Dienstsache 816/89, Beschluß des Ministerrates 6/18.a/89 vom 14.12.1989; BStU, ZA, SdM 1508, Bl. 146-152.

<sup>283</sup> "Beratung bei Gen. Klaus 15.12.89", Notizen; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, Arbeitsbuch eines anonymen Mitarbeiters (2), SbA, Bd. II, S. 291.

gedacht.<sup>284</sup> Drei Tage später wurde den verbliebenen Tschekisten ein neuer Leiter vorgestellt: "Gen. Bernd Polene, 37 Jahre, bisher stellv. Leiter der II/1"<sup>285</sup>.

Über den geplanten Aufbau eines Verfassungsschutzes informierte Polläne am 4. Januar die Mitarbeiter im Beisein des Regierungsbeauftragten Wikarski. Außerdem wurde bekanntgegeben, daß Generalmajor Koch, seine beiden Stellvertreter Operativ, Klaus und Braun, sowie der Sekretär der Zentralen Parteileitung, 16 Abteilungsleiter und die Leiter der ehemaligen Kreisdienststellen Altentreptow, Demmin, Röbel, Strasburg, Templin, Ückermünde und Waren entlassen worden waren.<sup>286</sup> Hinsichtlich des "Verfassungsschutzes" war an eine "Außenstelle" mit ca. 300 Mitarbeitern gedacht.<sup>287</sup> In deren Aufbau würde jetzt "mehr oder weniger jeder zunehmend einbezogen!"<sup>288</sup> Das Ausrufezeichen am Schluß dieser Bemerkung war durchaus berechtigt: Polläne hatte in den Wochen zuvor wiederholt bei der Zentrale der zum "Verfassungsschutz" mutierten Staatssicherheit angefragt, ob "die Einstellung von Mitgliedern NF [Neues Forum], SDP und ohne Parteien [d. h. Parteilose - d. Verf.]" möglich sei.<sup>289</sup> Das war im Rahmen der Konzeption eines Amtes, das nicht mehr Instrument einer Partei sondern Staatsorgan sein sollte, durchaus konsequent gedacht. Zugleich macht dieser Vorschlag aber die Absurdität der Vorstellung einer reformierten Staatssicherheit deutlich: Geheimdienstlich unerfahrene und dieser Institution mit begründeter Abwehr gegenüberstehende Neulinge wären, wenn entsprechende Interessenten überhaupt zu finden gewesen wären, von einer überwältigenden Majorität erfahrener Ex-"Tschekisten", die der SED bzw. SED-PDS verpflichtet waren<sup>290</sup>, dominiert und dazu funktionalisiert worden, einen Bruch mit der Vergangenheit darzu-

---

<sup>284</sup> Ebenda, S. 292 f.

<sup>285</sup> Ebenda, S. 295. Die richtige Schreibweise des Namens ist Berndt Polläne; so zumindest wird er im Kaderbefehl K/5052/89 vom 18.12.1989 geschrieben; BStU, ZA, HA KuSch, unerschlossenes Material, Bündel K 10/48. - Die HA II/1 war zuständig für Spionageabwehr, die innere Sicherheit des MfS sowie die Absicherung des Sondergebietes Karlshorst und der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität Berlin.

<sup>286</sup> 4.1.1990 Dienstberatung bei Bernd Pollene [sic!], Notizen; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Oberstleutnant Lange, SbA, Bd. I, S. 334.

<sup>287</sup> Meldung des BA Neubrandenburg, Gen. Polene [sic!] vom 21.12.1989; Verfassungsschutz der DDR Lagezentrum, Lagefilm 355/89; BStU, ZA, ZKG 127, Bl. 116.

<sup>288</sup> 4.1.1990 Dienstberatung bei Bernd Pollene [sic!]; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Oberstleutnant Lange, SbA, Bd. I, S. 334.

<sup>289</sup> Meldung des BA Neubrandenburg vom 21.12.1989; ebenso: Lagezentrum: Berichterstattung zur Auflösung, 22.12.1989; BStU, ZA, ZAIG 13864, Bl. 218. In einem Sachstandsbericht vom 7.1.1990 wurde dieses Vorhaben erneut erwähnt: "Es ist vorgesehen, Planstellen für Vertreter des 'Neuen Forum' und der SDP offen zu halten."; "Zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Neubrandenburg", 7.1.1990; BStU, ZA, ZAIG 14274, Bl. 34.

<sup>290</sup> In einer ersten einschlägigen Anfrage an die Zentrale hatte Polläne argumentiert: "Ist es notwendig im Interesse der Sache, daß im Verfassungsschutz nur Mitglieder SED tätig sein müssen? Reicht es nicht aus, wenn es sich um potentielle Wähler handelt?" Verfassungsschutz der DDR Lagezentrum, Rapport 355/89 vom 21. zum 22.12.1989; BStU, ZA, HA III 13, Bl. 10-31, hier 26.

stellen.<sup>291</sup> Sie hätten sich an die geheimdienstlichen Regeln zu halten gehabt. Polläne forderte, keinerlei Dekonspiration zuzulassen. Der für Fragen der Auflösung zuständige ehemalige Leiter der Kreisdiensstelle Neubrandenburg, Oberstleutnant Schimkat, verlangte im übrigen in der gleichen Sitzung Unterstützung für die Arbeitsgruppe Dokumentenvernichtung, die von seinem ehemaligen Stellvertreter, Major Romanowsky, geleitet wurde.<sup>292</sup> Solche Aktivitäten waren für die damalige Zeit charakteristisch, nicht die Integration von Bürgerrechtlern in den "Verfassungsschutz".

Überall in der DDR hatte sich in diesen Tagen das Mißtrauen zwischen "Stasi-Auflösern" und Staatssicherheit vertieft. Es gab dafür verschiedene Gründe, nicht zuletzt den blamablen Auftritt des Regierungsbeauftragten Koch<sup>293</sup> und des zuständigen Staatssekretärs Halbritter am zentralen Runden Tisch am 8. Januar in Berlin.<sup>294</sup> Aus Neubrandenburg berichtete der Regierungsbeauftragte Wikarski am folgenden Tag an das "Informationszentrum" im Ministerrat:

"Mit Bürgergruppen wurde über die Amtsauflösung diskutiert. Die Äußerungen am Runden Tisch haben zum tiefgehenden Vertrauensschwund mit den Regierungsvertretern geführt. [...] Es wurde vom Runden Tisch erwartet, daß Koch öffentlich ein Verbot jeder Tätigkeit der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS ausspricht. [...] Als Hauptgrund des gewachsenen Mißtrauens und für die Zuspitzung ist zu sehen, daß zur Tätigkeit des ehemaligen Amtes und zur Bildung des Verfassungsschutzes, das Ausbleiben der Offenlegung der falschen Sicherheitspolitik des Amtes vorhanden ist. Die Regierung soll damit wesentliche Seiten der Arbeit des Amtes zu verschleiern versuchen."<sup>295</sup>

Wikarski selbst wurde kurz danach vom Runden Tisch des Kreises Ückermünde - allerdings erfolglos - "einstimmig das Mißtrauen" ausgesprochen.<sup>296</sup> Die vom Neubrandenburger Runden Tisch eingerichtete Arbeitsgruppe Untersuchung erklärte am 10. Januar, "daß die Weiterarbeit des BafNS nach innen und außen durch die Versiegelung [...] nur geringfügig beeinträchtigt ist, [...] entgegen der Versicherung von Generalmajor Koch [...] Aktenvernichtung betrieben wurde" und "daß es ein Interesse [...] des ANS an einer zentralen Offenlegung und Aufarbeitung [...] offensichtlich nicht gibt."<sup>297</sup> Aus Protest -

---

<sup>291</sup> In anderen ehemaligen Ostblockstaaten ist diese Absurdität Wirklichkeit geworden. Mit welchem frustrierendem Mißerfolg das verbunden war, ist beispielhaft nachzulesen in dem Bericht des zeitweiligen "KGB-Reformers" Wadim Bakatin: Im Innern des KGB, Frankfurt/M. 1993.

<sup>292</sup> 4.1.1990 Dienstberatung bei Bernd Pollene [sic!], Notizen; BStU, ASt Nbg., AKG, Arbeitsbuch Oberstleutnant Lange, SbA, Bd. I, S. 334.

<sup>293</sup> Der Regierungsbeauftragte Peter Koch ist nicht - wie das in verschiedenen Veröffentlichungen geschehen ist - mit dem ehemaligen BVfS-Chef, Generalmajor Peter Koch, zu verwechseln.

<sup>294</sup> Vgl. Hannes Bahrmann und Christoph Links: Chronik der Wende. 2 Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR, Berlin 1995, S. 41 f.

<sup>295</sup> Wikarski an das Informationszentrum im Ministerrat am 9.1.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam DC-20 11349, Bl. 819.

<sup>296</sup> "Mitteilung des 3. Runden Tisches vom 10.1.1990 des Kreises Uecker münde" an den Ministerrat der DDR; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam DC 20 11350, Bl. 310.

<sup>297</sup> "Probleme der Arbeitsgruppe zur Untersuchung der nach innen gerichteten Tätigkeit des ehemaligen MfS - Stand vom 10.1.90"; BStU, ASt Nbg., Abt. XX, SbA, Bd. II, S. 359. Die erste These, daß "die Weiterarbeit des BafNS" zu diesem Zeitpunkt "nur geringfügig beeinträchtigt" war, spiegelte das



auch gegen das Auftreten der Regierungsvertreter am zentralen Runden Tisch - drohte die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit einzustellen.<sup>298</sup>

Die Forderung nach Offenlegung der Akten bezog sich auf die Aufklärung über die Tätigkeit des MfS und die Rehabilitierung von Opfern, nicht - wie im Kreis Ücker münde und in anderen Bezirken - auf die Aufdeckung von (ehemaligen) Inoffiziellen Mitarbeitern. Die im demokratischen Umbruch aktiven Bürger hatten dazu im Bezirk Neubrandenburg keine einheitliche Position. Die von Bürgervertretern gebildete "Arbeitsgruppe zur Untersuchung der nach innen gerichteten Tätigkeit des ehemaligen MfS" antwortete Ende Dezember 1989 auf die Frage, ob "es eine namentliche Veröffentlichung über Inoffizielle Mitarbeiter des ehemaligen MfS geben" wird:

"Nein. Eine solche Veröffentlichung würde doch auch niemandem wirklich hilfreich sein. Sie könnte sogar in manchen Fällen zu persönlicher Rache und Selbstjustiz führen. Daran kann doch niemandem, der ein Interesse an wirklicher Erneuerung in unserem Land hat, gelegen sein. Etwas ganz anderes wäre es da schon, wenn inoffizielle Mitarbeiter den Mut fänden, sich den Menschen, über die sie Informationen gegeben haben, selbst zu offenbaren. Ein solcher schwerer, aber mutiger Schritt und das gemeinsame Gespräch darüber könnten einen neuen gemeinsamen Anfang, der endlich frei von Mißtrauen ist, ermöglichen."<sup>299</sup>

Es gab auch ganz andere Stimmen. Am Runden Tisch Ücker münde zum Beispiel drohte Anfang Januar ein Bürgervertreter, "wenn es sein muß, 10.000 Menschen" auf das Volkspolizeikreisamt "loszulassen", wo die Akten der ehemaligen Kreisdienststelle gelagert waren, "damit jeder diese Papiere einsehen kann". Daraufhin beschloß das Gremium jedoch, "die Unterlage[n] erst nach den Wahlen zu sichten und damit auch die Bildung einer dafür autorisierten Gruppe auszusetzen."<sup>300</sup> Der zentrale Runde Tisch in Neubrandenburg forderte am folgenden Tag die "Aushändigung von Urteil und Urteilsbegründung" an Personen, die aus politischen Gründen verfolgt worden waren, "soweit der Wunsch danach besteht", und die Schaffung einer "gesetzlichen Regelung zur Rehabilitierung von Opfern der stalinistischen Machtstrukturen." In diesem Zusammenhang verlangte der Leiter der Arbeitsgruppe zur Untersuchung der nach innen gerichteten Tätigkeit des ehemaligen MfS, Ulrich von Saß, die "Offenlegung und

---

begründete Mißtrauen gegenüber den Aktivitäten im ehemaligen Bezirksamt wider, war aber wohl faktisch unzutreffend.

<sup>298</sup> Am 9.1. meldete Polläne, die Arbeitsgruppe habe ihre Tätigkeit aus Protest eingestellt; am 10.1. berichtete er nach Berlin, sie arbeite nun doch weiter. Vgl. VS Lagezentrum, Lagefilm 9/90 zum 9. bis 10.1.1990; BStU, ZA, ZAIG 13864, Bl. 25-38, hier 35; Verfassungsschutz Lagezentrum, Lagefilm 10/90 zum 10. bis 11.1.1990; ebenda, Bl. 8-22, hier 18.

<sup>299</sup> Fragen der Redaktion "Neue Plattform" an die Mitglieder der Arbeitsgruppe, in: Freie Erde vom 29.12.1989, S. 4.

<sup>300</sup> "Meldung des Herrn Wikarski aus Neubrandenburg am 10.1.90, 23.52 Uhr"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam DC 20 11350, Bl. 873. Die Äußerung des Bürgervertreters ist als wörtliches Zitat gekennzeichnet.

Einsichtnahme der Dokumentationen der 'Bezirkseinsatzleitung' der SED."<sup>301</sup> Von einer generellen Aktenaufdeckung war in diesem Forderungskatalog für die Regierung nicht die Rede<sup>302</sup>, wohl aber wurde am gleichen Tag aus dem Bezirksamt nach Berlin berichtet, daß aufgrund der wachsenden Spannungen zwischen den Vertretern des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes und der Bürgerbewegung "die Möglichkeit der Papiervernichtung [...] zur Zeit nicht mehr gegeben" ist<sup>303</sup>. Die letzte Meldung, in der dieser Aspekt angesprochen wurde, stammt vom 17. Januar. Damals meldete Wikarski nach Berlin: "Das Bürgerkomitee für die Auflösung des MfS/ANS will damit beginnen, die Akten der ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter zu vernichten, sind aber noch nicht endgültig dazu entschlossen, da sie noch auf ein Zeichen des zentralen 'Runden Tisches' in Berlin warten."<sup>304</sup>

## 5.2. Entwaffnung und Entlassung

Neben der Sicherung der Unterlagen des MfS war die Entwaffnung seiner Mitarbeiter von besonderer Dringlichkeit. Oberst Klaus hatte die Teilnehmer des "Runden Tisches" am 14. Dezember informiert, daß die am 9. Dezember aus den Kreisdienststellen abtransportierten Waffen ordnungsgemäß versiegelt und gesichert worden seien. Vorher schon hatte man die Waffen der Kampfgruppen in den Volkspolizeikreisämtern eingelagert.<sup>305</sup>

Am 22. Dezember hatte der neue Leiter des Verfassungsschutzes, Engelhardt, die Überprüfung der Vollzähligkeit bei Waffen und Munition angeordnet und festgelegt: "Die weitere Übernahme von Bewaffnung, militärischer Ausrüstung und Militärtechnik erfolgt durch die NVA. [...] Im Bestand des Bezirksamtes verbleiben nur Pistolen mit Munition in Höhe des künftigen Personalbestandes."<sup>306</sup> In einem Bericht zur Auflösung des Bezirksamtes Neubrandenburg vom 7. Januar wurde konstatiert:

"Der gesamte Waffenbestand der ehemaligen KÄ [Kreisämter für Staatssicherheit] wurde auf der Grundlage von Protokollen an die jeweiligen VPKÄ [Volkspolizeikreisämter] übergeben.

<sup>301</sup> "Protokoll der 5. Beratung des 'Runden Tisches' am 11.1.1990 im Rat des Bezirkes Neubrandenburg"; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Bestand: Bezirksverwaltungsbehörde, Bündel 28093, o. Pag.

<sup>302</sup> "Gen. Wikarski - Neubrandenburg, 11.1.90 - 23.30 Uhr"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam DC 20 11350, Bl. 916.

<sup>303</sup> Meldung des "Gen. Polläne" vom 9.1.1990, in: Verfassungsschutz der DDR Lagezentrum, Lagefilm 9/90 vom 9. zum 10.1.1990; BStU, ZA, ZAIG 13864, Bl. 25-38, hier 36.

<sup>304</sup> "Wikarski, Neubrandenburg 17.1.1990, 16.15 Uhr"; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam DC 20 11350, Bl. 89.

<sup>305</sup> Protokoll über die Beratung des Runden Tisches am 14.12.1989. Die Kreisdienststellen Röbel und Ückeründe (dort zum Teil erst am 22.12.) wurden am 14.12. entwaffnet, in Templin und Neustrelitz erfolgte dies lt. Protokoll am 15.12. Übergeben wurden u. a.: 459 Pistolen, 370 Maschinenpistolen, 18 Panzerbüchsen, 26 KK-Gewehre, 30 KK-Pistolen, 11 Luftgewehre, 129 Handfesseln, 130 Führungsketten, 209 Schlagstöcke, 366.732 Patronen (alle Sorten), 84 Panzerbüchsengranaten, 280 Handgranaten; BStU, ASt Nbg., OES, SbA, Bd. II, S. 380-383.

<sup>306</sup> Der Leiter des Verfassungsschutzes an alle Bezirksämter, cfs 246, 22.12.89; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. II, S. 384.

Die Waffen des ehemaligen BA [Bezirksamtes] befinden sich in Räumen des BA, die durch die BDVP [Bezirksverwaltung der Deutschen Volkspolizei] versiegelt wurden. Die Schlüssel zu diesen Räumen befinden sich bei der BDVP. Kontrollen erfolgten durch den Vertreter der Regierungskommission. Die persönlichen Waffen aller Mitarbeiter wurden eingezogen."<sup>307</sup>

Die im Bezirksamt verbliebenen Waffen des zentralen Amtes werden, berichtete der Regierungsbeauftragte Wikarski am 11. Januar nach Berlin, "heute Nacht durch die NVA abgefahren"<sup>308</sup>. In den Protokollen vom 10. und 12. Januar 1990 ist - neben anderen Ausrüstungsgegenständen - die Übergabe folgender Waffen an die BDVP dokumentiert<sup>309</sup>:

Maschinenpistolen	1.677	Panzerbüchsen	91
Leichte Maschinengewehre	2	Handgranaten	31.700
Schwere Maschinengewehre	12	Hohlladungsgranaten	10.467
Scharfschützengewehre	98	Patronen (alle Sorten)	2.431.303
Pistolen	9.584		

Der "Runde Tisch" des Bezirkes Neubrandenburg entlastete am 8. Februar das Referat Bewaffnung und Ausrüstung: "Die Bestandsführung [...] kann als akkurat eingeschätzt werden. Im Besitz oder Zugriff von ehemaligen Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit dürften sich somit keinerlei Waffen befinden."<sup>310</sup> Eine Woche später meldete der Regierungsbeauftragte zum Immobilienbestand des ehemaligen Bezirksamtes: "Das Bürgerkomitee kennt *alle* Objekte. [...] Ebenfalls sind alle konspirativen Objekte bekannt."<sup>311</sup> Am 1. März 1990 berichtete er, alle "51 Objekte" seien an andere staatliche Behörden übergeben worden.<sup>312</sup> Allerdings hatte er entweder keinen vollständigen Überblick oder es handelte sich um eine Falschmeldung, denn noch Jahre danach wurden ehemals konspirative Objekte des MfS ermittelt.<sup>313</sup>

Der Personalabbau im Bezirksamt und in den Kreisdienststellen hatte im Dezember begonnen. Bis zum 5. Januar 1990 waren 854 Mitarbeiter bzw. ca. 45 Prozent des Personalbestandes, vor allem aus den ehemaligen Kreisdienststellen, entlassen worden.<sup>314</sup> Dann

<sup>307</sup> "Zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Neubrandenburg", 7.1.1990; BStU, ZA, ZAIG 14274, Bl. 33-35, hier 33.

<sup>308</sup> "Gen. Wikarski - Neubrandenburg, 11.1.90 - 23.30 Uhr", Mitteilung; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11350, Bl. 916.

<sup>309</sup> "Einnahme / Ausgabe-Belege" vom BAfNS Neubrandenburg an BDVP Neubrandenburg, 10. und 12.1.1990; BStU, ASt Nbg., OES, SbA, Bd. II, S. 388-414.

<sup>310</sup> "Protokoll über die Bestandsführung von Bewaffnung, Munition und Sprengmitteln", Bürgerkomitee des "Rundes Tisches", 8.2.90; BStU, ASt Nbg., OES, SbA, Bd. II, S. 415.

<sup>311</sup> Meldung des Regierungsbeauftragten für Neubrandenburg vom 14.2.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11351, Bl. 868.

<sup>312</sup> Meldung des Beauftragten Wikarski vom 1.3.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11396, Bl. 233.

<sup>313</sup> Vergleich der Auflistungen "Rat des Bezirkes Neubrandenburg - Liegenschaftsdienst - Nbg., den 02.03.1990" und "Objekte und Grundstücke des ehemaligen MfS (in Verwaltung des BVA) - Bezirk Neubrandenburg - 18.02.92"; BStU, ASt Nbg., Akte KW/KO/SO/DO des MfS/BV Nbg.

<sup>314</sup> "Zum Stand der Auflösung...", 7.1.1990.

allerdings schritt der weitere Auflösungsprozeß nur noch zögerlich voran, zugleich verschärfte sich die innenpolitische Situation auch in Neubrandenburg. Der amtierende Vorsitzende des Rates des Bezirkes meldete am 17. Januar nach Berlin:

"Der Rat des Bezirkes beherrscht die [...] Prozesse nicht mehr vollständig. Der Leitungseinfluß, insbesondere auf die örtlichen Räte wird zunehmend geringer, da vor allem die oppositionellen Kräfte und Bürgerbewegungen die zögerliche Politik der Koalitionsregierung nicht verstehen. [...] Das bezieht sich vor allem auf das ungenügende Tempo bei der Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit ..." <sup>315</sup>

Er nannte noch eine Reihe weiterer Gründe (Steuergesetzgebung, zollrechtliche Fragen usw.), aber das allzu langsame Tempo bei der Auflösung des ehemaligen MfS war zweifellos eine wesentliche Ursache für einen Vorgang, den der Ratsvorsitzende als "Verfallsprozeß des gesellschaftl[ichen] Lebens" bezeichnete, der aber tatsächlich im Zerfall der herrschenden Institutionen bestand.

In den folgenden Wochen, nachdem der Beschluß des Ministerrates, auf den Aufbau neuer "Dienste" vor den Wahlen zu verzichten <sup>316</sup>, auch in den Bezirken rezipiert worden war, wurde der Personalabbau wieder beschleunigt. Am 14. Februar konnte gemeldet werden, daß nun 1.505 ehemalige Mitarbeiter entlassen worden waren. <sup>317</sup> Die Übernahme ausscheidender Mitarbeiter durch andere Institutionen verlief in Neubrandenburg zu dieser Zeit anscheinend relativ problemlos. <sup>318</sup> Der Runde Tisch stimmte am 8. Februar mehrheitlich folgenden Maßnahmen zu:

- der schon erfolgten Übernahme von 260 ehemaligen Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit in die VP
- der vorgesehenen Übernahme der in der PKE [Paßkontrolleinheit] Pomellen tätigen 130 Mitarbeiter in die Grenztruppen der DDR
- der Einstellung von 3 ehemaligen Angehörigen des Amtes für Nationale Sicherheit in das Staatsarchiv Schwerin". <sup>319</sup>

Selbst 23 ehemalige MfS-Kader, die als Lehrer eingestellt worden waren, wurden nicht aus dem Schuldienst entlassen. Bei künftigen Einstellungen wären jedoch Lehrerschaft und

---

<sup>315</sup> Telegramm, RdB Neubrandenburg, gez. Otto, amt. Vors. des RdB Nbdg., 17.1., an Ministerrat der DDR, Informations- und Lagezentrum, Dr. Moreth; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11350, Bl. 98.

<sup>316</sup> Beschluß des Ministerrates 9/1.b/90 vom 13.1.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam C-20 I/3-2892, Bl. 43-47.

<sup>317</sup> Meldung des Regierungsbeauftragten vom 14.2.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 2011351, Bl. 868.

<sup>318</sup> In der Übersicht "Zum Stand der Auflösung" vom 7. Januar wurde berichtet: "Die Ablehnung der Arbeitsaufnahme [ehemaliger MfS-Angehöriger - d.Verf.] durch Kollektive ist keine Massenerscheinung (z. B. Kraftverkehr Neubrandenburg, Dienstleistungskombinat Röbel). In Einzelfällen drohten kleinere Arbeitskollektive mit Streikabsichten bei Einstellung von ehemaligen Mitarbeitern, bzw. Arbeitskollektive waren nur zur Aufnahme ehemaliger Mitarbeiter bereit, wenn diese auf ihre Übergangsbeihilfen verzichten."; BStU, ZA, ZAIG 14247, Bl. 33 f.

<sup>319</sup> Meldung des Beauftragten Amenda, Neubrandenburg, 9.2.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11351, Bl. 741.

Elternvertreter zu befragen.<sup>320</sup> Es sei eine "Offenbarung gegenüber dem Lehrerkollektiv und dem Elternaktiv notwendig", in den "sensiblen Bereichen Deutsch und Staatsbürgerkunde" - habe der Runde Tisch beschlossen - sollten sie nicht eingesetzt werden.<sup>321</sup>

Die Auflösung der ehemaligen BVfS Neubrandenburg und ihrer Kreisdienststellen war am 1. März weitgehend abgeschlossen. In der letzten überlieferten Meldung zum Personalbestand wird berichtet, von 1.909 Mitarbeitern seien 1.835 entlassen, weitere 60 Entlassungen würden im März folgen. Nur ca. 120 ehemalige Angehörige des Amtes waren ohne neue Arbeit.<sup>322</sup> Wie die anderen ihr weiteres berufliches und wirtschaftliches Fortkommen organisiert haben, wäre ein eigenes Thema. Als Institution, als "Schild und Schwert der Partei", war die Staatssicherheit auch in Neubrandenburg zu diesem Zeitpunkt zerbrochen. Dazu hatte sowohl der öffentlich und gewaltlos bekundete Willen der Bürger beigetragen, sich dem Verfall der Gesellschaft und des Landes entgegenzustellen, wie auch Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der Parteiführung. Der Versuch der ehemaligen MfS-Kader, unter neuem Namen aber mit alten Mitteln und Methoden weiterzuarbeiten, war an der aufmerksamen Kontrolle der demokratischen Bürgerbewegung gescheitert.

---

<sup>320</sup> Ebenda.

<sup>321</sup> Meldung des Regierungsbeauftragten Neubrandenburg vom 14.2.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11351, Bl. 868.

<sup>322</sup> Meldung des Beauftragten Wikarski, Neubrandenburg, vom 1.3.1990; Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, DC 20 11396, Bl. 233.

## 6. Anhang

Übersicht: Wohnbevölkerung und Mitarbeiter der Kreisdienststellen der BVfS Neubrandenburg (ohne GMS)<sup>323</sup>

<i>Kreisdienststelle</i>	<i>Wohnbevölkerung des Kreises 1989</i>	<i>Hauptamtliche Mitarbeiter</i>	<i>Inoffizielle Mitarbeiter</i>
Altentreptow	22.955	26	179
Anklam	38.836	31	216
Demmin	44.474	32	188
Malchin	39.657	34	183
Neubrandenburg	118.237	61	343
Neustrelitz	54.693	39	260
Pasewalk	42.560	33	239
Prenzlau	43.552	36	225
Röbel	17.694	26	127
Strasburg	24.772	27	169
Templin	35.538	34	189
Teterow	31.419	28	204
Ueckermünde	51.058	36	259
Waren	54.047	35	267
KD gesamt	619.492	478	3.048

---

<sup>323</sup> Bevölkerungszahlen nach: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, Bestand: Büro des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Neubrandenburg, Bündel 29425, o. Pag. Hauptamtlichen- bzw. IM-Zahlen zusammengestellt nach: "Übersicht-Stellenplanauslastung Stand 1.10.89"; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 68 f.; "IM-Bestandsentwicklung"; BStU, ASt Nbg., AKG, S. 70.

## Übersicht: Mitarbeiter der BVfS Neubrandenburg in ausgewählten Dienst- einheiten (ohne GMS)<sup>324</sup>

	<i>Hauptamtliche Mitarbeiter</i>	<i>Inoffizielle Mitarbeiter</i>
Abteilung II	46	188
Abteilung XVIII	39	266
Abteilung XX	41	263
andere	1.305	930
Summe aller Dienstseinheiten der BV	1.431	1.647
Mitarbeiterbestand gesamt (einschl. KD)	1.909	4.695

## Übersicht zu Demonstrationen und Kundgebungen im Herbst 1989<sup>325</sup>

(Zahlen in Klammern:           erste Zahl =           Demonstrationsteilnehmer  
  zweite Zahl =          Kundgebungsteilnehmer  
  o. A.            =          ohne Angaben)

16.10.1989	Waren (300)
18.10.1989	Neubrandenburg (3.000)
20.10.1989	Anklam (200)
23.10.1989	Templin (350), Waren (1.200)
24.10.1989	Lychen (100)
25.10.1989	Neubrandenburg (5000 - 6.000 / 15000 - 20.000), Neustrelitz (1.500), Demmin (60 bis 80)
26.10.1989	Neustrelitz (1.200), Teterow (200), Röbel (2.500)
27.10.1989	Demmin (80 - 100)
29.10.1989	Ücker münde (1.000 / 2.500), Friedland (80)
30.10.1989	Waren (2.000), Templin (1.800), Lychen (150), Malchin (1.000)
1.11.1989	Neubrandenburg (1.000 / 15.000), Pasewalk (3.000), Neustrelitz (2.500), Demmin (800)

<sup>324</sup> Zusammengestellt nach: "Übersicht-Stellenplanauslastung Stand 1.10.89"; BStU, ASt Nbg., BdL, SbA, Bd. I, S. 68 f.; "IM-Bestandsentwicklung"; BStU, ASt Nbg., AKG, ebenda, S. 70.

<sup>325</sup> Aufgeführt werden nur die in den Rapporten der BVfS genannten Demonstrationen und Kundgebungen, bei Fehlmeldung ergänzt durch Angaben in Rapporten der BDVP; BStU, ASt Nbg., AKG, Signatur 20. - Warum Angaben zu Demonstrationen in anderen Orten des Bezirkes, die z. T. ebenfalls regelmäßig stattfanden, in die Rapporte nicht aufgenommen wurden, ist unbekannt.

2.11.1989	Waren (- / 2.000), Teterow (900 bis 1.000), Ückermünde (- / 3.000)
4.11.1989	Röbel (2.000)
5.11.1989	Ückermünde (800 / 4.000)
6.11.1989	Templin (1.500), Waren (1.000), Friedland (1.500), Malchin (1.800), Malchow (150), Schmölln (80)
8.11.1989	Neubrandenburg (5.000 / 20.000), Anklam (- / 1.200)
9.11.1989	Teterow (2.000), Röbel (2.000), Lychen (1.000)
10.11.1989	Teterow (1.000 / 300), Gnoien (250), Woldegk (200), Torgelow (1.500)
12.11.1989	Ückermünde (1.500 / 1.500)
13.11.1989	Neubrandenburg (3.000), Waren (1.100), Malchin (1.100), Templin (1.200 / 1200)
14.11.1989	Neustrelitz (o. A.), Penzlin (o. A.)
15.11.1989	Pasewalk (700), Neustrelitz (1.200), Demmin (250)
19.11.1989	Neustrelitz (2.000), Ückermünde (- / 300), Teterow (600)
20.11.1989	Anklam (150)
22.11.1989	Neustrelitz (450), Demmin (150), Loitz (200)
24.11.1989	Gnoien (100)
27.11.1989	Neubrandenburg (500), Waren (1.000), Malchin (300)
29.11.1989	Demmin (150)
1.12.1989	Pasewalk (400)
3.12.1989	Menschenkette: Altentreptow (500), Neubrandenburg (8.000), Neustrelitz (5.000), Jarmen (8.000), Malchin (500), Stavenhagen (1.500), Teterow (3.500)
4.12.1989	Neubrandenburg (6.000), Malchin (500), Waren (2.000)